

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio



Alexandra Gräfin Lambsdorff, Susanne Homölle

**Wissenschaft im Spannungsfeld
zwischen Elfenbeinturm,
politischer Notwendigkeit und
gesellschaftlicher Realität**

Alexandra Gräfin Lambsdorff, Susanne Homölle (Hrsg.)

**Wissenschaft im Spannungsfeld
zwischen Elfenbeinturm,
politischer Notwendigkeit und
gesellschaftlicher Realität**

Universität Rostock, Januar 2022

ISBN: 978-3-86009-532-4

DOI: https://doi.org/10.18453/rosdok_id00003414

Geleitwort

Der Name Quistorp hat eine besondere Bedeutung in der jetzt über 600 Jahre alten Geschichte der Universität Rostock. Diese bedeutende nord-deutsche und protestantische Familie mit erster urkundlicher Erwähnung in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts hat vor allem Generationen von Professoren der Theologie, der Medizin und der Jurisprudenz an den Universitäten Rostock und Greifswald hervorgebracht. Portraits der im Jahre 1870 als die bedeutendsten erachteten Professoren zieren die eindrucksvolle Aula der Universität Rostock, jeweils vier, die den entsprechenden Gründungsfakultäten zugeordnet werden können. Unter den Theologen ist das neben David Chyträus Johannes Quistorp der Ältere von 1584 bis 1648, dessen Portrait im Pastorenornat auch einen Epitaph in St. Marien schmückt. Dieser Johannes Quistorp hat neben seiner wissenschaftlichen Relevanz ebenfalls eine große politische Bedeutung, ist es letztlich ihm zu verdanken, dass während des Dreißigjährigen Krieges die Hansestadt Rostock nach der Ermordung eines Obristen des Wallensteinschen Heeres durch die Hand eines Universitätsangehörigen nicht verwüstet wurde.

Traditio et Innovatio charakterisiert ebenso das Engagement der heutigen Familie Quistorp. Alexandra Gräfin Lambsdorff, eine geborene von Quistorp, überzeugte nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 ihren Mann und ihre Geschwister, sich in der Verbundenheit mit der Universität Rostock mit einer Stiftung für Bildung und Wissenschaft zu engagieren, indem mit großzügigen Stipendien Doktorandinnen und Doktoranden, insbesondere der Wirtschaftswissenschaften, gefördert werden, begleitet von alle zwei Jahre stattfindenden herausragenden Quistorp-Symposien. Diese unterstreichen die große Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre für den Transfer in die Wirtschaft und Politik.

Die Pandemie, die im März 2020 unsere Breitengrade erreichte, bedroht nicht nur unsere Gesundheit und unser Leben, sie führt auch zu einem durchgreifenden Wandel unserer Gesellschaft und unseres Wertesystems. Abgesehen von den Einschränkungen physischer Präsenz und durch die Notwendigkeit eines steten Abstandhaltens erleben wir den hohen politischen Stellenwert kritischer Infrastruktur, der Aufrechterhaltung eines Gesundheitssystems mit einer Grundversorgung auch in Katastrophenszenarien und die Abhängigkeit unseres Wirtschaftssystems von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, um Intensivkapazitäten in Krankenhäusern nicht zu erschöpfen, müssen von Alimentierungen des Staates begleitet werden, um Konkurse mit den Folgen hoher Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Umso näher liegt es, unter diesen Umständen auf ein großes Treffen mit Förderern, Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie den Mitgliedern der Universität Rostock zu verzichten und stattdessen einen Sammelband herauszubringen zum Thema: „Wissenschaft im Spannungsfeld zwischen Elfenbeinturm, politischer Notwendigkeit und gesellschaftlicher Realität“.

In einer Zeit, in der auch angesichts von fake news und Verschwörungstheorien die Wissenschaft zunehmend gefordert ist, den Elfenbeinturm zu verlassen, um ihre Erkenntnisse und Innovationen der Gesellschaft zukommen zu lassen, die mit der Zahlung von Steuern diese Wissenschaften erst ermöglichen, ist ein ausgezeichneter Anlass für einen solchen Sammelband gegeben, insbesondere wenn er neben exzellenten Vertretern der Lebens-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften eine Wissenschaftsjournalistin und einen Wissenschaftsjournalisten zu Wort kommen lässt.

Der Spannungsbogen ist groß. Zuallererst geht es um wissenschaftliche Analysen, die geeignet sein sollen, Prognosen zuzulassen. Der implizite Zweifel an den eigenen in „Einsamkeit und Freiheit“ gewonnenen Erkenntnissen macht selbst angesichts ausgefeilter Simulationen und Modellierungen solche Vorhersagen schwierig. Ein Sammelband erlaubt Perspektivwechsel und

das Nutzen der Vorteile, die Inter- und Transdisziplinarität bieten können. Gerade in der aktuellen Pandemiezeit mit unterschiedlichsten zumeist virologischen Perspektiven und der Abhängigkeit guter mathematischer Modelle von exakter und vollständiger Datenerhebung wissen wir um den Wert psychologischer und soziologischer Effekte, wenn wir wirtschaftspolitische Konsequenzen bedenken wollen, um planen zu können.

Dankbarkeit verbinde ich mit dem großen Engagement der Quistorp-Stiftung. Dankbarkeit sowohl für die aktive Beteiligung bei den Symposien, als auch jetzt für diese großartige Initiative, das fällige Symposium nicht einfach ausfallen zu lassen, sondern situationsgerecht im eigentlichen Sinne der Stiftung die Aktualität zum Anlass zu nehmen, die Interaktion von Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern und zu fordern. Dabei begeistert mich die Thematik des vorletzten Beitrages, in dem kategorisch festgestellt wird, dass es nicht um bloße Verständlichkeit geht, sondern um informiertes Vertrauen. Dass Wissenschaft es in unserer Zeit, will sagen, trotz aller Anglizismen und Informationsmöglichkeiten im world wide web, immer schwerer hat, verständlich zu sein oder sich verständlich zu machen, ist bekannt. Dazu ist Empathie erforderlich, eine barrierefreie Form, nicht nur der Sprache, sondern auch der Schrift, möglicher Abbildungen und der Zugänglichkeit. Dieses Verstandenwerden ist vertrauensbildend, die Pluralität der Auffassungen und Meinungen, der Interpretation nachprüfbarer Fakten dagegen kontraproduktiv. Es wird darauf ankommen, auch diese Tatsache im Sinne guter Wissenschaft zu deuten, ebenso wie es notwendig ist, die Unabhängigkeit des Erkenntnisgewinns nachzuweisen.

Dies sind Voraussetzungen für die Unterstützung wirtschaftlichen und politischen Handelns, die mit dem geplanten Sammelband nicht erfüllt werden können, er kann jedoch einen wichtigen Beitrag dazu leisten. So erfüllt gerade die sorgfältige Erstellung dieses Sammelbandes das erforderliche Bewusstsein, dass der Wissenschaftstransfer politisch notwendig ist, um die

Realität den Zielen der gesellschaftlichen Entwicklung einer friedvollen und gerechten Welt näher zu bringen.

Rostock, im Januar 2022

Prof. Dr. Wolfgang Schareck
Rektor
Universität Rostock

Grußwort

Natürlich ist es völlig unwissenschaftlich zu behaupten, dass eine Familie die Liebe zur Wissenschaft in ihren Genen habe! Und dennoch: es fällt schon auf, über wie viele Generationen sich Mitglieder der Familie Quistorp immer wieder für Bildung, Forschung und das Gemeinwohl engagiert haben. Erst vor kurzem hat Peter Arnold Heuser im Rahmen der Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte die Rostocker Theologen Quistorp des 17. und 18. Jahrhunderts im Spiegel ihrer Familienbibel betrachtet. Mein Vater – Jahrgang 1892 – versuchte seinen Kindern nahezubringen, wie viele seiner Vorfahren promoviert gewesen seien und sich gleichzeitig für die Gemeinschaft politisch eingesetzt hätten.

In dieses Bild gehört aber auch die Tatsache, dass die zwei Weltkriege und das Erleben von Diktatur auch in dieser Familie zu einem Bruch der Wissenschaftstradition geführt hat und stärker noch: zu einem Wechsel aus dem politischen Engagement in ein rein ehrenamtliches Tun.

Insofern ist der jetzt vorliegende Sammelband auch eine Ermahnung an uns selbst sich wieder stärker der Wissenschaft, der Politik und insbesondere der Verknüpfung beider Bereiche zu widmen.

Es ist für die Quistorp-Stiftung eine Ehre und ein Vergnügen diesen Sammelband vorlegen zu dürfen. Allen Mitwirkenden sei von Herzen für ihre Arbeit gedankt

Bonn, im Januar 2022

Alexandra von der Wenge Gräfin Lambsdorff,
geb. von Quistorp
Vorsitzende des Kuratoriums der Quistorp-
Stiftung

Vorwort

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der Wissenschaft für Gesellschaft und Politik nachdrücklich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Regelmäßige Podcasts von Virologen, Talkshows mit Medizinern, Volkswirten und Physikern, wöchentliche Pressekonferenzen von Politikern und Wissenschaftlern – all das ist Ausdruck einer zunehmenden medialen Präsenz von Wissenschaftlern und ihren Erkenntnissen. Als Orte der Wissenschaft sind Universitäten ein bedeutender Impulsgeber für technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen. Neben Forschung und Lehre wird der aktive Austausch mit Gesellschaft und Wirtschaft seit einiger Zeit als eigenständige Aufgabe, als „Third Mission“ der Universitäten diskutiert. Ein fruchtbarer Austausch lebt von Ideen aus der Wissenschaft, aber auch von der Bereitschaft von Politik und Wirtschaft, sich mit neuen und ggf. unbequemen Erkenntnissen auseinanderzusetzen. Die globale Corona-Pandemie verdeutlicht ebenso wie die Klimakrise, in welcher unterschiedlichem Ausmaß Politiker und politische Systeme wissenschaftliche Erkenntnisse aufgreifen.

Der vorliegende Sammelband umfasst vier Artikel und drei Interviews, die sich mit diesem Themenkreis beschäftigen. In dem ersten Beitrag geht *Prof. Dr. Karl-Heinz Pacqué*, ein „Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik“, am Beispiel der Volkswirtschaftslehre der Frage nach, wie groß der Einfluss der Wissenschaft ist. Er kommt zu dem Fazit, dass „das politische Gewicht des wirtschaftswissenschaftlichen Rates in den letzten Jahren eher ab als zugenommen“ hat, auch wenn „der Elfenbeinturm der Wirtschaftswissenschaft überhaupt nicht mehr geschlossen ist“. Als Weg zu mehr relevantem Rat empfiehlt Prof. Dr. Pacqué – neben der Überwindung der eingeschränkten Sichtweise der technokratischen Modelle in der Volkswirtschaftslehre und der stärkeren Einbeziehung der sozialen und politischen

Rahmenbedingungen – insbesondere das direkte politische Engagement von Wissenschaftlern: „mehr Beteiligung, weniger Beratung“.

Prof. Dr. Jörn Dosch beschäftigt sich in seinem Beitrag ebenfalls mit dem Einfluss der Wissenschaft, wobei er sich der Macht politikwissenschaftlicher Ideen annimmt. Anhand der Teildisziplin Internationale Beziehungen zeigt er auf, wie „politische Theorie und politische Praxis ... in einem fortwährenden Prozess der zirkulären Verursachung miteinander verbunden“ sind. Insbesondere Ideen von US-amerikanischen Politikwissenschaftlern haben politische Entscheidungen beeinflusst. Auch wenn die Frage nach der Macht politikwissenschaftlicher Theorien für Deutschland bisher nicht systematisch untersucht wurde, so lassen sich doch Beispiele anführen, wie politikwissenschaftliche Ideen auch hierzulande deutungs- und wirkmächtig sind.

Der dritte Beitrag widmet sich mit der Rechnungslegung einem Teilgebiet der Betriebswirtschaftslehre. *Prof. Dr. Peter C. Lorson* und *Dr. Ellen Haustein* untersuchen am Beispiel des Konsultationsprozesses der IFRS Foundation, ob „Wissenschaftler ... in ihrem sog. Elfenbeinturm verharren oder öffentlich zu dem gesellschaftlich Notwendigen ... und der politischen Realität ... Stellung nehmen“. Die quantitative Auswertung der zahlreichen Stellungnahmen der Wissenschaftler zur strategischen Frage, ob sich die IFRS Foundation im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung engagieren soll, weist darauf hin, dass die Wissenschaftler ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung kennen und danach handeln.

Prof. Dr. Harald Prüß und *Prof. Dr. Pierluigi Nicotera* schreiben über die konkreten Lehren der Corona-Pandemie für Wissenschaft, Innovation und Pflege. Sie betonen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den Universitätskliniken sowie Biotech- und Pharmaunternehmen. Ihre Analyse mündet in der Forderung nach „Aufbau effektiver Strukturen zur Verhinderung und Vermeidung derartiger

Krisen“, beispielsweise in Form eines Nationalen Instituts für Gesundheitsforschung, um wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in die Gesundheitsversorgung überführen zu können.

Mit dem Themengebiet der Wissenschaftskommunikation und des Wissenschaftsjournalismus beschäftigen sich die drei abgedruckten Interviews. *Dr. Ulrike Brandt-Bohne* spricht mit *Inse Jannsen* und *Dr. Friederike Hendriks* darüber, „wie .. sich die Vermittlung von Unsicherheiten auf die Vertrauenswürdigkeit von Forschenden auswirkt“. *Dr. Joachim Retzbach* interviewt *Prof. Dr. Rainer Bromme*, der die Notwendigkeit von informiertem und folglich kritischem Vertrauen in die Wissenschaft betont. In einem weiteren Interview geht *Dr. Joachim Retzbach* der Frage nach, „was der Journalismus in der Coronakrise besser machen könnte“. *Prof. Dr. Holger Wormer*, der die Rolle des Wissenschaftsjournalismus in der Pandemie untersucht hat, betont in diesem Interview die Unterschiede zwischen der Kommunikation von Hochschulen und Wissenschaftlern auf der einen Seite und Wissenschaftsjournalismus auf der anderen Seite.

Der Dank der Herausgeberinnen gebührt Frau Dr. Denise von Quistorp für die Anregung zu dieser Veröffentlichung und ihre Unterstützung bei der inhaltlichen Konzeptionierung. Den oben genannten Autoren gilt unser herzlicher Dank für ihre interessanten Beiträge. Ohne sie wäre ein solcher Sammelband nicht möglich gewesen. Wir danken außerdem Frau Dr. Ulrike Brandt-Bohne und Herrn Dr. Joachim Retzbach für die Genehmigung zur erneuten Veröffentlichung der bereits online erschienenen Interviews. Ein ganz besonderer Dank gilt Frau Barbara Prassl für die Gestaltung des Layouts und die organisatorische Abwicklung dieser Veröffentlichung.

Rostock, im Januar 2022

Prof. Dr. Susanne Homölle
Vertrauensdozentin der
Quistorp-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Karl-Heinz Paqué

**Wie groß ist der Einfluss der Wissenschaft? Skeptische Anmerkungen
eines Grenzgängers zwischen Universität und Politik 1**

Jörn Dosch

**Die Macht der Ideen: Zur Wirkung der Politikwissenschaft jenseits des
Elfenbeinturms 17**

Peter C. Lorson und Ellen Haustein

**Die Rolle der Wissenschaft im Konsultationsprozess der IFRS
Foundation 33**

Harald Prüß und Pierluigi Nicotera

**Was wir aus der Corona-Pandemie lernen: Wissenschaft, Innovation
und Pflege. 57**

Ulrike Brandt-Bohne

**Kommunikation von Unsicherheit im Spannungsfeld von Wissenschaft
und Politik 73**

Joachim Retzbach

Verständlichkeit ist gut, aber es geht um informiertes Vertrauen 79

Joachim Retzbach

**Mehr Einordnung und kritische Nachfragen – was der Journalismus
in der Coronakrise besser machen könnte 91**

Wie groß ist der Einfluss der Wissenschaft? Skeptische Anmerkungen eines Grenzgängers zwischen Universität und Politik

Persönliche Einleitung

Der Verfasser dieses Beitrags bezeichnet sich gern als ein Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik. Er kennt beide Welten durchaus gut, ist aber deshalb auch keineswegs objektiv, weil er für beide eine Art teilnehmende Sympathie entwickelt hat, und zwar biografisch hintereinander: zunächst für den Elfenbeinturm der Erkenntnis, die sich auf Theorie und Empirie stützt, und dann für die politische Durchsetzung des Machbaren, die Überzeugungskraft, Überredungskunst und Macht erfordert. Beide Welten stehen ganz offensichtlich in einem Spannungsverhältnis. Glaubt man wie der Verfasser an den Fortschritt der Wissenschaft, so hängt die Qualität der Politik davon ab, ob es gelingt, dieses Spannungsverhältnis produktiv zu nutzen.

Genau darüber handelt der vorliegende Beitrag. Er konzentriert sich weitgehend auf die wirtschafts- und finanzpolitische Beratung der Politik, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen ist der Verfasser vor allem mit diesem Segment der Politik fachlich vertraut, während er andere Bereiche eher nur als Fachfremder beobachtet. Zum anderen nehmen wirtschafts- und finanzpolitische Fragen in der Beratung schon seit langem eine zentrale Rolle ein,

* [Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. internationale Wirtschaft, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.](#)

so dass inzwischen ein großer Erfahrungsschatz über die Jahrzehnte vorliegt, auf den sich zurückgreifen lässt.

Genau dies tut der Verfasser in diesem Beitrag, und zwar in drei Teilen. Im folgenden ersten Teil liefert er einen knappen Sachstandsbericht über Menge und Art der wirtschafts- und finanzpolitischen Beratung in Deutschland. Sein Ergebnis lautet: Nie zuvor gab es so viel und verschiedenartige Beratungs- und Publikationstätigkeit wie heute. Im zweiten Teil des Beitrags wird die Frage aufgeworfen, wie die Wirkung dieser Beratung ausfällt. Die Antwort ist ernüchternd: Gemessen an dem ungeheuren Volumen der Ratschläge erweist sich die Politik als erstaunlich beratungsresistent. Es folgt eine selbstkritische Bewertung, woran dies liegen könnte. Hauptkandidat ist dabei eine Neigung der Wissenschaft zum technokratischen, modellhaften Denken. Der dritte und letzte Teil des Beitrags ist der schwierigen Frage gewidmet, wie sich dies ändern ließe. Die ehrliche Antwort lautet: vor allem durch mehr direktes Engagement von Wissenschaftlern in der Politik. In einem Schlagwort: mehr Beteiligung, weniger Beratung!

Eine kleine Vorwarnung an die Leserinnen und Leser: Der gesamte Beitrag ist geprägt von einem Geist der Skepsis. Der Verfasser sieht die Trends in seiner Wissenschaft und der Politik doch eher auseinanderlaufen. Anders gewendet: Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird der Einfluss der Volkswirtschaftslehre auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik eher ab- als zunehmen. Ob dies auch für andere Wissenschaften gilt, müssen andere beantworten. Einzelne Beobachtungen etwa zur Rolle der Virologie in der jüngsten Corona-Krise lassen Zweifel aufkommen, ob die Lage dort viel besser ist als in der Wirtschaftswissenschaft.¹

¹ Der vorliegende Beitrag hat einen Vorläufer desselben Verfassers, der zu den gleichen Schlussfolgerungen kommt, allerdings in einem provokanteren Ton und Stil sowie auf der Grundlage einer erheblich kürzeren und kursorischeren Argumentation. Titel des Beitrags: „Das Elend der Experten“, publiziert in der Zeitschrift *Wirt-*

1 Die Inflation der Ratschläge

Die wirtschafts- und finanzpolitische Beratung hat in Deutschland eine lange Geschichte. Schon vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gab es Beiräte für die Verwaltung des sog. „Vereinigten Wirtschaftsgebiets“, die dann nach Gründung des neuen Staates den zuständigen Ministerien zugeordnet wurden – als sogenannte Beiräte beim Bundesministerium für Wirtschaft und der Finanzen. Prominente Ökonomen fanden sich in beiden Gremien, die bis heute fortbestehen und regelmäßig – gefragt oder ungefragt – Gutachten zu aktuellen wirtschafts- und/oder finanzpolitischen Fragen vorlegen. Im Jahr 1963 kam dann der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hinzu, der seither ein jährliches Gutachten und zwischendurch Sondervoten veröffentlicht. Hinzu kam die Forschungs- und Publikationstätigkeit von zunächst fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten, deren Zahl über die Jahre – als sogenannte Institute der Leibniz-Gemeinschaft – noch anwuchs. Hinzugekommen sind spezialisierte Forschungsinstitute zu zentralen Zukunftsthemen, so etwa das Research Center SAFE (Sustainable Architecture for Finance in Europe) in Frankfurt am Main sowie das MEA (Munich Center for the Economics of Aging) in München, um nur zwei prominente zu nennen. Diese – und andere – Institute forschen und publizieren auf hohem Niveau. Und ihr Leitungspersonal geht mit den Forschungsergebnissen aktiv und professionell an die Öffentlichkeit.

Historisch ist es wichtig festzuhalten, dass es ein derartiges Arsenal öffentlicher Einrichtungen zur Beratung der Politik zuvor nie gegeben hatte. Die

schaftsdienst im Rahmen einer breiteren Evaluation der Rolle der wirtschaftspolitischen Beratung in unserer Gesellschaft – mit dem Titel: „Expertenwissen im politischen Prozess“ mit Beiträgen von Lars Brozus, Oliver Geden, Aida Ćumurović, Reint Gropp, Uwe Schneidewind, Karl-Heinz Paqué und Lars P. Feld. Siehe [Wirtschaftsdienst, 97. Jahrgang, 2017, Heft 4, S. 249-252](#). Einige Passagen des vorliegenden Beitrags sind wortgleich mit dem seinerzeitigen Beitrag des Verfassers in *Wirtschaftsdienst*.

politikberatende Aktivität der Wissenschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erscheint dagegen kaum der Erwähnung wert – jedenfalls dann, wenn man nach systematischer Beratung sucht. Es gab natürlich einflussreiche Intellektuelle an den Universitäten, deren Forschungsergebnisse über die reine akademische Diskussion hinauswirkten – von Gustav Schmoller über Max Weber bis zu Joseph Schumpeter, der in den zwanziger Jahren regelmäßig in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“, dem Vorläufer der Wirtschaftswoche, brillante Beiträge publizierte. Aber von institutionalisierter Beratung konnte keine Rede sein. Die Bundesrepublik Deutschland etablierte also hier eine neue große Tradition – dank zunächst politischer Strategie und Taktik insbesondere von Ludwig Erhard, der Unterstützung für seine marktwirtschaftliche Politik aus der akademischen Welt suchte, aber auch dank des Wandels im Zeitgeist hin zu den Ideen makroökonomischer Steuerung im Sinne des Keynesianismus, die in den sechziger Jahren Platz griffen.

Es ist augenfällig, dass über die letzten sieben Jahrzehnte die Dichte und Frequenz beratender Veröffentlichungen noch einmal dramatisch zugenommen hat. Dies liegt vor allem auch an der Rezeption internationaler Expertise, die nach Deutschland ausstrahlt. Zu nennen sind vor allem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, der Internationale Währungsfonds (IMF) in Washington D. C. und die Europäische Union (EU) in Brüssel, die seit einigen Dekaden regelmäßig mit Prognosen und Bewertungen der Politik aufwarten. Es vergeht heute praktisch keine Woche mehr, ohne dass irgendeine globale, europäische oder nationale Institution mit Lagebeurteilungen, Prognosen und Empfehlungen in deutschen Medien rezipiert wird.

Auch politische Diskussionen über Empfehlungen einzelner renommierter Forscherpersönlichkeiten gehören inzwischen zum medialen Alltag. So sind etwa die beiden amerikanischen Nobelpreisträger für Wirtschaftswissen-

schaft Paul Krugman und Joseph Stiglitz regelmäßige Kolumnisten in der globalen Qualitätspresse und geben – beide von einem dezidiert keynesianischen Standpunkt aus – weitreichende wirtschaftspolitische Empfehlungen für Deutschland, Europa und die Welt. Besonders weit ging dabei jüngst Joseph Stiglitz, als er Ende Oktober 2021, wenige Wochen nach der Bundestagswahl, in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT in einem in Deutsch und Englisch erschienenen Beitrag dem FDP-Parteichef Christian Lindner die Qualifikation absprach, Finanzminister in einer sogenannten Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen zu werden – und zwar exakt wegen dessen voraussehbaren stabilitätsorientierten Kurs, der den Fortbestand des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Achtung der deutschen Schuldenbremse avisiert, was Stiglitz aus seiner Perspektive für schädlich hält und strikt ablehnt.

Aus all dem folgt: Es gibt heutzutage nicht den geringsten Mangel an wirtschaftswissenschaftlichem Rat. Im Gegenteil, wenn es überhaupt Grund zur Klage gibt, dann ist es eher eine Art Überschuss der Empfehlungen, der dann in solch grotesker Einmischung in die politische Willensbildung einer längst reifen Demokratie gipfelt, wie sie sich der Nobelpreisträger von 2001 und früherer Weltbankchef Joseph Stiglitz jüngst geleistet hat. Dieses Bild bestätigt sich auch dann, wenn man den Blick weitet: weg von den prominenten medialen Kanälen, in denen die „Gate-Keeper“ des Journalismus eine Vorauswahl treffen, und zu den Sozialen Medien, wo sich inzwischen Plattformen aller Art zur Diskussion wirtschafts- und finanzpolitischer Meinungen gebildet haben. Das Internet ist längst zu einem Tummelplatz von Expertenanalysen und -meinungen geworden. Zunehmend werden diese auch von Ökonomen selbst initiiert und verwaltet. Sie fallen also im Grunde genau so aus, wie sie nach der Meinung der Experten, die für sie schreiben, auch aussehen sollten. Die Formate gleichen sich dabei: eine offene Diskussion, die

theoretisch und empirisch fundiert ist, aber bei der die üblichen Restriktionen der „academic correctness“ einem offenen Schlagabtausch der Argumente Platz macht - mit stark journalistischen Zügen.

Dabei geht es keineswegs nur um die „großen“ Fragen wichtiger politischer Weichenstellungen, sondern um eine Fülle von Detailthemen, die durchaus mit argumentativer Sorgfalt durchdiskutiert werden. Ein relativ kleiner Teil davon landet auch in knappen journalistischen Zusammenfassungen des Typs „Blick in die Wissenschaft“, die es in dieser Form und Vielzahl zu früheren Zeiten nicht gegeben hat. Ein prominentes Beispiel dafür ist der sogenannte Sonntagsökonom der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, der ausgewählte Themen der Wirtschaftswissenschaft aufgreift und in verständlicher Form der Öffentlichkeit präsentiert. Hinzu kommen Interviews mit Ökonomen – zumeist hochprominente, aber auch weniger bekannte, die sich zu ihren Forschungsergebnissen äußern, fast immer auch gekoppelt mit einem Blick auf deren gesellschaftliche und politische Bedeutung.

Es ist interessant zu beobachten, dass die Medien diese Stimmen der Ökonomen in der Öffentlichkeit überaus ernst nehmen und fördern – als Sprachrohre der Wissenschaft. Seit einigen Jahren gibt es deshalb auch eine jährlich stattfindende Erhebung, deren Ergebnisse von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht werden, und zwar in der heute üblichen Form eines Rankings. Dessen Anspruch ist es, alle Professorinnen und Professoren der Volkswirtschaftslehre im deutschsprachigen Raum nach ihrem Grad des politischen Einflusses zu ordnen. Als Maßstab dafür wird die öffentliche Wahrnehmbarkeit in Form von Beiträgen und Interviews (u. ä.) in den Medien genommen – in entsprechend gewichteter Form. Das Ranking erscheint – zusammen mit anderen Rankings zum Beispiel zum wissenschaftlichen Output – begleitend zur jährlich im September stattfindenden Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, also der professionellen Dachorganisation der Volkswirtschaftslehre im deutschsprachigen Raum. Es ist also inzwi-

schen auch so, dass die populärwissenschaftliche Publikation und die Äußerung in der Öffentlichkeit große Anerkennung finden – als Maß für den politischen Einfluss einer Ökonomin oder eines Ökonomen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass der Elfenbeinturm der Wirtschaftswissenschaft überhaupt nicht mehr geschlossen ist – und schon gar nicht hermetisch. Im Bild dieses Turms ließe sich sogar feststellen: Nie in der Geschichte unseres Landes standen die Fenster dieses Turmes weiter offen als heute. Und ein unbedarfter Beobachter könnte genau dies zu dem Schluss verleiten, dass der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik heutzutage ein Maximum erreicht hat, jedenfalls in der Ökonomie. Diese Folgerung ist allerdings falsch, wie im Folgenden begründet wird.

2 Die Herrschaft technokratischer Modelle

Volkswirte arbeiten fast immer mit gedanklichen Modellen. Dies hat einen gewaltigen Vorteil: Es gibt ihrer Argumentation eine Kohärenz und Stringenz, die andere Sozialwissenschaften oft nicht erreichen. Es erlaubt ihnen, methodisch zumindest ein Stück weit ins Lager der Naturwissenschaften zu wechseln. Denn auch dort gehört die Verwendung von Modellen und Modellrechnungen zum „täglichen Brot“ der Arbeit. Man denke nur an jenen großen neuen Zweig der Wissenschaft, der ebenfalls enorme politische Bedeutung und Brisanz gewonnen hat: die Klimaforschung. Auch sie verwendet zur Abbildung, Prognose und Simulation der Realität Modellrechnungen, die auf präzisen numerischen Annahmen über eine Vielzahl von Parametern beruhen. In dieser Hinsicht ähnelt ihr die Ökonometrie, deren methodische Distanz zu weiten Bereichen der qualitativen Politik- und Sozialwissenschaften viel größer ist als zur Klimaforschung.

Die modellbasierte Methodik hat aber auch Nachteile: Modelle müssen eine Vielzahl von Aspekten der Realität ausblenden. Das liegt in ihrem Wesen begründet, denn erst dieses „Ausblenden“ gibt ihnen die Präzision bis hin zur

numerischen Prognose und zum Zukunftsszenario samt politischer Alternativen. Genau diese Präzision kann aber auch zu einer Falle der Ungenauigkeit werden – und zwar genau dann, wenn die Annahmen des Modells wesentliche Aspekte der Realität vernachlässigen und damit den politischen Rat in fataler Weise entwerten. Dieser wird dann zum technokratischen Konstrukt: intellektuell interessant, aber politisch unbrauchbar.

Diese Schwäche liegt in der Natur der Sache. Sie hat es immer gegeben und wird es immer geben, soweit Modelle Verwendung finden. Es gibt allerdings gute Gründe zu vermuten, dass sie in den letzten Jahrzehnten größer geworden ist. Wo liegen diese Gründe? Ganz im Stil der Ökonomen lautet die Antwort: auf der Seite des Angebots und der Nachfrage. Es sind nämlich mächtige Trends in unserer Gesellschaft, die alle in die Richtung ziehen, dem „technokratischen“ Rat immer mehr Raum und Gewicht zu geben.

Auf der Angebotsseite steht die ökonomische Wissenschaft selbst. Dort besteht überhaupt kein Zweifel, dass der Trend massiv hin zur mathematisierten Modellbildung und zur möglichst präzisen ökonometrischen Schätzung gegangen ist – und weg von jener ganzheitlichen Betrachtung, die Theorie und Empirie in ihrer heuristischen Vorläufigkeit nur als ersten Ansatzpunkt für politische Empfehlungen ansieht. Der banalste Grund liegt in der geradezu unendlichen Verfügbarkeit von Rechenpower der Computer. Jedes noch so komplexe Modell lässt sich heute mit begrenztem Aufwand an Zeit und Arbeitskraft durchrechnen. In dieser Hinsicht gibt es kaum noch Grenzen – jedenfalls im relevanten Bereich, den die Wirtschafts- und auch die Klimaforschung beackert. Fundamentale Voraussetzung ist lediglich, dass es ein quantifizierbares Modell ist, um das es geht, also ein Modell mit einer irgendwie gearteten identifizierbaren Struktur, die konstante Koeffizienten und Parameter erkennt oder wenigstens die Veränderungen dieser Größen über die Zeit abschätzt oder prognostiziert. Genau diese Voraussetzung der Quantifizierbarkeit befördert aber die Suche nach Annahmen, die in das Modell gesteckt werden müssen, um die Identifikation überhaupt zu erlauben.

Und je spezifischer diese Annahmen werden, umso reichhaltiger ist das Modell, aber auch umso „technokratischer“ in dem Sinne, dass es sich wegbe-
wegt von der heuristischen Vorläufigkeit hin zur kompletten Spezifikation,
die auch besonders fehleranfällig ist. Die „Fehlerfreundlichkeit“ (Carl-Christ-
ian von Weizsäcker) und Robustheit des Modells zur Abbildung der Realität
kann dabei maßgeblich leiden. Genau dies ließ sich in dramatischer Weise
in der Weltfinanzkrise beobachten, als eine Fülle von Modellen zur Abschät-
zung der Risiken eines Finanzkollapses dramatisch versagten – und deshalb
buchstäblich „abgestellt“ wurden.

Mit diesem Trend hängt ein anderer zusammen, nämlich die Veränderung
unserer Schwerpunkte in der akademischen Ausbildung. Diese besteht zu-
nehmend in der „technischen“ Vorbereitung auf den Umgang mit den an-
spruchsvollen Modellen, wozu es – völlig nachvollziehbar – einer hervor-
ragenden wirtschaftstheoretischen, mathematischen, statistischen und öko-
nometrischen Ausbildung bedarf. Dies geht natürlich zu Lasten dessen, was
man eine „ganzheitliche“ Perspektive nennen könnte. In unseren Fakultäten
– ob auf Bachelor-, Master- oder PhD-Niveau – gibt es kaum noch wirt-
schaftspolitische Gesamtbetrachtungen als Vorbereitung auf die Praxis. Sie
werden nicht mehr „trainiert“. Sie sind auch nicht mehr integraler Teil jener
Karriereplanung, die ein junger Mensch ins Visier nimmt, wenn er sich fach-
lich spezialisiert. Die Struktur der Anreize ist entsprechend: Wissenschaftli-
che Präzision wird prämiert, wirtschaftspolitische Relevanz diskontiert.
Zwar gibt es mit „Governance Schools“ und neuen Mischformen von wirt-
schafts-, politik- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen eine gewisse
Gegenbewegung, aber die hat es „zwischen den Stühlen“ unterschiedlicher
Fakultäten ohne gemeinsame Methodenkultur nicht leicht, dem Druck zur
fakultätsspezifischen Methodik standzuhalten. Dies gilt umso mehr, je stär-
ker man sich vom Einführungsniveau des Bachelorstudiums in den Master-
oder gar PhD-Bereich bewegt.

Soweit die Angebotsseite der Hochschulpraxis. Auf der Nachfrageseite stehen die Politik selbst und die Medien – und zwar mit unterschiedlichen Interessen: Die Politik sucht nach praktisch Verwertbarem, die Medien nach öffentlich Aufregendem. Wer gewinnt? Meine Antwort: eindeutig die Medien. Für sie übernehmen die Experten mit ihrem technokratischen Rat die Rolle der Lieferanten von radikaler Kritik, die in der Öffentlichkeit auf große Aufmerksamkeit trifft und Auflagen bzw. Einschaltquoten in die Höhe treibt. Nicht differenzierte politische Abwägung des Ökonomischen zählt, sondern das harte und klare Urteil, abgeleitet aus Modellen. Dies gilt natürlich umso mehr, je größer die Massenwirksamkeit des jeweiligen Mediums, aber selbst in der Qualitätspresse gibt es eine zunehmende Tendenz, die einfache Botschaft der komplexen vorzuziehen. Ergebnis ist häufig eine Art Inflation der Verrisse.

Es ist bemerkenswert und geradezu kurios, dass dieser Trend zur einfachen Botschaft einhergeht mit der Tendenz zu immer mehr und durchaus differenzierter Berichterstattung, wie sie in Teil 1 dieses Beitrags geschildert wurde. Dies widerspricht zunächst der intuitiven Erwartung: Wo es immer mehr und immer reichhaltigere Berichterstattung gibt, muss es doch wohl als Konsequenz auch ein entsprechend austariertes Spektrum an Ratschlägen geben, denkt man. Leider ist dies nicht so. Der Grund liegt zum einen in der Auswahl der Forscherinnen und Forscher: Natürlich sind in der Öffentlichkeit jene besonders interessant, die Unerwartetes und Provokantes als Ergebnisse zu vermelden haben – und nicht der „Mainstream“, der nichts als traditionelle Sichtweisen bestätigt. Das Neue und Schräge hat weit größere Chancen, in auflagenstarken Medien präsentiert zu werden als das Konventionelle. Hinzu kommt die Möglichkeit, mit den üblichen journalistischen Kniffen der Zuspitzung die Neuigkeit zum echten Konkurrenten des Mainstreams hochzustilisieren.

Ein herausragendes Beispiel dafür ist die ökonomische Analyse der Wirkung von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung. Das etablierte Standardwissen –

empirisch robust bestätigt – ist es, dass zumindest höhere Mindestlöhne den Grad der Beschäftigung mindern, und es gibt kaum einen Arbeitsmarkt-Ökonomen, der diese „Binsenweisheit“ bestreiten würde. Dies gilt selbst für jene Empiriker, die regelmäßig unter wohlspezifizierten besonderen Bedingungen das Gegenteil herausfinden und sich bemühen, dies auch öffentlich deutlich zu machen. Ihre Botschaft wird dann regelmäßig im Journalismus als ein allgemeingültiges Gesetz interpretiert, das die „Binsenweisheit“ widerlegt. Ergebnis kann dann leicht ein überaus fragwürdiger Rat an die Wirtschaftspolitik sein – letztlich als Folge technokratischer Modellgläubigkeit.

Bei vielen kleineren Fragen der Politik kann all dies ohne Weiteres hinnehmbar sein. So mögen Volkswirte über die Details einer Steuerreform oder die Anpassungen eines Regulierungsrahmens ohne großen Schaden für die Allgemeinheit munter streiten, zumal bei solchen Fragen zumindest in Deutschland immer noch eine sachkompetente Ministerialbürokratie in den zuständigen Finanz- und Wirtschaftsministerien zur Übersetzung in politische Vorlagen bereitsteht. Schwieriger wird es bei grundlegenden Fragen der Politik. Hier kann dann der technokratisch-radikale Rat der Ökonomen – verstärkt durch ein lautes Medienecho – die Öffentlichkeit schon in eine unfruchtbare Diskussion ablenken. Dies gilt für große Weichenstellungen von überragender Bedeutung.

Zwei naheliegende Beispiele sind die Deutsche Einheit (1990ff) und die Euro-Schuldenkrise (2011ff). In beiden Fällen wurde der Kurs der Politik von prominenten Ökonomen überaus scharf kritisiert, und die Medien griffen diese Kritik gerne auf. Beide Male fand sich die Politik in einem dramatischen Dilemma: Sie musste schnell und entschlossen handeln, um den Menschen Vertrauen in den Staat zu geben und sie von der Abwanderung abzuhalten (so im Fall der Deutschen Einheit) bzw. eine Kapitalflucht zu verhindern und die internationalen Finanzmärkte zu stabilisieren (so im Fall der Euro-Schuldenkrise). Beide Male lieferten Ökonomen kluge technokratische

Ratschläge, die aber das jeweilige zentrale Dilemma nicht angingen und deshalb mit enormen Risiken behaftet waren, vor denen die Politik zu Recht zurückschreckte. Der Rat verpuffte – mit großem Mediengetöse, aber weitgehend ohne politische Wirkung.

Technokratisches Modelldenken kann auch dadurch versagen, dass es schleichende außerökonomische Entwicklungen weitgehend ausblendet. Dafür ist möglicherweise der Aufstieg des Rechtspopulismus ein gutes Beispiel – als gesellschaftliche Folge der Globalisierung. Der Mainstream der Volkswirte zählt zu Recht zu den passioniertesten Verfechtern des Freihandels. Er bestritt auch nie die Verteilungswirkung, die der Handel bewirkt – mit Gewinnern und Verlierern, die in irgendeiner Form kompensiert werden müssten. Er kümmerte sich allerdings nie um die potenziell dramatische Dimension dieses Problems, das in den letzten Jahrzehnten ganze Gesellschaften in ländliche vs. städtische Regionen, Rust-Belts vs. High-Tech-Belts sowie Schlecht- vs. Gutverdiener gespalten hat. Wie stark diese Spaltung tatsächlich ausfällt, ist dabei zweitrangig. Wichtig ist, dass sie zunehmend als gesellschaftliche Realität wahrgenommen wird. Dies hat sich erstmals 2016 in aller Deutlichkeit gezeigt, und zwar bei der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten und bei dem Votum für den Brexit in Großbritannien. Wohlgemerkt: Diese populistischen Wendungen ereigneten sich ausgerechnet in zwei Nationen mit einer überragend starken Wirtschaftswissenschaft, die über das Gros der besten Economics Departments der Welt und mit der American Economic Association sowie der Royal Economic Society über die beiden weltweit renommiertesten Vereinigungen von akademischen Volkswirten verfügen. Schlimmer noch, das Expertenwissen wurde in provozierender Weise ignoriert und geradezu auf den Kopf gestellt. Und das Erschreckende dabei: Es funktionierte. Der „postfaktische Populismus“ überzeugte die Wählersmassen.

Dies überraschte alle: Politiker, Demoskopen und Wissenschaftler. Dabei hatte es allerdings längst in vielen Ländern des Westens deutlich erkennbare Anzeichen für einen postfaktischen Populismus gegeben – und eben nicht nur in den USA und dem Vereinigten Königreich, sondern auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Fast jede Nation in Kontinentaleuropa lebte ja längst mit rechtspopulistischen Parteien, die seit Jahren immer mehr Zulauf erhielten. Deren ökonomische Argumente sind im Kern gegen Globalisierung und weltwirtschaftliche Integration gerichtet. Sie plädieren – mit gewissen Unterschieden und Schattierungen – für eine Re-Nationalisierung der Politik. Ihre Botschaft richtet sich fast frontal gegen den Mainstream der Volkswirtschaftslehre, der bei allen Differenzierungen in einer stärkeren Arbeitsteilung viel mehr Vorteile als Nachteile sieht.

Fazit: Trotz der starken Präsenz der ökonomischen Stimmen in der Öffentlichkeit und trotz hoher professioneller Qualität der vermittelten Botschaften hat das politische Gewicht des wirtschaftswissenschaftlichen Rates in den letzten Jahrzehnten eher ab- als zugenommen. Es stellt sich somit die Frage: Was ist zu tun, damit sich dies zum Besseren wendet?

3 Wie entsteht mehr relevanter Rat?

Es wäre völlig naiv zu glauben, der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik ließe sich durch ein paar Weichenstellungen und Kniffe erhöhen. Zu sehr sind jene Phänomene, über die in den Teilen 1 und 2 dieses Beitrags gesprochen wurden, Ergebnis langsamer, aber nachhaltiger Veränderungen über Jahrzehnte, die sich nicht kurz- und mittelfristig korrigieren lassen. Es geht schon eher um eine Sensibilisierung dafür, wie wenigstens auf lange Sicht die Volkswirtschaftslehre – und vielleicht auch die Wissenschaft im Allgemeinen – eine stärkere politische Stimme finden könnte. Beschränkt man sich auf jene Veränderungen, die aus der Gemeinschaft der Forscher und der Politik selbst kommen können, geht es im Wesentlichen um zwei Handlungsstränge.

Der erste lässt sich am besten mit einem berühmten Diktum des großen sozialdemokratischen Politikers Kurt Schumacher einleiten. Er sagte: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität“. Der Begriff „Realität“ bedeutet dabei: mehr als die wirtschaftliche Wirklichkeit, wie sie vielleicht noch in Modelle gezwängt werden kann. Es geht vor allem um die gesellschaftlichen, sozialen und politischen Randbedingungen und Trends, die in das Bild von Diagnose und Therapie mit einzubeziehen sind. Dies haben Ökonomen zunehmend verlernt – dank der Dominanz des Technokratischen, das in ihr Fach Einzug gehalten hat.

Der Weg der Besserung, der dabei am nächsten liegt, ist das Erweitern der fachlichen Perspektive – raus aus der technokratischen Enge. Also: Zurück zu Lehr- und Forschungsplänen sowie Studienstrukturen an unseren Universitäten, die zumindest einem Teil des Nachwuchses an Akademikern erlaubt, sich auf politisch-ökonomische Fragen zu spezialisieren und trotzdem den Einstieg in eine gute Karriere als Professor der Volkswirtschaftslehre (o. ä.) zu finden. Dies ist leichter gesagt als getan: Enorm stark sind heute die Zwänge, mit Publikationen die „technischen“ Fertigkeiten zu beweisen, und nicht das breitere gesellschaftliche Verständnis. Auch die Berufungspolitik der Universitäten müsste sich deshalb ändern, und zwar gründlich.

Wichtig ist, dass eine solche Umorientierung sich nicht auf die Gründung von „Governance Schools“ beschränkt, die neben den traditionellen Fakultäten der Wirtschaftswissenschaften bestehen. Vielmehr müssen eben diese Fakultäten ihren Nachwuchs – thematisch und methodisch – in eine Richtung lenken, die eben nicht mehr allein dem technokratischen Denken Vorschub leistet. Hier ist vielleicht tatsächlich ein Blick zurück in die Vergangenheit nützlich: So überholt manche akademische Tradition früherer Zeiten sein mag, die breitere Aufstellung der Professorenschaft in gesellschaftlichen Themen war es sicherlich nicht. Die deutschen Pioniere der wirtschaftspolitischen Beratung der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre –

von Erich Preiser über Wilhelm Röpke bis zu Herbert Giersch und Olaf Sievert als Mitglieder des Sachverständigenrats – liefern dafür sicherlich Orientierungspunkte, auch wenn die heutigen Herausforderungen ganz andere geworden sind.

All dies wird allerdings nicht reichen, wenn nicht ein weiteres Element hinzukommt: die politische Praxis. Alle demokratischen Parteien in Deutschland bräuchten dringend mehr ökonomischen Sachverstand in ihren Reihen, vor allem als Bereicherung ihrer Fachausschüsse Finanzen und Wirtschaft. Umgekehrt benötigen Volkswirte genauso dringend die Erfahrungswelt des politischen Entscheidens. Nur diese hilft, sie von technokratischen Neigungen zu befreien. Vor allem trägt sie dazu bei, das Gefühl dafür zu vermitteln, wie stark und tief ökonomische Themen mit breiteren gesellschaftlichen Fragen verwoben sind. Es gilt also, talentierte junge Menschen zu ermuntern, sich gemäß ihren persönlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen einer demokratischen Partei anzuschließen, und zwar möglichst früh und mit großem Engagement.

Problematisch ist dabei, dass genau dieses politische Engagement in der öffentlichen Meinung eher als eine Einschränkung der Objektivität gilt – und deshalb für den Ruf als „Berater“ bisher eher schadet. Das ist überaus bedauerlich und sollte sich ändern. Die Parteien wiederum sollten bessere Möglichkeiten dafür bieten, dass in ihren Organisationen das wissenschaftliche Fachwissen auch erkennbar gewürdigt wird. Sie können damit ein Stück weit einen alternativen Raum des Diskurses bieten, der – zusammen mit den attraktiven Möglichkeiten der konkreten politischen Einflussnahme – für Wissenschaftler eine Kompensation dafür bietet, dass sie an Objektivität im Auge der Öffentlichkeit Einbußen hinnehmen müssen.

Was für die Volkswirtschaftslehre gilt, mag in ähnlicher Weise für andere Fächer gelten – nur fehlt dem Verfasser dieses Beitrags in dieser Hinsicht die

Expertise. Aber es spricht doch manches dafür, dass auch zum Beispiel Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner in ihren gesellschaftlich höchst relevanten Fächern stärker als bisher politisch eingebunden werden. Auch ihr „Rat“ ist zunehmend gesucht – nicht zuletzt aufgrund der interdisziplinär verzahnten Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Und auch für sie ist es nicht unplausibel zu unterstellen, dass ihre fachspezifische Entwicklung sich in den letzten Jahrzehnten in Richtung der technokratischen Verengung entwickelt hat. Es geht also ein Stück weit um eine Re-Politisierung unserer Universitäten: nicht mit dem Ziel, Politik und Wissenschaft miteinander zu vermengen, aber doch mit der Absicht, den politischen Rat der Wissenschaft relevanter zu machen.

Die Macht der Ideen: Zur Wirkung der Politikwissenschaft jenseits des Elfenbeinturms

“Vom Gesichtspunkte der Gesellschaft, ja der Menschheit aus betrachtet, liegt die letzte Rechtfertigung der Wissenschaft darin, dass sie tätiger Anwendung fähig ist”, schrieb der österreichische Philosoph Heinrich Gomperz 1934 in seiner Monographie „Die Wissenschaft und die Tat“.¹ In diesem Sinne lieferten sich einige führende deutsche Politikwissenschaftler vor wenigen Jahren in der ZEIT und FAZ einen argumentativen Schlagabtausch zur gesellschaftlichen Relevanz ihres Faches. Dabei ging es weniger um die Frage der Sichtbarkeit von Politikwissenschaftlern in der Öffentlichkeit, da an deren Omnipräsenz als Kommentatoren aktueller politischer Ereignisse kein Zweifel bestehen kann, sondern vor allem um die Sorge, dass der wissenschaftliche Nachwuchs im Streben nach möglichst vielen referierten Zeitschriftenartikeln und prestigeträchtigen Drittmittelprojekten die Bedeutung und Verantwortung der Politikwissenschaft über die engen Kreise des Fachpublikums hinaus aus den Augen verlieren könnte. Doch wie definieren sich Rolle und Funktion der Disziplin Politikwissenschaft für die Gesellschaft und die Welt der praktischen Politikgestaltung?

Der Soziologe Wolfgang Streeck gibt zu bedenken, dass sich Politiker vornehmlich für Prognosen interessierten. Erklärungen zurückliegender Ereignisse erschienen hingegen weit weniger relevant. Ein Widerspruch zum

* [Prof. Dr. Jörn Dosch, Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit, Universität Rostock.](#)

¹ Zitiert nach Albert, Hans (1957). Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften. Swiss Journal of Economics and Statistics, 93: 60-76, hier S. 60.

Selbstverständnis der Sozialwissenschaften bestehe hierbei nicht unbedingt. Einige Sozialwissenschaftler, so Streeck, „halten die Fähigkeit zur Prognose für das eigentliche Merkmal einer guten Theorie. Da Politiker ständig Wetten auf die Zukunft eingehen müssen, sehen sie das ähnlich“.² Das Prinzip unterscheidet sich dabei nicht von Vorhersagemethoden im Alltag. Es geht darum, bereits in der Gegenwart Aussagen über Ereignisse oder Geschehnisse in der Zukunft zu treffen. Bezugspunkt sind dabei bereits vorliegende Beobachtungen, die möglichst genau auf einen späteren Zeitpunkt projiziert werden sollen.

Ein häufig zitiertes Paradebeispiel für die Möglichkeit, mittels scharfsichtiger Analyse von vergangenen und gegenwärtigen Ereignissen politisch relevante Trends der Zukunft ableiten zu können, sind die Schriften des französischen Publizisten, Politikers und Historikers Alexis de Tocqueville, der weithin als Begründer der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Vergleichende Regierungslehre gilt. Diesen Ruhm verdankt er vor allem seinem zweibändigen Werk „Über die Demokratie in Amerika“ (1835 und 1840), in dem er auf der Grundlage einer mehrmonatigen Reise durch die USA – heute würde man von empirischer Feldforschung sprechen – die bis dahin wohl umfangreichste, tiefgründigste und dabei vor allem auch ausgewogenste Bestandsaufnahmen der Verfassungsrealität, des Regierungssystems und der amerikanischen Gesellschaft vornahm. Die Ausführungen lassen sich sowohl als Plädoyer für die Freiheit als auch Warnung vor einem Umschlagen von Demokratie in Tyrannei lesen. Gerne wird hervorgehoben, dass de Tocqueville unter dem Stichwort „Tyrannei der Mehrheit“ mit geradezu prophetischer Klarheit auf Szenarien der Freiheitsbeschränkungen im Namen der Demokratie verwiesen habe, die dann in den „Volksdiktaturen“ des 20. Jahrhunderts ihre materielle Ausprägung gefunden hätten. Aber

² Streeck, Wolfgang (2010). Die Macht der Unschärfe. *MaxPlanckForschung*, 3/2010:10-14, hier S. 10, https://www.mpg.de/782604/W001_Zur-Sache_010-015.pdf.

auch mit Blick auf seine Überlegungen zum Spannungsverhältnis zwischen Gleichheit und Freiheit, zur Wahrscheinlichkeit einer weltweiten Ausbreitung der Demokratie und zu herausziehenden Entwicklungen, die wir heute unter dem Schlagwort Globalisierung subsumieren, lässt sich de Tocqueville als treffsicherer Prognostiker politisch bedeutsamer Entwicklungen nachfolgender Jahrzehnte charakterisieren. Am bekanntesten sind wahrscheinlich seine fast beiläufig getroffenen Beobachtungen zu einer aufkommenden globalen Machtkonkurrenz zwischen den USA und Russland, der ein gutes Jahrhundert später im Ost-West-Konflikt (dann natürlich mit der Sowjetunion als Akteur) seine dramatisierte Ausprägung finden sollte. Es gäbe zwei große Nationen in der Welt, schrieb de Tocqueville, sich die von verschiedenen Ausgangspunkten dem gleichen Ziel entgegenbewegten: Amerika und Russland. Beide seien herangewachsen, ohne dass es jemand bemerkt hätte. Während sich die Aufmerksamkeit der Menschheit auf andere Ereignisse richtete, hätten sich beide plötzlich auf den vordersten Rängen der Nationen platziert. Ihre Ausgangspunkte seien verschieden und auch ihre Wege seien nicht dieselben; doch sowohl Amerika als auch Russland seien dazu bestimmt, die Geschicke des halben Erdballs zu beherrschen.

Wie repräsentativ ist jedoch der vor 186 Jahren erschienene Klassiker de Tocquevilles für die Prognosefähigkeit der kontemporären Politikwissenschaft? Überhaupt nicht lautet die Antwort, folgt man dem Urteil der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Jacqueline Stevens: Sie bezeichnet die Vertreter ihres Faches als lausige Vorhersager. Es sei ein offenes Geheimnis in der Disziplin, dass alle Versuche, politische Prognose zu treffen, spektakulär versagt und dabei kolossale Mengen an Zeit und Geld verschwendet hätten. „Es wurden Karrieren gemacht, Preise verliehen und Millionen von Forschungsgeldern an Experten [...] ausgeschüttet, obwohl Nancy Reagans Astrologe vielleicht über bessere Vorhersagefähigkeiten verfügte. Forschung, die auf politische Vorhersagen abzielt, ist zum Scheitern verurteilt. Zumindest wenn es darum geht, genauere Vorhersagen zu treffen als ein

wild mit Pfeilen auf Zielscheiben werfender Schimpanse.“³ Bis heute hängt der Politikwissenschaft der Makel an, das Ende des Kalten Krieges nicht prognostiziert zu haben. In der Tat lässt sich keine vor 1989 erschienene wesentliche Publikation finden, die einen möglichen Niedergang der Sowjetunion und eine potentielle Auflösung des Ost-West-Konfliktes thematisiert hätte. Ganz im Gegenteil – noch bis weit in die späten 1980er Jahre hinein entstanden Studien, die sich mit den zukünftigen Ausprägungen des Systemantagonismus zwischen den USA und der Sowjetunion bis hin zu Überlegungen zu den wahrscheinlichen Strukturen des Ost-West-Konfliktes im 21. Jahrhundert befassten. Der große Historiker des Kalten Krieges, John Lewis Gaddis, merkt an, dass der Untergang der Sowjetunion von solcher Bedeutung gewesen sei, dass jeder Ansatz für das Studium der internationalen Politik, der sowohl Voraussicht als auch Kompetenz beansprucht, ihn hätte kommen sehen müssen. Und doch, so stellte er fest, habe es keiner getan.⁴

Letztlich ist jedoch festzustellen, dass die Debatte zur Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft bestenfalls einen Nebenschauplatz darstellt und den Kern der Relevanz des Faches für Gesellschaft und praktische Politikgestaltung nicht trifft. Die Bedeutung einer jeden wissenschaftlichen Disziplin lässt sich nicht anhand der Größe und Perfektion ihrer jeweiligen Kristallkugel bemessen, sondern ergibt sich aus der Fähigkeit, wesentliche Impulse jenseits des akademischen Elfenbeinturms setzen zu können. Es ist die Macht der Ideen, die der sozialwissenschaftlichen Forschung Gewicht und Nachdruck verleiht. Für die Politikwissenschaft gilt, dass Theorien häufig nicht nur auf die wissenschaftliche Analyse und Erklärung von Politik ausgerichtet sind, sondern diese auch stets im Sinne von Handlungsanleitungen

³ Stevens, Jacqueline (23.06. 2012). Political Scientists Are Lousy Forecasters. *New York Times*, <https://www.nytimes.com/2012/06/24/opinion/sunday/political-scientists-are-lousy-forecasters.html> (Übersetzung J.D.).

⁴ Gaddis, John Lewis (1992). International Relations Theory and the End of the Cold War. *International Security*, 17(3): 5-58.

beeinflussen. Betrachten wir das Beispiel der Teildisziplin Internationale Beziehungen (IB): Konzepte, die Politikwissenschaftlern dazu dienen, die Bedingungen von Ordnung, Frieden und Konflikten im Weltsystem zu erklären, erfüllen nicht immer notwendigerweise die sozialwissenschaftlichen Kriterien von Theorien (zumindest nicht im Sinne des Übervaters der modernen Wissenschaftstheorie, Karl Popper, für den die Falsifizierbarkeit von Hypothesen im Vordergrund steht), sondern sind auch als deutungs- und wirkmächtige Ideen zu verstehen, die nicht zuletzt das Handeln von Regierungen und einer großen Zahl weiterer Akteure leiten können. Häufig ist in diesem Kontext eine Konvergenz zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Aktion zu beobachten.

Mit anderen Worten: IB-Theorien liefern nicht nur Erklärungshilfen z.B. hinsichtlich außenpolitischen Verhaltens. Gleichzeitig stehen die wissenschaftliche Betrachtung bestimmter politischer Phänomene und die tatsächliche Gestaltung von Außenpolitik in einem engen Wechselverhältnis. Die Schriften von Hans Morgenthau, einem der Begründer der realistischen Schule in den IB, der zu den bedeutendsten Politikwissenschaftlern des 20. Jahrhunderts zählt, und jene seiner Schüler haben außenpolitische Entscheidungsprozesse besonders in den USA, aber auch in vielen anderen Staaten, bis heute maßgeblich beeinflusst.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns des Völkerbundes in der Zwischenkriegszeit und vor allem der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs etablierte sich der Realismus ab den späten 1940er Jahren als Versuch einer von politischen Wunschvorstellungen befreiten akkuraten Erklärung internationaler Politik. Der Realismus beschreibt das internationale System als anarchisch im Sinne der Abwesenheit einer ordnungsbildenden Zentralinstanz. Die einzig relevanten Akteure sind die Staaten, die nach Machterhalt und Machtausdehnung streben und sich dabei in einem kontinuierlichen Nullsummenspiel befinden, in dem lediglich der relative Statusgewinn gegenüber anderen Staaten zählt. Kriege sind in diesem Prozess (fast) unvermeidlich. Der

Realismus stellte sich somit gegen die verbreiteten Vorstellung – oder sagen wir Hoffnung – innerhalb der jungen, nach dem Ersten Weltkrieg etablierten Forschungsrichtung Internationale Beziehungen, dass der Mensch und damit letztlich Regierungen durch Lernen aus Erfahrung eine gerechte und friedliche Weltordnung bilden und aufrechterhalten könnten. Freilich knüpfen die philosophischen Grundlagen des Realismus an prominente Vorläufer der Ideengeschichte an. Bereits im 5. Jahrhundert v. Chr. erkannte der Athener Stratege und Chronist Thukydides in seiner Auseinandersetzung mit den Geschehnissen des Peloponnesischen Krieges in der Natur des Menschen eine wichtige Gesetzmäßigkeit, indem er im Machtstreben und in der Angst unveränderliche Triebfedern menschlichen Handelns sah. Der „Leviathan“ des englischen Staatstheoretikers Thomas Hobbes und „Der Fürst“ des florentinischen Staatsphilosophen Niccolò Machiavelli lassen sich wie viele andere Werke ebenfalls den Wegbereitern zuordnen.

So wurde, wie dies Christoph Rohde sehr gut auf den Punkt bringt, Morgenthau Präskription, Politik solle sich primär an Interessen und nicht an ideologischen Vorgaben orientieren, zu einem wichtigen politischen Parameter der Nixon-Kissinger-Ära und fand vor allem in der Annäherung zwischen den USA und der VR China in den 1970er Jahren ihren Ausdruck. Auch wenn Morgenthau und der damalige US-Außenminister Henry Kissinger in ihren Überzeugungen zum Teil voneinander abwichen, werden doch beide einem „amoralischen Machtzynismus“ zugeordnet:⁵ Morgenthau lieferte das theoretische Fundament und Kissinger die dazu passende politische Praxis, bei der der Zweck die Mittel heiligt – eine Maxime, die Machiavelli zugeschrieben wird, sich aber wörtlich so bei ihm nicht findet. Als Ergebnis dieses fortwährenden Prozesses der wechselseitigen Stimulierung, für die das „Paar“ Morgenthau-Kissinger nur exemplarisch steht, entstand eines der wirk-

⁵ Rohde, Christoph (2004). Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus. Wiesbaden: Springer V.S. Ders., S. 275.

mächtigsten Deutungs- und Handlungsmuster in der Gestaltung von Weltordnung während des Kalten Krieges, das auch heute kaum an Attraktivität eingebüßt zu haben scheint. Die Faszination mit Mächtigegleichgewichten und einer Politik der Eindämmung von Gegenmacht als Friedensgarant ist so weitreichend, dass John Mearsheimer, einer der führenden Vertreter der Schule mit bedeutendem Einfluss auf die US-Sicherheitspolitik, in den frühen 1990er Jahren vorschlug, zur Verringerung der Kriegsgefahr, Deutschland und die Ukraine zu ermutigen, Atomwaffen zu erwerben, um den erwarteten Rückzug der USA und Russlands aus weiten Teilen Europas zu kompensieren und wieder ein Gleichgewicht herzustellen. Umgesetzt wurde die Idee freilich nicht.

Weit über das Beispiel der Nixon-Administration hinaus hat die Denkweise der Hauptprotagonisten der realistischen Schule über viele Jahrzehnte das Handeln der Akteure im State Department, Nationalen Sicherheitsrat und anderen Washingtoner Behörden maßgeblich geprägt. Dies lässt sich u.a. daran ablesen, dass die USA während des Kalten Krieges eine Außenpolitik verfolgten, die sich nicht nur auf nationale Interessen fokussierte, sondern auch eine Reihe autoritärer bzw. diktatorischer Regime aktiv unterstützte, solange diese Gegner der Sowjetunion waren. Moralisch-normative Handlungsgrundlagen spielen im realistischen Kontext hingegen für die Gestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel keine Rolle. Etwas vereinfacht formuliert lässt sich argumentieren, dass beispielsweise humanitäre Interventionen nur dann eine Option darstellen, wenn sie im eigenen strategischen Interesse der ausführenden Macht liegen, aber nicht in erster Linie durch das Bestreben motiviert sind, einer schutzbedürftigen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Nicht alle US-Regierungen haben strikt nach dieser Maxime gehandelt, aber diejenigen, welche sich der realistischen Position zuordnen lassen, sind nicht – was intuitiv zu vermuten wäre – auf republikanische Präsidenten beschränkt. Auch US-Präsident Joe Biden hat un-

längst einmal mehr unter Beweis gestellt, welche große Bedeutung realistischen Denkweisen weiterhin zukommt. In seiner Rede zum “Ende des Krieges in Afghanistan” vom 31. August 2021 sagte er: „Wenn wir am 11. September 2001 vom Jemen aus statt von Afghanistan aus angegriffen worden wären, wären wir dann jemals in Afghanistan in den Krieg gezogen – obwohl die Taliban 2001 Afghanistan kontrollierten? Ich glaube, die ehrliche Antwort lautet ‚Nein‘. Das liegt daran, dass wir kein anderes vitales nationales Interesse an Afghanistan hatten, als einen Angriff auf Amerikas Heimatland und deren Freunde zu verhindern - unsere Freunde. Und das ist auch heute noch so.“⁶ Demnach ging es also nie um Demokratieförderung und den Aufbau eines stabilen Staatswesens zum Wohle der afghanischen Gesellschaft.

Während Generationen an Politikern in den USA, Europa und anderswo den Prämissen des Realismus beinahe schon als Blaupause für die Gestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik gefolgt sind, haben ihre Handlungen wiederum die empirischen Belege für die Verifizierung der Hypothesen des Realismus geliefert. Politische Theorie und politische Praxis sind somit in einem fortwährenden Prozess der zirkulären Verursachung miteinander verbunden. Die gilt allerdings nicht nur für den Realismus.

Der wesentliche konkurrierende Ansatz, der sich ebenfalls in der wechselseitigen Interaktion zwischen Deutungskonzepten der Theorie und Praxis entwickelt hat, besteht im Idealismus, der in leicht gewandelter Form auch als liberaler Institutionalismus und unter anderen Begriffen bekannt ist. Seine Wurzeln liegen im 14-Punkte Plan Woodrow Wilsons, mit dem der US-Präsident 1918 eine auf der Zusammenarbeit der Nationen (eigentlich Völker) beruhende Friedensordnung skizzierte und der die Vorlage für den Völkerbund bildete, dem die USA jedoch dann nicht beitraten. Die Schule des

⁶ The White House (31.08.2021). Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan/> (Übersetzung J.D.).

Idealismus als Weltdeutungsansatz und damit überhaupt die akademische Disziplin der Internationalen Beziehungen waren geboren. Die Universität von Aberystwyth (Wales) gründete das erste wissenschaftliche Institut, dem schnell weitere in Europa und den USA folgten; und in London, Paris, Berlin und New York entstanden Gesellschaften für Internationale Politik, die sich der Friedensforschung widmeten. Somit hatte der Idealismus, der sich wenig überraschend am Kantischen positiven Menschenbild des vernünftigen Wesens orientiert, von vornherein eine starke normative Ausrichtung. Im Gegensatz zum Realismus gehen Idealismus und Institutionalismus von der Möglichkeit und tatsächlichen Existenz multilateraler Kooperation der Staaten im Sinne eines positiven Summenspiels aus, in dem mit Blick auf den gemeinsamen Nutzen für alle Akteure Partikularinteressen und nationales Machtstreben ausgeblendet werden.

Egon Bahr und Willy Brandt waren in ihrer Konzeption der Ostpolitik von diesen Denkmustern geleitet und der europäische Integrationsprozess wäre ohne die Befruchtung durch die Ideen der idealistisch und institutionalistisch ausgerichtete Politikwissenschaft kaum denkbar. Besonders in der Entstehungs- und Frühphase, aber auch noch während späteren Epochen der europäischen Vergemeinschaftung war die wechselseitige Stimulierung durch wissenschaftliche und praktisch-politische Ideengebung so intensiv, dass sich die jeweiligen Beiträge kaum voneinander trennen ließen. Wenn sich die EU heute gerne als Zivilmacht bezeichnet, die Konfliktregulierung, Ordnungs- und Friedensbildung durch Kooperation und institutionalisierte Verfahren und somit mit nicht-militärischen Mitteln betreibt, übernimmt sie einen Begriff, den der politische Analyst François Duchêne in den frühen 1970er Jahren erfand. Auch die deutsche Politikwissenschaft hat in diesem Kontext wichtige Impulse geliefert. Das aktuelle Verständnis von Zivilmacht wurde in den frühen 1990er Jahren von Hanns W. Maull und seiner Forschungsgruppe an der Universität Trier geprägt.

Die mithin besten Beispiele stammen aber wiederum aus den USA, wo Ideen und Inputs des Idealismus deutlichen Niederschlag in der Außenpolitik mehrerer Administrationen fanden. Jimmy Carters Menschenrechtspolitik zählt ebenso dazu, wie die – neben anderen Instrumenten – auf multilaterale Kooperation ausgerichteten Außenbeziehungen Bill Clintons und Barack Obamas. Die Präsidentschaft Clintons bietet ein Paradebeispiel für die Wechselwirkung von politischer Theorie und politischer Praxis. Clinton berief den wohl bedeutendsten Institutionalisten der Gegenwart, den Harvard-Professor Joseph Nye, zum Staatssekretär für die Asien-Pazifik Politik der USA. Prompt setzte dieser seine wissenschaftlichen Überlegungen zur internationalen Zusammenarbeit politisch um und bescherte den amerikanisch-asiatischen Beziehungen eine Blütezeit der multilateralen Kooperation.

Nye ist auch der Schöpfer des Konzeptes der „Soft Power“. Vor rund 20 Jahre argumentierte er erstmals, dass militärische Macht zur Interessenprojektion im internationalen System nicht ausreiche und es einer Ergänzung vor allem durch kulturelle Attraktivität und einer aktiven Teilhabe an internationalen Organisationen bedürfe, um über längere Zeiträume politisch Macht ausüben und Interessen durchsetzen zu können. Soft Power bezeichnet Macht, die auf Attraktivität, Anziehungskraft und der erfolgreichen Vermittlung eigener Normen und Werte beruht. Seither hat der Aufbau von Soft Power – eine Idee die als rein analytisches Konzept entstand – expressis verbis Eingang in die außenpolitischen Prioritäten zahlreicher Staaten gefunden. So haben z.B. die Regierungen Russlands und VR China explizite Soft Power-Strategien entwickelt, um ihr Gewicht auf der internationalen Bühne zu stärken. Die Ausrichtung von sportlichen Großereignissen, wie Olympischen Spielen und Fußballweltmeisterschaften, ist Teil dieses Ansatzes. Kein anderes Land hat diesen Weg so entschlossen und erfolgreich beschritten wie Südkorea. U.a. durch den gezielten und staatlich massiv subventionierten Aufbau kultureller Industrien und die damit einhergehende globale Vermarktung koreanischer Popmusik (K-Pop) und Fernsehserien ist es Südkorea

gelingen, international eine substantielle Statusverbesserung zu erzielen und eine Position unter den führenden 20 Soft Power-Mächten der Welt zu erringen. In Asien muss sich Südkorea in Bezug auf Soft Power lediglich von Japan geschlagen geben. Deutschland nimmt auf dem Soft-Power-Index, der jährlich vom Center for Global Diplomacy an der University of Southern California in Los Angeles erstellt wird, den dritten Rang ein, hinter Frankreich und Großbritannien. Schweden, auf Platz vier, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie es einem Land aufgrund der geschickten Vermittlung seines Staats- und Gesellschaftsmodells, seiner Werte und Normen sowie der Attraktivität kultureller Attribute gelingen kann, internationalen Einfluss zu gewinnen, der deutlich weitreichender ist, als die Größe des Landes vermuten lassen würde.

Weitere prägnante Beispiele für die Diffusion politikwissenschaftlicher Ideen in die Politikgestaltung sind Samuel Huntingtons Buch „Clash of Civilizations“ (1996) und Francis Fukuyamas „The End of History and the Last Man“ (1992). Fukuyamas zentrale These lautet, dass die Auflösung des Ost-West-Konfliktes nicht nur das Ende einer weiteren Periode der Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg bedeute, sondern vielmehr den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit insgesamt darstelle. Damit einher ginge die Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als endgültiger Regierungsform. Die davon abgeleitete These, dass das liberal-demokratische Modell amerikanischer Prägung anderen politischen Ordnungsmodellen überlegen sei, machte Fukuyama zu einem Vordenker der neo-konservativen Bewegung in den USA.⁷ Nachweislich übten Fukuyamas Überlegungen starken Einfluss auf den Beraterkreis von US-Präsident George W. Bush im Vorfeld des Irak-Krieges aus. Vielen gilt die Monographie gar als

⁷ Jetschke, Anja. (2016) Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man, New York: Free Press 1992, 418 S. (dt. Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München: Kindler 1992, 510 S.). In: Salzborn, Samuel (Hrsg.) Klassiker der Sozialwissenschaften. Springer VS, Wiesbaden.

„the book that sent Bush to war“, wie es der britische *Independent* einst formulierte, um dann jedoch klarzustellen, dass Fukuyama wohl missverstanden worden sei.⁸ Fukuyama selbst lehnte die Irak-Invasion ab und distanzierte sich später von den Neokonservativen. Dennoch: Wenn jemals politikwissenschaftliche Arbeiten die Bedeutung von *self-fulfilling prophecies* erlangten, dann lässt sich „The End of History“ hier zuordnen. Zu dieser Kategorie zählt – was jedoch bis heute kontrovers diskutiert wird – auch Huntingtons „Kampf der Kulturen“, wie der sinnverändernde Titel der deutschen Ausgabe lautet. Das zentrale Argument ist schnell zusammengefasst: „Kultur und die Identität von Kulturen, auf höchster Ebene also die Identität von Kulturkreisen, prägen heute, in der Welt nach dem Kalten Krieg, die Muster von Kohärenz, Desintegration und Konflikt.“⁹ Politische Ideologien und das konkurrierende Machtstreben von Nationalstaaten seien nicht länger die bestimmenden Faktoren der Weltordnung, sondern die Existenz mehrerer Kulturkreise, zwischen denen die Bruchlinien künftiger Konflikte verliefen: der Westen, Japan, China, Indien sowie der islamische-, der orthodoxe, der lateinamerikanische- und der afrikanische Kulturkreis. Während kritische Kommentatoren die Sinnhaftigkeit dieser willkürlich erscheinenden und stark vereinfachenden Blockeinteilung von vornherein anzweifeln, wurde die These von der konfliktbefördernden Rolle von Religionen und Identitäten in Politikerkreisen weltweit mit großem Interesse zur Kenntnis genommen – auch in der deutschen Außenpolitik. So führte Hans-Walter Steinmeier, damals Bundesaußenminister, 2006 beim Bischofs-Dinner der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus: „Aufgabe ist: Man muss versuchen, zu einer Kultur des Dialogs zurückzukehren. [...] Die Aufgabe unse-

⁸ The Independent (26.03.2006). Francis Fukuyama: The end of history man, <https://www.independent.co.uk/news/people/profiles/francis-fukuyama-end-history-man-6105624.html>

⁹ Huntington, Samuel (1996). *Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München und Wien: Europa-Verlag, S. 21.

rer Außenpolitik ist es, nach Wegen zu suchen, die selbst in heftigen Konflikten auf einen gemeinsamen Boden zurückführen [...] Mit guten Gründen wird versucht, dem von Huntington diagnostizierten ‚clash of civilizations‘ zuvorzukommen beziehungsweise ihn zu entschärfen. Das ist auch unsere Aufgabe!“¹⁰ In dieser Wahrnehmung erscheint Huntingtons These als konkreter Bezugspunkt für politisches Handeln.

Bereits die hier ausgeführten Beispiele zeigen deutlich, dass es besonders die Ideen aus der Feder US-amerikanischer Politikwissenschaftler sind, welche deutungsmächtig Einfluss auf politische Gestaltung und Entscheidung nehmen. Vor einigen Jahren beklagten Frank Decker und Eckhard Jesse, prominente deutschen Vertreter des Faches, dass der Einfluss der Politikwissenschaft im Gegensatz zu früheren Dekaden gesunken sei. Das Fach bleibe in der öffentlichen Resonanz und Wirksamkeit hinter der Wirtschaftswissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Geschichtswissenschaft weit zurück. Zu zentralen Fragen, wie z.B. zur Europa-Frage, fehle es an Stimmen aus der Politikwissenschaft.¹¹ Andere vermissten 2015/16 einen starken anwendungsorientierten Beitrag des Faches zur Bewältigung der damaligen Flüchtlingskrise. Einwürfe wie diese verkennen aber, dass es wohlmöglich nicht an einem mangelnden Engagement aus den Reihen der Politikwissenschaft liegt, sondern vor allem strukturelle Faktoren dafür maßgeblich sind, dass scheinbar in Deutschland die Politikgestaltung nur sehr begrenzt von im eigenen Land produzierten politikwissenschaftlichen Wissen stimuliert wird. Erstens sind in den vergangenen Jahrzehnten die meisten der öffentlichkeitswirksamsten politikwissenschaftlichen Konzepte und Theorien, die

¹⁰ „Der Dialog der Kulturen: eine Herausforderung für die deutsche Außenpolitik“ - Rede von Bundesaußenminister Steinmeier auf Einladung der EKD, 21.11.2006, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/061121-bischofshofsdinner/219502>.

¹¹ Decker, Frank und Eckhard Jesse (20.04.2016). Fach ohne Ausstrahlung, FAZ, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/politikwissenschaft-und-ihre-lage-der-in-der-oeffentlichkeit-14186054.html>.

dann das Handeln von Politikern weltweit beeinflusst oder zumindest befruchtet haben, in den USA entstanden. Einige sind hier vorgestellt worden. Dies ist schlicht eine Folge der führenden Rolle und des Prestiges der Ivy League-Universitäten und jenen Hochschulen mit gleichem Status, wie Stanford, M.I.T. und Caltech, sowie einer überragenden Forschungsinfrastruktur. Dies gilt fraglos auch für andere Wissenschaftsdisziplinen. Zweitens ist es in den USA für Politikwissenschaftler nicht unüblich, für einen begrenzten Zeitraum von der Universitätsstelle in eine Position im Regierungsapparat zu wechseln, um anschließend wieder an die jeweilige Hochschule zurückzukehren. Gleichzeitig sind aktive oder ehemalige Politiker zeitweise oder über Affiliationen an universitären oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig. Genaue Daten, wie groß die Zahl derjenigen ist, die im jeweils anderen Bereich aktiv werden, liegen nicht vor. Auch wenn es sicherlich nicht um eine Massenbewegungen von der Politikwissenschaft in die praktische Politik und vice versa handelt, so ermöglicht dieses System doch einen deutlich direkteren Austausch und ein leichteres Überspringen von Ideen aus der Wissenschaft in die Praxis, als dies in Deutschland der Fall ist, wo Abordnungen dieser Art weitgehend unbekannt sind bzw. nur in sehr wenigen Ausnahmefällen stattfinden.

Fakt ist, drittens, aber auch, dass generell deutsche Politikwissenschaftler im Vergleich zu den Kollegen in einigen anderen Ländern weniger aktiv in der Politikberatung involviert sind. Dies ist zumindest das Ergebnis einer Studie von Jens Jungblut und Sonja Blum, die auf einer Umfrage beruht, welche 2018 in mehr als 30 europäischen Ländern durchgeführt wurde. 376 Politikwissenschaftler aus Deutschland beteiligten sich. Unter anderem kommen die Autoren zu folgendem Ergebnis: „Kolleg*innen in anderen Ländern geben an öfter zu beraten. Politikberatung ist für Politikwissenschaftler*innen an deutschen Universitäten kein Bestandteil der täglichen (oder wöchentlichen) Arbeit – in der Regel werden sie ‚mindestens einmal im Jahr‘ tätig. [...] Insgesamt geben jedoch 70% der Befragten an, in zumindest einer

Form der Politikberatung in den letzten drei Jahren aktiv gewesen zu sein. Dabei stehen nach wie vor eher klassische und direkte Formen der Politikberatung im Vordergrund, wie z.B. Workshops, Konferenzen oder der direkte persönliche Kontakt. [...] Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, in den letzten Jahren auf nationaler und subnationaler Ebene beraten zu haben. Beratung auf EU- oder internationaler Ebene erfolgt deutlich seltener.“¹² Rückschlüsse, in welchem Maße politikwissenschaftliche Überlegungen effektiv Eingang in politische Gestaltungsprozesse gefunden haben, lässt die Studie nicht zu. Die Frage, ob und in welchem Umfang politikwissenschaftliche Ideen in Deutschland Macht jenseits des Elfenbeinturms entfalten, kann bislang nicht systematisch beantwortet werden. In einigen Fällen liegen aber zumindest Erfahrungswerte vor. So steht beispielsweise für das Feld der Entwicklungspolitik außer Frage, dass über die Jahre wesentliche Impulse von einzelnen Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen ausgegangen sind. Zu denken ist hier an das Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) in Freiburg, das in einem engen Kooperationsverhältnis mit der Albert-Ludwigs-Universität steht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Vor rund 30 Jahren begann sich das ABI mit der Thematik Demokratieförderung durch Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu beschäftigen. Teils entstanden wegweisende Studien als direkte Beiträge der Politikberatung, teils erlangten wissenschaftliche Arbeiten – nicht zuletzt wohl durch persönliche Kontakte – die Aufmerksamkeit von Ministerialbeamten. Im Ergebnis leistete das ABI einen wesentlichen Beitrag zur tatsächlichen Konzeption und Ausgestaltung der Demokratieförderung in der deutschen Entwicklungspolitik. In ähnlicher Weise hatte Mitte der 1990er Jahre ein von der Deutschen Gesellschaft für

¹²Jungblut, Jens und Sonja Blum (2021). Vielfältig und aus Überzeugung aktiv – Die Politikberatung deutscher Politikwissenschaftler*innen, *DVPD*, <https://www.dvpw.de/blog/vielfaeltig-und-aus-ueberzeugung-aktiv-die-politikberatung-deutscher-politikwissenschaftlerinnen-ein-beitrag-von-jens-jungblut-und-sonja-blum>.

Internationale Zusammenarbeit (GIZ, damals noch GTZ) beauftragtes Projekt zu den politischen Rahmenbedingungen der EZ am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Einfluss auf eine Neudefinition zentraler Kriterien und Zielvorstellungen der deutschen EZ. In jüngerer Zeit ist es vor allem die theoriegeleitete Forschung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn gewesen, das als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis die konzeptionelle Arbeit des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deutlich mitgeprägt hat. In diesen und vielen anderen Fällen materialisierte sich die Macht politikwissenschaftlicher Ideen nicht unter dem Scheinwerfer öffentlicher und vor allem medialer Aufmerksamkeit. Eine Studie zur Neuausrichtung der Entwicklungspolitik ist nicht mit einem internationalen Bestseller wie „Clash of Civilizations“ vergleichbar. Dennoch: Auch politikwissenschaftliche Ideen, die sich nicht als Leuchtturm präsentieren, können deutungs- und wirkmächtig sein.

Die Rolle der Wissenschaft im Konsultationsprozess der IFRS Foundation

1 Einleitung und Motivation

Normengebende Institutionen sind regelmäßig verpflichtet, ihren Normensetzungsprozess, beispielsweise im Bereich der Rechnungslegung, transparent und konsultativ zu gestalten. Dies sehen die Rahmenbedingungen für Gesetzgebungsprozesse, wie die Umsetzung der in Bälde erwarteten Verabschiedung der Corporate Social Responsibility Directive (CSRD) der Europäischen Union (EU), vor.¹ Aber auch der Due Process (des Erlasses) eines International Financial Reporting Standards (IFRS) durch den International Accounting Standards Board (IASB) erfordert eine vorherige öffentliche Diskussion über einen Standardentwurf.² Je höher und vielfältiger die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit hieran ausfällt, umso ausgewogener kann eine neue Norm inhaltlich und als Ergebnis eines Konsenses unter Experten und Betroffenen begründet werden.

Im Hinblick auf die Beteiligung von Betroffenen und Experten ist dabei zwischen Eigen- und Fremdinitiative zu unterscheiden. Werden beispielsweise Hochschullehrer namentlich aufgefordert, sich öffentlich im Rahmen einer

* [Prof. Dr. Peter C. Lorson](#) und [Dr. Ellen Haustein](#), Lehrstuhl für ABWL: Unternehmensrechnung und Controlling, Universität Rostock sowie [Center for Accounting and Auditing an der Universität Rostock](#).

¹ Auch hier besteht jeweils die Möglichkeit, Stellungnahmen einzureichen; vgl. etwa <https://www.schmalenbach.org/index.php/arbeitskreise/finanz-und-rechnungswesen-steuern/integrated-reporting-und-sustainable-management>.

² Vgl. Due Process Handbook der IFRS-Foundation, <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/about-us/legal-and-governance/constitution-docs/due-process-handbook-2020.pdf>.

Expertenanhörung zu äußern, liegt Fremdinitiative vor. „Ungefragt“ veröffentlichte Stellungnahmen zeugen hingegen von Eigeninitiative. Eigeninitiative soll im Mittelpunkt der nachfolgenden Betrachtungen stehen. Sie kann auf unterschiedlichen Motiven (wie „Geltungssucht“ oder „Berufung“ bzw. „gesellschaftliche Verpflichtung“) gründen, welche in diesem Beitrag beleuchtet werden. Zudem wird an einem konkreten Beispiel untersucht, ob sich die Meinungsäußerungen von Hochschullehrern inhaltlich von denen anderer (Lobbyisten-) Gruppen unterscheiden, die mit öffentlichen Stellungnahmen Einfluss nehmen wollen. Gegenstand der Untersuchung ist die Konsultation der IFRS Foundation im 4. Quartal 2020. Im Kern geht es um die Frage, ob sie neben dem für die Finanzberichterstattung zuständigen IASB noch einen weiteren Board für Globale Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung einrichten soll.³ Dieses sog. Sustainability Standards Board (SSB) wurde als International Sustainability Standards Board (ISSB) mit Hauptsitz in Frankfurt/Main gegründet.⁴

Zugespißt geht es um die Frage, ob Wissenschaftler, hier verkürzt auf Hochschullehrer und akademische Verbände, in ihrem sog. Elfenbeinturm verharren oder öffentlich zu dem gesellschaftlich Notwendigen (dem Meistern der Nachhaltigkeitsherausforderungen⁵ i.V.m. einer aussagekräftigen Berichterstattung von Unternehmen zu ihren Nachhaltigkeitsleistungen) und der politischen Realität (fehlende Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsberichten, nicht zuletzt wegen zahlreicher konkurrierender Normensetzer im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung⁶) Stellung nehmen und sich an

³ Siehe <https://www.ifrs.org/projects/completed-projects/2021/sustainability-reporting/consultation-paper-and-comment-letters/>.

⁴ Siehe <https://www.ifrs.org/news-and-events/news/2021/11/ifrs-foundation-announces-issb-consolidation-with-cdsb-vrf-publication-of-prototypes/>.

⁵ Vgl. zu den Nachhaltigkeitsherausforderungen Hesse, A. (2009), S. 6.

⁶ Vgl. zur Vielfalt der Standardsetzer in der Klima- und Nachhaltigkeitsberichterstattung: Annex C des Konsultationspapiers der IFRS Foundation,

dieser Konsultation beteiligen. Normativ spricht etwa für die öffentliche Einmischung in eine Debatte, dass Hochschullehrer aufgrund ihrer Stellung eine gesellschaftliche Verantwortung haben; dagegen, dass Hochschullehrer unter anderem abwägen müssen zwischen dem Einsatz ihrer Ressourcen für den öffentlichen Diskurs einerseits oder für ihre wissenschaftliche Karriere und Reputation andererseits, d.h. für Forschung, Lehre und ggf. Wissenstransfer.

Nachfolgend wird zunächst der konkrete Kontext der Betrachtungen skizziert, d.h. der Konsultationsprozess der IFRS Foundation (unter 2.). Unter 3. werden dann öffentliche Stellungnahmen im Konsultationsprozess als eine Form des Lobbyings gekennzeichnet und die potentiellen Interessen von Hochschullehrern benannt. Hieran schließt sich eine vergleichende Analyse der Stellungnahmen aus der Wissenschaft mit den durchschnittlichen Antworten der anderen Lobbyisten-Gruppen an. Der empirisch-deskriptive bzw. inhaltsanalytische Befund wird unter 5. an dem Elfenbeinturm-Vorurteil gespiegelt, wonach Wissenschaftler sich von der Gesellschaft – zum Zwecke der Diskussion realitätsfremder Fragen im eigenen Kreis – isolieren, bevor eine Zusammenfassung erfolgt und ein Fazit gezogen wird (unter 6.).

2 Konsultation der IFRS Foundation

Das Thema der potentiell schwindenden Entscheidungsrelevanz des IFRS-Abschlusses beschäftigt die IFRS Advisory Group, die IFRS Foundation und den IASB spätestens seit 2014. Hiervon zeugt das Agenda Papier (AG28A) Wider Corporate Reporting, das erstmals im März 2017 auf der Tagesordnung des IASB stand.⁷ Darin wird die dynamische und zunehmend fragmentierte Entwicklung im Bereich der Unternehmensberichterstattung als ein

<https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/project/sustainability-reporting/consultation-paper-on-sustainability-reporting.pdf>.

⁷ Vgl. <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/meetings/2017/march/iasb/iasb-agenda-march-2017.pdf>, S. 2.

Risikofaktor für die künftige Entscheidungsrelevanz der IFRS-Berichterstattung aus Sicht der Investoren gekennzeichnet und ausführlich in den beiden Appendices A und B dokumentiert. Auch im Bericht des IASB über die Agenda-Konsultation 2015 heißt es: “Some investors put greater emphasis ... on wider corporate reporting issues and extending the Board’s activities to include topics such as human and intellectual capital, climate change A number of environmental groups also said that reporting on climate change was an issue of growing importance. Some respondents to the Trustees’ Strategic Review also suggested that the Board should widen its activities”⁸. Doch trotz des anerkannten gesellschaftlichen Wandels sowie des zusätzlichen Informationsbedarfs von Investoren schien die Zeit noch nicht reif zu sein für einen Strategiewechsel. Vielmehr sollte sich das IASB zunächst allein auf Fragen des Finanzberichts konzentrieren, aber die weitere Entwicklung der “nicht-finanziellen” bzw. Nachhaltigkeitsberichterstattung aufmerksam verfolgen und die Zusammenarbeit mit relevanten Organisationen (wie International Integrated Reporting Council (IIRC) und Sustainability Accounting Standards Board (SASB), die sich zwischenzeitlich zur Value Reporting Foundation (VRF) zusammengeschlossen haben, sowie Climate Disclosure Standards Board (CDSB) und Global Reporting Initiative (GRI)), etwa im Rahmen des sog. Corporate Reporting Dialogue (CRD), suchen und intensivieren.

Zu einer veränderten Einschätzung gelangte die IFRS Foundation erst im Zuge der jüngsten Strategieüberprüfung. Mit Blick auf den Stellenwert der Nachhaltigkeitsberichterstattung aus Kapitalmarktperspektive wurde im September 2020 ein Konsultationspapier veröffentlicht, um die Zustimmung zu globalen Standards für solche Berichte ebenso auszuloten wie zu einem hierauf gerichteten Engagement der IFRS Foundation. Die zu beantwortenden

⁸ <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/project/2015-agenda-consultation/educational-materials/2016-feedback-statement.pdf>, S. 35.

den Fragen enthält sinngemäß Tabelle 1. Darin sind die nachfolgend ausgewerteten Fragen durch Unterlegung gekennzeichnet und mit römischen Nummern versehen.

Frage 1 / (I)	Besteht ein Bedarf an einheitlichen, international anerkannten Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (NBE) und sollte sich die IFRS Foundation diesbezüglich engagieren?
Frage 2 / (II)	Sollte die IFRS Foundation einen Sustainability Standards Board (SSB) etablieren und überwachen, um eine Konsistenz und weltweite Vergleichbarkeit der NBE zu erreichen?
Frage 3	Wurden die Erfolgsvoraussetzungen ... zutreffend benannt (auch zum Erreichen einer ausreichenden Finanzierung und einer ausreichenden Expertise)?
Frage 4	Inwieweit sollte sich die IFRS Foundation engagieren, um eine weltweite einheitliche Anwendung der SSB-Standards zu fördern?
Frage 5	Wie könnte die IFRS Foundation eine globale Konsistenz der NBE in Zusammenarbeit mit bestehenden • Organisationen erreichen?
Frage 6	• Initiativen auf (super)staatlicher Ebene erreichen?
Frage 7 / (III)	Sollte der SSB zunächst klimabezogene Angaben entwickeln?
Frage 8	Sollten Angaben zu Umweltaspekten zunächst auf klimabezogene Angaben beschränkt bleiben?
Frage 9 / (IV)	Sollte das SSB den vorgeschlagenen Ansatz zur finanziellen Wesentlichkeit verfolgen?
Frage 10 / (V)	Sollten Angaben zur Nachhaltigkeit prüfbar sein bzw. extern geprüft werden, um deren Verlässlichkeit und Entscheidungsrelevanz zu sichern?

Tabelle 1: Konsultationsfragen

Innerhalb der Kommentierungsfrist, die am 31.12.2021 endete, wurden 577 Stellungnahmen eingereicht, davon 51 aus der Wissenschaft.⁹ Damit ist die Resonanz auf die Konsultation der IFRS Foundation überdurchschnittlich, auch mit Blick auf die Hochschullehrer bzw. Wissenschaftler.

3 Motive der Beteiligung von Wissenschaftlern

Die Einmischung in den Normensetzungsprozess wird als Lobbying bezeichnet.¹⁰ Die Gruppe der Wissenschaftler hat grundsätzlich das Potenzial, einen starken Einfluss auf die Gestaltung von Rechnungslegungsstandards auszuüben.¹¹ Dennoch ist ihre Beteiligung an Konsultationen internationaler Organisationen im Vergleich zu anderen Teilnehmergruppen gering. *Larson* und *Herz* untersuchten im Jahr 2011 die Beteiligung der Wissenschaftler am Standardsetzungsprozess des IASB. Insgesamt beteiligten sich nur 90 Wissenschaftler und wissenschaftliche Organisationen an 55 von 79 IASB-Konsultationen. Ihr Anteil betrug 5,8 % in Bezug auf die Teilnehmenden und 2,7 % in Bezug auf die insgesamt erhaltenen Antworten auf die gestellten Fragen.¹²

Diese vergleichsweise geringe Beteiligungsrate ist wohl eine Folge der für Hochschullehrer geltenden Rahmenbedingungen. Es besteht nahezu ein Zwang zum Publizieren in möglichst hoch (innerhalb der Wissenschaft) angesehenen Zeitschriften, um auf der akademischen Karriereleiter voranzukommen und als erfolgreich zu gelten.¹³ Dieser Umstand wird auch als „Publish or Perish“ bezeichnet. Erfolg wird in der Wissenschaft neben der Zahl solcher Fachpublikationen¹⁴ auch an der Höhe kompetitiv eingeworbener

⁹ Vgl. Großkopf, A.-K. et al. (2021), S. 1624.

¹⁰ Vgl. Sutton, T. G. (1984), S. 81; Leif, T./Speth, R. (2006), S. 14.

¹¹ Vgl. Larson, R. K./Herz, P. J. (2011), S. 34.

¹² Vgl. Larson, R. K./Herz, P. J. (2011).

¹³ Vgl. Reichertz, J. (2005), S. 221.

¹⁴ Vgl. Dernbach, B. (2012), S. 9.

Drittmittel gemessen.¹⁵ Die Beteiligung an Standardsetzungsprozessen wird weniger wertgeschätzt.¹⁶ Somit haben Wissenschaftler Opportunitätskosten, wenn sie am Standardsetzungsprozess teilnehmen.¹⁷ Vereinfachend machen sie sich angreifbar, wenn sie ihre Ressourcen jenseits der Lehre, der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen oder der Einwerbung von Drittmitteln einsetzen. Motive der Nicht-/Beteiligung bzw. Formen des Nicht-/Beteiligungsnutzens können mittels unterschiedlicher Theorien, wie der ökonomisch geprägten Rational-Choice-Theorie sowie soziologischen oder behavioristischen Theorien erklärt werden.

Mit Blick auf das Rational-Choice-Modell nach *Sutton* wird eine Person im Konsultationsprozess nur aktiv, wenn der erwartete Nutzen dieser Investition deren Kosten übersteigt.¹⁸ Demzufolge wägen Wissenschaftler ab, ob sich eine Beteiligung am Standardsetzungsprozess für sie lohnt. Hierzu wäre die zeitliche Inanspruchnahme für das Verfassen einer Stellungnahme dem Nutzen in Form des Ausmaßes der Einflussnahme auf eine künftige Norm (im Verbund oder in Konkurrenz zu anderen Lobbyisten) gegenüberzustellen, die am Ende eines komplexen und langwierigen Normensetzungsprozesses steht. Zudem repräsentieren öffentliche Stellungnahmen nur den sichtbaren (und ggf. kleineren Teil) von Lobbying. Mithin besteht das Risiko, dass der potenzielle Nutzen deshalb gering ist, weil die Stellungnahme eines einzelnen Wissenschaftlers eine Stimme unter vielen ist, die kaum Einfluss auf den finalen Standard haben wird.¹⁹ Demnach wird der Versuch der Einflussnahme, d.h. eine Beteiligung, unterbleiben. Als Lobbyisten engagieren

¹⁵ Vgl. Osterloh, M. (2012), S. 209.

¹⁶ Vgl. Tandy, P. R./Wilburn, N. L. (1996), S. 107.

¹⁷ Vgl. Tandy, P. R./Wilburn, N. L. (1996), S. 94.

¹⁸ Vgl. Sutton, T.G. (1984), S. 82.

¹⁹ Vgl. Tandy, P. R./Wilburn, N. L. (1996), S. 105f.

sich nur Personen, die davon überzeugt sind, eine aktive Rolle im Entscheidungsprozess spielen zu können.²⁰ Deshalb werden Wissenschaftler zu Konsultationen nur dann eigene Stellungnahmen versenden, wenn sie glauben, Gehör zu finden (ggf. durch Ko-Autorenschaften oder Template-Initiativen; siehe unten) und so ihre Reputation in der Öffentlichkeit ausbauen zu können. Die Rational-Choice-Theorie stellt also auf das hedonistische Motiv des Individualnutzens, hier von Wissenschaftlern, ab.

Demgegenüber stellen soziologische oder behavioristische Theorien das Gemeinwohl als Nutzen für die Gesellschaft in den Vordergrund. Der Pluralismus-Theorie folgend ermöglicht es gerade die akademische Freiheit, dass Wissenschaftler in bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen eingreifen, sofern sie Gefahren für die Gesellschaft erkennen und abwenden wollen.²¹ Dies trifft insbesondere auf Fragen zur nachhaltigen Entwicklung zu, was sich aktuell etwa in der Bewegung *Scientists for Future* manifestiert. Mit Blick auf Konsultationen nehmen Wissenschaftler dann am Due Process teil, wenn sie hinsichtlich der Thematik besorgt sind oder wenn sie Forschung dazu betreiben oder allgemein das Gefühl haben, inhaltlich etwas zur Ausgestaltung einer Norm beitragen zu können oder zu müssen. Streben Wissenschaftler nach Sinn und Selbstverwirklichung oder danach, Glückseligkeit durch eine Handlung herbeizuführen, um ein gutes Leben zu führen²², dann handeln sie aus eudaimonischen Beweggründen.²³ Wissenschaftler könnten sich also in den hier betrachteten Konsultationsprozess zur Nachhaltigkeitsberichterstattung einbringen, weil es ihnen Freude macht, so der Gesellschaft zu dienen. Pluralismus und Eudaimonie münden also in ein stärkeres

²⁰ Vgl. Sutton, T. G. (1984), S. 84.

²¹ Vgl. Fraenkel, E. (1967), S. 23.

²² Vgl. Lelkes, O. (2018), S. 103.

²³ Vgl. Ryan, R. M./Huta, V./Deci, E. L. (2008), S. 143.

gesellschaftliches Engagement als Hedonismus (im Sinne der Rational-Choice-Theorie).²⁴

Resümierend kann die Beteiligung von Wissenschaftlern an dem Konsultationsprozess zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ganz verschieden motiviert sein. Sie kann auf Individualnutzen und auf gesellschaftlichem Nutzen bzw. gesellschaftlicher Verantwortung gründen.

4 Analyse der Stellungnahmen

Die nachfolgende Analyse basiert zunächst auf der deskriptiv-statistischen Untersuchung von *Großkopf et al.*²⁵ Diese beschränkt sich auf Antworten zu fünf Fragenkomplexen (in Tabelle 1 und 2 mit I bis V bezeichnet), die quantitativ auswertbar sind. Da 11 Konsultationsteilnehmer nicht alle Fragen beantworten, reduziert sich die Zahl der ausgewerteten Eingaben von 577 auf 566. *Großkopf et al.* unterscheiden zehn Interessen- bzw. Lobbyisten-Gruppen aus insgesamt 47 Herkunftsländern:²⁶

- (1) Nutzer, d.h. Finanzanalysten, institutionelle Investoren sowie deren Verbände;
- (2) Regulierer, d.h. Nationale Standardsetter, aber auch Kapitalmarkt- sowie Aufsichtsbehörden;
- (3) Wirtschaftsprüfer, d.h. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie deren Verbände;
- (4) Unternehmen (ohne Finanzsektor), Unternehmensverbände und Handelskammern;
- (5) **Wissenschaft**, d.h. Akademische Rechnungslegungsverbände und Professoren in Allein- und Ko-Autorenschaft;

²⁴ Vgl. Lelkes, O. (2018).

²⁵ Vgl. Großkopf, A.-K. et al. (2021).

²⁶ Vgl. Großkopf, A.-K. et al. (2021).

- (6) Individuen, d.h. Einzelpersonen, die institutionell nicht zuordenbar sind;
- (7) NGOs (Non-Governmental Organisations), NPOs (Non-Profit Organisations) und IGOs (Inter-Governmental Organisations),
- (8) Beratung, d.h. Beratungsunternehmen, (Environmental, Social and Governance, sog. ESG-)Ratingagenturen, Corporate-Governance-Institutionen und sonstige;
- (9) Finanzdienstleister, d.h. Banken und Versicherungen sowie deren Verbände;
- (10) **Template-Nutzer**, d.h. Einzelpersonen, die ein von zwei Professoren verfasstes Musterschreiben eingesandt haben.

Da letztere – aufgrund ihres Gewichts (18 %) – das Stimmungsbild maßgeblich beeinflussen, werden diese 102 Schreiben zunächst nicht betrachtet. Somit verbleiben noch 464 Schreiben in der Auswertung. Die Tabellen von *Großkopf et al.* wurden entsprechend angepasst und um zwei Zeilen ergänzt: Summe ohne (Template-Nutzer und) Wissenschaft; Abweichungen der Antworten von Wissenschaftlern vom Durchschnitt der verbliebenen acht anderen Lobbyisten-Gruppen (in Prozentpunkten). Letztere Zeile soll einen ersten Einblick in die Eigenständigkeit des Beitrags der Wissenschaft geben.

		(I) Sollte die IFRS Foundation globale Standards zur NBE entwickeln?		(II) Sollte zu diesem Zweck ein neues SSB geschaffen werden?		(III) Sollte das SSB zunächst auf Klimaberichterstattung fokussieren?		(IV) Sollte das SSB auf eine finanzielle Wesentlichkeit abstellen?		(V) Sollten die Standards des SSD externer Prüfung zugänglich sein?	
		nein	(%)	nein	(%)	nein	(%)	nein	(%)	nein	(%)
Interessengruppe	Summe										
Nutzer	86	9	10%	11	13%	44	51%	28	33%	12	14%
Regulierer	66	3	5%	3	5%	20	30%	26	39%	8	12%
Wirtschaftsprüfer	62	6	10%	6	10%	30	48%	17	27%	2	3%
Unternehmen	58	9	16%	9	16%	30	52%	30	52%	9	16%
Wissenschaft	51	19	37%	22	43%	34	67%	34	67%	7	14%
Individuen	40	9	23%	7	18%	23	58%	18	45%	1	3%
NGOs, NPOs, IGOs	39	3	8%	4	10%	21	54%	18	46%	2	5%
Beratung und sonstige	34	3	9%	5	15%	16	47%	13	38%	5	15%
Finanzdienstleister	28	3	11%	4	14%	7	25%	12	43%	11	39%
Summe (bereinigt)	464	64	14%	71	15%	225	48%	196	42%	102	12%
Summe ohne Wissenschaft	413	45	11%	49	12%	191	46%	162	39%	95	12%
Abweichung vom Durchschnitt (in %-Punkten)	-	-	-26	-	-31	-	-20	-	-27	-	-2

Tabelle 2: Quantitative Auswertung der Stellungnahmen zum Konsultationspapier der IFRS Foundation (Quelle: Großkopf, A-K. et al. (2021), S. 1625, Anpassung durch die Autoren)

Auf die **Frage I** (Engagement der IFRS Foundation als globaler Standardsetter) reagiert die Wissenschaft besonders zurückhaltend. Die Ablehnungsrate (37 %) ist die höchste unter den Vergleichsgruppen (durchschnittlich 11 %). Inhaltlich wird darauf verwiesen, dass mit den GRI de facto bereits ein globaler Standardsetter existiert und dass das Engagement der IFRS Foundation dysfunktional sein könnte. Dieses Unterfangen berge die latente Gefahr, dass es zu einer weiteren Fragmentierung statt einer notwendigen Konvergenz der Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards komme. Gleichwohl stimmt die Mehrheit zu, dass eine Konvergenz von Nachhaltigkeitsstandards notwendig erscheint und die IFRS Foundation aufgrund ihrer Reputation einen wichtigen Beitrag zu dem Prozess einer Konvergenz leisten könnte.

Ebenso stellt sich die Situation in Bezug auf die **Frage II** dar (Etablierung eines SSB). Die Ablehnungsrate aus der Wissenschaft (43 %) ist wiederum die höchste unter den Vergleichsgruppen (durchschnittlich 12 %). Dagegen spreche das fehlende Know-how im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie der Investoren- bzw. Kapitalmarktfokus der IFRS Foundation. Diesen hat sie zwar mit der CDSB und VRF gemeinsam, zielführender sei aber eine Multi-Stakeholder Initiative, für die etwa die GRI steht.

Die **Frage III** betrifft die Priorisierung der Klimaberichterstattung auf der Agenda eines künftigen SSB. Die größte Ablehnung findet diese Frage wiederum bei der Wissenschaft (67 %), obwohl sich auch Nutzer (51 %), Unternehmen (52 %), Individuen (58 %) und NGOs (54 %) mehrheitlich dagegen aussprechen. Die durchschnittliche Ablehnungsrate (ohne Wissenschaft) liegt hingegen nur bei 46 % der Stellungnahmen. Zwar spreche für den Vorschlag, dass dies der schnellste Weg zu ersten Ergebnissen sei. Die Gegenargumente hätten aber mehr Gewicht. Die Klimaberichterstattung ist einerseits nur ein Teilbereich der Umweltberichterstattung, welche wiederum

mit der sozialen und wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit eng verwoben ist. Andererseits leiste dieses Vorgehen der weiteren Fragmentierung und somit der weiteren Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsberichten Vorschub. Freiwillige Anwender müssten die potenziellen SSB-Normen in individuellen Kombinationen mit anderen Rahmenkonzepten der Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung nutzen. Auch bestehe die latente Gefahr, dass Standards verabschiedet werden, ohne dass deren Einbettung in ein Rahmenkonzept, eine Systematik bzw. Taxonomie der durch die Standards abzudeckenden Nachhaltigkeitsaspekte und -themen vorab bedacht werden kann.

Die Treuhänder der IFRS Foundation schlagen vor, dass nur wesentliche Sachverhalte berichtspflichtig sein sollten, wobei die Wesentlichkeit – wie bei den vom IASB erlassenen IFRS – nur finanziell eingeschätzt werden soll (**Frage IV**). Dieser Vorschlag steht im Einklang mit dem Investoren- bzw. Kapitalmarktfokus, für den die IFRS Foundation steht, die sowohl den IASB als auch den SSB überwacht. Er steht im Konflikt mit dem Konzept der doppelten Wesentlichkeit, den die EU-Kommission (spätestens seit dem Entwurf der überarbeiteten Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) unzweifelhaft) priorisiert. Demnach ist die Berichterstattung nicht auf wesentliche Sachverhalte der Outside-in-Perspektive, d.h. den Einfluss der Nachhaltigkeitsbelange auf den (finanziellen) Unternehmenswert, zu beschränken. Vielmehr ist der Interaktion mit der Inside-out-Perspektive Rechnung zu tragen. Solchermaßen wesentliche Sachverhalte betreffen die Auswirkungen der Tätigkeit von Unternehmen auf Nachhaltigkeitsbelange, z.B. negative Externalitäten. Gegen die Beschränkung auf die finanzielle Wesentlichkeit sprechen sich mehrheitlich nur Unternehmen (52 %) und Wissenschaft (67 %) aus. Durchschnittlich wird der Vorschlag der IFRS Foundation nur in 39 % der nicht von Wissenschaftlern verfassten Stellungnahmen abgelehnt.

Die **Frage V** (Externe Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung) findet bei den Verfassern von Stellungnahmen das geringste Interesse. Die Antwortquote der neun Lobbyisten-Gruppen (ohne Template-Nutzer) liegt nur bei 78 %.²⁷ Zudem ist das Stimmungsbild weniger kontrovers. Auffällig ist allein die hohe Ablehnungsrate bei den Finanzdienstleistern (39 %), während die Ablehnungsquote der Wissenschaft (14 %) dem Durchschnitt der acht anderen Gruppen entspricht (12 %). Demnach werden Nachprüfbarkeit bis hin zur Prüfungspflicht grundsätzlich in der Hoffnung auf eine gesteigerte Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Angaben in Nachhaltigkeitsberichten begrüßt. Indes ist die Wirkung einer externen Prüfung auf die Transparenz und Qualität von Nachhaltigkeitsberichten unklar. Empirische Untersuchungen zeigen hier eine gemischte empirische Evidenz.²⁸ Zudem bestehen Zweifel daran, dass Nachhaltigkeitsinformationen einer Prüfung (etwa wegen bis dato fehlender Prüfungsstandards) – in vergleichbarem Maße wie in der Finanzberichterstattung praktiziert – zugänglich sind, sowie weitgehende Einigkeit, dass die IFRS Foundation keine Prüfungspflicht vorgeben darf. Hierfür sind die Länder bzw. Staatenverbünde, wie die EU, zuständig.

Resümierend ist ersichtlich, dass sich die Meinungsäußerungen von Hochschullehrern inhaltlich von denen anderer (Lobbyisten-) Gruppen deutlich unterscheiden, indem sie potenziell kritische Aspekte stärker hervorheben. Nunmehr ist zu fragen, ob davon auf Motive geschlossen werden kann.

²⁷ Eigene Berechnungen auf Basis von Großkopf, A.-K. et al. 2021.

²⁸ Vgl. Eierle, B. 2020, Folie 35.

5 Besonderheiten der Stellungnahmen aus der Wissenschaft

Zunächst ist festzustellen, dass die Beteiligung der Wissenschaftler an der Konsultation der IFRS Foundation mit rd. 9 % (51 von 566 Stellungnahmen) höher ist als bei Konsultationen des IASB.²⁹ Dies zeigt das erhöhte Interesse der Wissenschaft, sich an der Entwicklung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu beteiligen. Dies ist insofern überraschend, weil sich die Konsultation explizit an andere Stakeholder (Investoren, Unternehmen, Zentralbanken, Regulierer, staatliche Entscheidungsträger und die Wirtschaftsprüfung)³⁰ richtete. Es bestand also die konkrete Gefahr, dass die (nicht explizit erbetenen) Stellungnahmen der Wissenschaftler weniger Berücksichtigung finden werden. Dass sich gleichwohl vergleichsweise viele Wissenschaftler beteiligen, ist wohl der gesamtgesellschaftlichen und globalen Bedeutung der Nachhaltigkeitsherausforderungen und der Berichterstattung über Nachhaltigkeit geschuldet. Dies deutet insgesamt weniger darauf hin, dass die teilnehmenden Hochschullehrer nach Individualnutzen (im hedonistischen Sinne) streben als auf ein Engagement zum Wohle der Gesellschaft (im pluralistischen bzw. eudaimonischen Sinne), d.h. sie handeln aus gesellschaftlicher Verantwortung und hierauf gerichteter persönlicher Überzeugung.

Besonders sticht die Initiative von zwei Hochschullehrern der britischen Sheffield University heraus: Sie veröffentlichten Musterantwortschreiben (**Templates**) mit ablehnenden Antworten auf alle Fragen des Konsultationspapiers, um die Schaffung eines SSB zu verhindern. In einem öffentlichen Aufruf warben die Professoren dafür, dieses Template zu unterzeichnen, damit ihre Meinung nicht nur eine unter vielen ist, um ihr also ein besonderes

²⁹ Etwa im Vergleich zu den 5,8 % aus der Studie von Larson, R. K./Herz, P. J. (2011) (vgl. Fn. 11).

³⁰ Siehe Konsultationspapier der IFRS Foundation, <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/project/sustainability-reporting/consultation-paper-on-sustainability-reporting.pdf> Rn. 5-10.

Gewicht bei einer deskriptiv-statistischen Auswertung zu verleihen.³¹ Diese Form des Lobbyings ist grundsätzlich nicht unüblich. Ähnlich verfahren etwa Verbände, wenn sie ihre Mitglieder auffordern, inhaltlich mit der Verbandsstellungnahme übereinstimmende Eingaben zu machen. Allerdings zeugt diese Initiative davon, dass Hochschullehrer in ihrem Wirkungskreis eine hohe Aufmerksamkeit erzielen und zahlreiche Unterstützer finden können. Jedoch bleibt grundsätzlich fraglich, ob ihre so verstärkte Meinung, Überzeugung oder die Interessen ihres Netzwerks (hier Corporate Accountability Network) der IFRS Foundation dadurch gewichtiger erscheinen. Denn es steht im Ermessen der Initiatoren einer Konsultation, nach welchen Regeln die erhaltenen Antworten ausgewertet werden.³² Es spricht Vieles dafür, dass es weniger auf die Zahl der gleichlautenden Argumente als auf deren Inhalt – wie konzeptionelle oder Kosten-Nutzen-Überlegungen³³ – ankommt. Im Fall der unübersehbar hohen Zahl an Template-Eingaben ist davon auszugehen, dass sie das Gewicht der Argumente ihrer Initiatoren nicht zu erhöhen vermag. Wahrscheinlich wird auch die IFRS Foundation die Schreiben der 102 Template-Nutzer – zur Prävention der bezweckten Verzerrung des Meinungsbilds – aus der Auswertung ausschließen, wie das hier erfolgt ist. Letztlich muss weitergehend offenbleiben, ob es den Template-Entwicklern um ihren Individualnutzen geht (möglichst hohe Aufmerksamkeit für ihre Person erzeugen zwecks Aufbau individueller Reputation) oder ob sie aus einer gesellschaftlichen Verantwortung heraus gehandelt haben (z.B. weil sie fürchten, dass die IFRS Foundation in ihrem Kapitalmarktfokus verhaftet ist, was etwa zu auf die finanzielle Wesentlichkeit beschränkten

³¹ Siehe <https://www.taxresearch.org.uk/Blog/2020/12/08/accounting-is-the-new-frontline-when-it-comes-to-environment-and-we-need-to-take-action-on-it-by-31-december/>.

³² Vgl. exemplarisch De Wolf, A./Christiaens, J. (2021) zur Konsultation des International Public Sector Accountings Standards Boards (IPSASB) zu Social Benefits.

³³ Vgl. zur Kategorisierung von Argumenten in öffentlichen Konsultationen Reuter, M./Messmer, M. (2015).

Standards führt, die ungeeignet sind, die Nachhaltigkeitsleistung und -impacts von Unternehmen umfassend und ausgewogen widerzuspiegeln).

Nunmehr gilt es die oben identifizierten Antworten der Wissenschaft (ohne Template-Nutzer) auf die ausgewählten Fragen I-V inhaltlich und mit Blick auf Motive einzuschätzen. Auf die **Fragen I und II** reagierten die Wissenschaftler ablehnender als andere Lobbyisten-Gruppen, wenngleich die gegebenen Antworten überwiegend eine Zustimmung zum Engagement der IFRS Foundation in Bezug auf global vergleichbare Standards und die Schaffung des SSB signalisieren. Zwischenzeitlich hat die IFRS Foundation bekannt gegeben, dass sich führende Standardsetzer zur Klima- und Nachhaltigkeitsberichterstattung (hier CDSB und VRF) in dem neuen ISSB aufgehen werden.³⁴ Dies wird nicht allein auf Stellungnahmen der Wissenschaftler zurückzuführen sein, die wohl aus gesellschaftlicher Verantwortung die Notwendigkeit global vergleichbarer Standards im Wege einer Konvergenz der Standardsetzer zur Nachhaltigkeitsberichterstattung betont haben und deshalb auch die Risiken eines Engagements der IFRS Foundation am deutlichsten herausstellen.

Die deutliche, mehrheitliche Ablehnung eines Climate-First-Ansatzes (**Fragen III**) und der eingeschränkten Wesentlichkeit (**Frage IV**) zeigt, dass Wissenschaftler eine umfassende, multiperspektivische Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung anstreben, anstelle einer in der Praxis deutlich schneller umzusetzenden klimabezogenen und auf Investoren und andere Kreditgeber verengten Outside-in-Perspektive (finanzielle Wesentlichkeit). Indes beabsichtigt die IFRS Foundation, einen anderen Weg einzuschlagen. Bei dem beispielhaft mit Bekanntgabe der Gründung des ISSB veröffentlichten Prototyp eines klimabezogenen Standards (IFRS Sustainability Disclosure Standard SX Climate-related disclosures; IFRS SX) handelt es sich zwar

³⁴ Vgl. Presseerklärung der IFRS Foundation vom 03.11.2021, <https://www.ifrs.org/news-and-events/news/2021/11/ifrs-foundation-announces-issb-consolidation-with-cdsb-vrf-publication-of-prototypes/>.

nur um den Vorläufer eines vom ISSB noch zu entwickelnden und in den nächsten Wochen öffentlich zur Konsultation zu stellenden Entwurfs. Aber darin werden nur klimabezogene Angaben (also nur für einen Teilbereich einer umweltbezogenen oder gar nachhaltigkeitsbezogenen Berichterstattung) aus einer Outside-in-Perspektive (klimabezogene physische und Transitions-Risiken sowie klimabezogene Chancen aus Unternehmenssicht) gefordert (IFRS SX, Rn. 3).³⁵ Der weiterhin veröffentlichte Prototyp eines allgemeinen Darstellungsstandards benennt Prinzipien, nach denen nachhaltigkeitsbezogene Angaben zu machen sind, wie das Wesentlichkeitsprinzip. Demnach sollen die Angaben (nur) für Investoren und andere Kapitalgeber relevant sein.³⁶ Folglich scheint der IFRS Foundation – aus pragmatischen Gründen – das Signal einer schnellen Handlungsfähigkeit des ISSB wichtiger zu sein als die konzeptionellen Bedenken, wie sie (nicht nur, aber am deutlichsten) die Wissenschaft zum Ausdruck gebracht hat, welche künftigen Inkonsistenzen (etwa in Bezug auf ein noch fehlendes Rahmenkonzept und eine noch fehlende Taxonomie) sowie einem konzeptionellen Defizit (wie ausschließliche Kapitalmarktorientierung) vorbeugen sollen. Diese Positionierung der Wissenschaft kann ebenfalls als gesamtgesellschaftliches Engagement gewertet werden.

Die uneinheitliche Antworttendenz zur Prüfung der Angaben (**Frage V**) spiegelt wider, dass die Wissenschaftler sich der inhaltlichen und regulatorischen Schwierigkeiten einer Prüfung ebenso bewusst sind wie den gemischten empirischen Befunden zum Zusammenhang zwischen Berichterstattungsqualität und Prüfung(spflicht), welche gerade bei nur begrenzt prüfbareren Sachverhalten eher in neue Erwartungslücken als in transparente und

³⁵ Vgl. <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/groups/trwg/trwg-climate-related-disclosures-prototype.pdf>

³⁶ Vgl. <https://www.ifrs.org/content/dam/ifrs/groups/trwg/trwg-general-requirements-prototype.pdf>, Rn. 10 und Appendix A.

verlässliche Nachhaltigkeitsberichte zu münden scheinen.³⁷ Solche Warnungen können wiederum auf gesamtgesellschaftlichen Erwägungen beruhen.

Insgesamt zeigt sich bei der Analyse der Antworttendenzen, dass ein **Elfenbeinturm-Vorwurf** an die Adresse von Professoren hier nicht haltbar ist. So ist deren Beteiligung relativ hoch, obwohl sie nicht zu den primären Adressaten der Konsultation zählen. Weiterhin tragen sie erkennbar anders zur Diskussion bei als andere Lobbyisten-Gruppen: Das durchschnittliche Antwortverhalten weicht überwiegend deutlich von dem anderer Gruppen ab (vgl. Tabelle 2). Schließlich zeigen die Wissenschaftler zumindest bei vier der fünf Fragen klare Antworttendenzen, deren Motiv ein Interesse am gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu sein scheint. Resümierend kennen sie also ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung und handeln demnach, obschon sie damit Ressourcen individuell karriererelevanten Aktivitäten entziehen.

Die vorgenommenen Einschätzungen sind vor dem Hintergrund der **Limitationen** dieser Analyse zu sehen (insbesondere (1) Sekundärauswertung, (2) Beschränkung auf ausgewählten Input der Wissenschaft, (3) Subjektivität der Schlussfolgerungen, (4) der Gegenstand der Konsultation).

(1) Es handelt sich hier um eine Sekundäranalyse der Studie von *Großkopf et al.* mit besonderem Fokus auf die Wissenschaft. Weitere Konsultationsprozesse bspw. des IASB oder des IPSASB könnten für eine breiter angelegte Datenbasis herangezogen werden. (2) Es wurden nur ausgewählte Fragen unter explizitem Ausschluss der Template-Nutzer deskriptiv-statistisch analysiert, ohne den gesamten Input der Wissenschaft zu betrachten. Antworten zu hier nicht ausgewerteten Fragen, die der IFRS Foundation vorliegen, blieben außen vor. Zudem wurde nur ein Teil der Einreichungen unter Beteiligung der Wissenschaft analysiert, da bspw. der Lobbyisten-Gruppe 7

³⁷ Vgl. https://www.schmalenbach.org/images/stories/veranstaltungen/DBT_2020/Freigegebene_Pr%C3%A4sentationen/AKEU-AKIR-Pr%C3%A4sentation_DBT_2020.pdf, S. 35.

(NGOs, NPOs und IGOs) auch die gemeinsame Stellungnahme zweier Arbeitskreise der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. – hier „Integrated Reporting und Sustainable Management“ (AKIR)³⁸ sowie „Externe Unternehmensrechnung“ (AKEU)³⁹ zugeordnet wurde. Dabei ist es ein Kennzeichen der Schmalenbach-Arbeitskreise, dass deren Mitglieder (mehrheitlich) aus der Praxis, aber auch aus der Wissenschaft stammen. Das Beispiel illustriert, dass die Beteiligung der Hochschullehrer an der Konsultation der Treuhänder der IFRS Foundation höher ist, als dies durch die Stellungnahmen zur Lobbyisten-Gruppe 5 (Wissenschaft) zum Ausdruck kommt. Schließlich können Hochschullehrer, ungeachtet dessen, ob sie sich an der Konsultation direkt beteiligen, hierzu auch indirekte Beiträge durch Fachpublikationen leisten, die ebenfalls vom Staff der IFRS Foundation gesichtet werden. (3) Die Schlussfolgerungen von dem Antwortverhalten auf die dahinter liegenden Motive beruhen auf subjektiven Einschätzungen der Verfasser. (4) Das überdurchschnittliche Engagement der Wissenschaft sowie die unterstellten überwiegend gesellschaftspolitischen Motive können auch dem Konsultationsgegenstand (Nachhaltigkeit) geschuldet sein, der im Wege einer Self Selection zwangsläufig intrinsisch motivierte Personen mit einer entsprechenden Überzeugung anzieht.

³⁸ Vgl. zur Zusammensetzung <https://www.schmalenbach.org/index.php/arbeitskreise/finanz-und-rechnungswesen-steuern/integrated-reporting-und-sustainable-management>.

³⁹ Vgl. zur Zusammensetzung <https://www.schmalenbach.org/index.php/arbeitskreise/finanz-und-rechnungswesen-steuern/externe-unternehmensrechnung>.

6 Zusammenfassung und Fazit

Der vorliegende Beitrag fragte anhand eines aktuellen Praxisbeispiels, ob Wissenschaftler aus dem Elfenbeinturm agieren, d.h. in ihrer eigenen Welt arbeiten ohne sich in gesellschaftliche Herausforderungen einzubringen. Dies wurde exemplarisch anhand des Konsultationsprozesses der IFRS Foundation zur Standardisierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung, mithin einem Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz, beleuchtet. Die Beteiligung an einem Konsultationsprozess geht mit zeitlichem und personellem Ressourceneinsatz einher, sodass zunächst die möglichen Motive der Wissenschaftler zur Beteiligung am Konsultationsprozess diskutiert wurden. Es kann zwischen hedonistischen (d.h. auf die eigene Reputation) und pluralistischen/eudaimonischen (d.h. auf Sinnstiftung und das gesellschaftliche Wohl) ausgerichteten Beweggründen unterschieden werden. Im Anschluss wurde gezeigt, dass die Beteiligung der Hochschullehrer und akademischen Organisationen an dem Konsultationsprozess zur Nachhaltigkeitsberichterstattung höher lag als bei anderen Konsultationsprozessen zur finanziellen Berichterstattung. Dies zeugt von einem hohen Interesse der Wissenschaft an dem gesellschaftlich relevanten Thema.

Die Analyse der Antworttendenzen der Wissenschaftler zeigt, dass diese auch im Vergleich zu anderen Lobbyisten-Gruppen sehr deutlich Position beziehen und mögliche Gefahren benennen. So sind die Antworten darauf ausgerichtet, Dysfunktionalitäten bspw. durch Nicht-Berücksichtigung bereits bestehender und mehrheitlich genutzter Rahmenwerke zu vermeiden, einen zu starken Investoren- bzw. Kapitalmarktfokus abzuwenden, um eine umfassende, multiperspektivische Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Da diese Aspekte auch im Interesse der Gesellschaft sind, ist von sinnstiftenden Beweggründen der Wissenschaftler und mithin pluralistischen/eudaimonischen Motiven der Beteiligung auszugehen. In dem gezeigten Beispiel agiert die Wissenschaft also nicht nur im Elfenbein-

turm, sondern nimmt aus gesellschaftspolitischen Motiven (im Interesse einer Fortentwicklung der Berichterstattung zu Nachhaltigkeitsaspekten und -leistungen) am öffentlichen Diskurs, hier der Konsultation der Treuhänder der IFRS-Foundation, teil. Angesichts der jüngsten Entwicklungen (Presseerklärung zur Gründung des ISSB i.V.m. prototypischen Klimaangaben und Berichtsgrundsätzen) ist zu konstatieren, dass die beschriebenen Gefahren eingetreten sind. Die IFRS Foundation versucht augenscheinlich, der Nachhaltigkeitsberichterstattung ein anderes Gesicht zu geben, indem sie eine Allianz der Standardsetzer aus Kapitalmarktperspektive (CDSB & VRF; finanzielle Wesentlichkeit und Investoren als Adressaten der Nachhaltigkeitsberichterstattung) bildet und bisherige Vorreiter der Nachhaltigkeitsberichterstattung in ihre Konsolidierungsbemühungen entweder nicht einbezieht (GRI als de facto Standardsetzer) oder auffordert, nicht weiter voranzupreschen (EU Kommission als Vorreiter für eine verpflichtende Nichtfinanzielle bzw. Nachhaltigkeits-Berichterstattung bestimmter Unternehmen). Dies ist umso bedeutsamer als sowohl GRI als auch die EU Kommission Vertreter der doppelten Maßgeblichkeit sind, die auch die Wissenschaft präferiert. Indem der ISSB aber nur Basisgrundsätze (also ein Minimum an Nachhaltigkeitsinformationen) entwickeln soll, wird deutlich, dass Raum für darüber hinausgehende Vorschriften von anderen Standardsetzern und Regulierern bleibt, auf dessen Nutzung die Wissenschaft drängt bzw. wohl auch weiter drängen wird. Es ist also zu erwarten, dass dieser Diskurs über „Minimum versus Gebotenes“ auch den Due Process der ISSB-Standards – wohl wiederum unter reger Beteiligung der Wissenschaft – prägen wird.

Bibliographie

- Dernbach, B. (2012): Einleitung: Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht, in: Dernbach, B. (Hrsg.): Vom Elfenbeinturm ins Rampenlicht. Prominente Wissenschaftler in populären Massenmedien, Wiesbaden 2012, S. 9-34.
- DeWolf, A./Christiaens, J. (2021): Stakeholder participation in the development of International Public Sector Accounting Standard 42, Social Benefits. Financial Accountability & Management, (online first).
- Eierle, B. (2020): Die Rolle der Wissenschaft; Vortrag gehalten anlässlich des 74. Deutschen Betriebswirtschaftler-Tags 2020 (zum Thema „ESG in den Prozessen interner Steuerung und externer Berichterstattung“, Folie 30-39 (abrufbar unter https://www.schmalenbach.org/images/stories/veranstaltungen/DBT_2020/Freigegebene_Pr%C3%A4sentationen/AKEU-AKIR-Pr%C3%A4sentation_DBT_2020.pdf).
- Fraenkel, E. (1967): Universität und Demokratie, Stuttgart u.a. 1967.
- Großkopf, A.-K./Sellhorn, T./Wagner, V./Weiß, K. (2021): Globale Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung: Eine kritische Analyse des Vorstoßes der IFRS-Stiftung, in: Der Betrieb, Jg. 70 Heft 30, S. 1621-1629.
- Hesse, A. (2009): Was Investoren wollen – Nachhaltigkeit in der Lageberichterstattung, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.), Berlin 2009.
- Larson, R. K./Herz, P. J. (2011): The academic community's participation in global accounting standard-setting, in: Research in Accounting Regulation, Jg. 23 Heft 1, S. 34–45.
- Leif, T./Speth, R. (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, 1. Auflage, Wiesbaden 2006.
- Lelkes, O. (2018): Eudaimonie statt Hedonismus: das Glück als aktive und kreative Lebensaufgabe, in: Zeitschrift für Psychodrama und Soziometrie, Jg. 17 Heft 1, S. 101–107.
- Osterloh, M. (2012): ‚New Public Management‘ versus ‚Gelehrtenrepublik‘ - Rankings als Instrument der Qualitätsbeurteilung in der Wissenschaft?, in: Wilkesmann U./Schmid C.J. (Hrsg.): Hochschule als Organisation. Organisationssoziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-222.

- Reichertz, J. (2005): Der Wissenschaftler als Spin Doctor in eigener Sache - oder: Zur Logik der wissenschaftlichen Mediennutzung, in: Pfadenhauer, M. (Hrsg.): Professionelles Handeln, Wiesbaden 2005, S. 221–239.
- Reuter, M./Messner, M. (2015): Lobbying on the integrated reporting framework, in: Accounting, Auditing & Accountability Journal, Jg. 28 Heft 3, S. 365-402.
- Ryan, R. M./Huta, V./Deci, E. L. (2008): Living well: a self-determination theory perspective on eudaimonia, in: Journal of Happiness Studies, Jg. 9 Heft 1, S. 139-170.
- Sutton, T. G. (1984): Lobbying of Accounting Standard-Setting Bodies in the U.K. and U.S.A.: A Downsian Analysis, in: Accounting, Organizations and Society, 9. Jg. Heft 1, S. 81-95.
- Tandy, P. R./Wilburn, N. L. (1996): The Academic Community's Participation in Standard Setting: Submission of Comment Letters on SFAS Nos. 1-117, in: Accounting Horizons, 10. Jg., Heft 3/1996, S. 92-111.

Harald Prüß und Pierluigi Nicotera***

Was wir aus der Corona-Pandemie lernen: Wissenschaft, Innovation und Pflege.

Einführung

Die Corona-Pandemie hat die Welt vieler Gewissheiten beraubt: Einschränkungen in der Bewegungs- und Reisefreiheit, Einschränkungen in der klinischen Elektivversorgung durch das Verschieben planbarer Operationen und die Überlastung der Notaufnahmen durch Corona-Patienten. Die Gesundheitsversorgungssysteme wurden weltweit auf die Probe gestellt. Diese Herausforderungen haben jedoch auch zu einer raschen Reaktion der Wissenschaft geführt, die erfolgreich unter Beweis gestellt hat, wie aus wissenschaftlichen Erkenntnissen in kürzester Zeit neue Therapien entwickelt werden können. Auch die öffentliche und politische Wahrnehmung der Wissenschaft hat sich in vielen Fällen neuformiert, insbesondere die Wahrnehmung, was Wissenschaft und was Pflege ist und was beide in einer Ausnahmesituation leisten können. Hier diskutieren wir einige der positiven und innovativen Entdeckungen, die während der Corona-Pandemie gemacht wurden, und stellen unsere Ansichten dar, wie Wissenschaft und Pflege in Zukunft besser miteinander verknüpft werden könnten.

* [Prof. Dr. Harald Prüß, Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e.V. \(DZNE\), Berlin](#) sowie [Klinik für Neurologie mit Experimenteller Neurologie, Charité-Universitätsmedizin Berlin](#).

** [Prof. Dr. Pierluigi Nicotera, Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e.V. \(DZNE\)](#) (korrespondierender Autor).

Entwicklungen in der Wissenschaft, klinischen Versorgung und Pflege während der Corona-Pandemie

Wir leben aktuell in einer Zeit, in der Innovationssprünge und Veränderungen in der Gesundheitsforschung möglich sind, die früher nur schwer vorstellbar waren: Forschung und Pflege werden zunehmend digitaler und vernetzter, präventiver und personalisierter, globaler aber auch lokaler. Megatrends wie Digitalisierung und Individualisierung stellen für die Leistungserbringer, insbesondere die Krankenhäuser und Pflegefachkräfte, aber auch für die Patienten in den kommenden drei Jahrzehnten eine große Herausforderung dar. Themen wie Prävention und Public Health, welche in Deutschland bisher eher wenig entwickelt sind, werden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bedauerlicherweise wurden Forschungsdaten und klinische Daten während der Corona-Pandemie nur in geringem Umfang geteilt. Einzelne klinische Studien basierten oft auf lokalen Patientenkohorten und die Konsolidierung der Forschungsdaten auf nationaler Ebene hat viel Zeit in Anspruch genommen. Dies stellt generell für all diejenigen Gesundheitssysteme ein Problem dar, die nicht als ein einheitliches, zentral aufgesetztes nationales System funktionieren. Dabei gibt es innovative Wege, um klinische Daten und Genomdaten zu teilen und gemeinsam zu nutzen.

Medizinische Daten sind naturgemäß dezentral und dort verortet, wo sie gewonnen werden, also in Krankenhäusern und bei niedergelassenen Ärzten. Ein Ansatz wäre es, die Daten zu standardisieren und zu zentralisieren. Aufgrund der Vielfalt an Daten, von Bioproben über Bildgebung bis hin zu Genomdaten, wie auch der Datenmengen wird dieser Ansatz schwer umzusetzen sein. Zudem bringt der Zentralisierungsansatz die Notwendigkeit der Datenvervielfältigung mit sich, welche mit Risiken in Bezug auf Datensicherheit und Datenschutz verbunden sind und für komplizierte Verhältnisse in puncto Dateneigentum sorgt, ganz zu schweigen von den enormen zusätzlichen Rechen- und Speicherkapazitäten, die hierfür erforderlich wären. Stattdessen könnten neuartige Hochleistungs-Computernetzwerke, die auf

speichergesteuertem Rechnen basieren, für die gemeinsame Nutzung klinischer Daten - auch großer Genomdaten¹ - eingesetzt werden. Diese Technologie, kombiniert mit Lernalgorithmen auf Basis Künstlicher Intelligenz (KI) – das sogenannte Schwarmlernen (engl. „Swarm Learning“) – haben Joachim Schultze am DZNE und seine weltweiten Kooperationspartner bereits erfolgreich eingesetzt,² um zu erforschen, welche Rolle das Immunsystem spielt, wenn es um das Risiko geht einen leichten oder starken COVID-19-Krankheitsverlauf zu entwickeln³. Bei diesem dezentralisierten Ansatz des maschinellen Lernens werden die tatsächlichen Patientendaten nicht transferiert. In der sogenannten Cloud sind nur die Lernalgorithmen enthalten, die auf die lokalen Datenspeicher zugreifen, den Lernprozess durchführen und den daraus gewonnenen Wissensschatz teilen. Dieser Ansatz hat das Potential, die Verwaltung komplexer klinischer Daten, einschließlich Genomdaten, und die Nutzung von Informationen zur Steuerung klinischer Studien auf globaler Ebene erheblich zu erleichtern.

In dieser Hinsicht ist Deutschland bislang während der Corona-Pandemie hinter den Erwartungen zurückgeblieben, zeigt eine aktuelle systematische Analyse der klinischen Studien zu COVID-19 in Deutschland: *“The overall German contribution to the worldwide COVID-19 clinical trial research agenda was modest.”*⁴ Während die Pandemie weltweit zu einer noch nie dagewesenen Anzahl (fast 3.000) klinischer Studien im Jahr 2020 geführt hat, wurden in Deutschland nur 65 Studien durchgeführt, wovon 27 vollständig und 38 nur teilweise abgeschlossen wurden. Die Studie kommt zu

¹ Becker, M., Schultze, H., Bresniker, K. *et al.* A novel computational architecture for large-scale genomics. *Nat Biotechnol* 38, 1239–1241 (2020).

² Warnat-Herresthal S, Schultze H, Shastri KL, et al. Swarm Learning for decentralized and confidential clinical machine learning. *Nature*. 2021;594(7862):265-270.

³ Schulte-Schrepping J, Reusch N, Paclik D, et al. Severe COVID-19 Is Marked by a Dysregulated Myeloid Cell Compartment. *Cell*. 2020;182(6):1419-1440.e23.

⁴ Hirt J, Rasadurai A, Briel M *et al.* Clinical trial research on COVID-19 in Germany – a systematic analysis. *F1000Research* 2021, 10:913.

folgendem Schluss: „*Evaluation and international comparison of the challenges for conducting clinical trials in Germany is needed.*”⁴ Dies ist zum Teil verständlich, da die Mehrlasten in der Gesundheitsversorgung, bei einer plötzlich auftretenden Krisen wie der Corona-Pandemie, die volle Kapazität der Universitätskliniken einfordert. Das zersplitterte System der Universitätskliniken in Deutschland stellt jedoch ein Hindernis für den Datenaustausch dar, sodass eine landesweite Zusammenarbeit zur Durchführung aussagekräftiger klinischer Beobachtungs- und Interventionsstudien erheblich erschwert wird. Um jedoch Entdeckungen aus der Grundlagenforschung effektiv und schnell in innovative Technologien und klinische Studien zu überführen, ist eine Lösung des Problems in naher Zukunft gefordert.

Entdeckungen aus der Grundlagenforschung sowie innovative Technologien, die aus der außeruniversitären Forschung entsprungen sind, haben einen maßgeblichen Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geleistet. Hochspezialisierte technische Infrastruktur, langfristige Grundfinanzierung und Abwesenheit von Verpflichtungen bei der Pflegeversorgung waren von zentraler Bedeutung, damit eine rasche Neuausrichtung bzw. Fokussierung der Forschung möglich war und somit neue wissenschaftliche Durchbrüche in kurzer Zeit erzielt werden konnten.

Die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft, die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (DZG), die Institute der Max-Planck-Gesellschaft und die Institute der Leibniz-Gemeinschaft, die sich als außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verschiedenen Forschungsgebieten oder Krankheiten widmen, verfügen über ein erstklassiges wissenschaftliches Rückgrat. Sie haben neue Schlüsselkonzepte und Technologien entwickelt, die dazu beitragen die kurz- und langfristigen Folgen einer COVID-19-Infektion zu verstehen und zu bewältigen. Das DZNE, das als seine Kernmission die Erforschung neurodegenerativer Erkrankungen hat, kann im Hinblick auf die

Corona-Pandemie beispielsweise folgende wissenschaftliche Erfolge aufweisen: die Identifizierung des Eintrittsweges des Corona-Virus in das Gehirn⁵, die möglichen negativen Auswirkungen der Antikörperproduktion in Corona-Patienten^{6,7}, die Herstellung therapeutischer Antikörper⁸, ein besseres Verständnis der immunologischen Faktoren, die einen leichten oder schweren Krankheitsverlauf bestimmen^{3,9}, und Populationsstudien, die die schwache Persistenz von Antikörpern bei Corona-betroffenen Personen aufzeigen⁹. Darüber hinaus hat sich das DZNE intensiv mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die ältere Bevölkerung in Deutschland beschäftigt - ein besorgniserregendes Szenario für die kommenden Jahre, wenn man die potenziellen Auswirkungen von Long-COVID bedenkt^{10,11}.

Die Mehrzahl der oben genannten Studien sind das Ergebnis der Zusammenarbeit des DZNE mit Universitäten und Universitätskliniken. Die besondere

⁵ Cantuti-Castelvetri L, Ojha R, Pedro LD, et al. Neuropilin-1 facilitates SARS-CoV-2 cell entry and infectivity. *Science*. 2020;370(6518):856-860.

⁶ Franke C, Ferse C, Kreye J, et al. High frequency of cerebrospinal fluid autoantibodies in COVID-19 patients with neurological symptoms. *Brain Behav Immun*. 2021;93:415-419.

⁷ Kreye J, Reincke SM, Prüss H. Do cross-reactive antibodies cause neuropathology in COVID-19?. *Nat Rev Immunol*. 2020;20(11):645-646.

⁸ Kreye J, Reincke SM, Kornau HC, et al. A Therapeutic Non-self-reactive SARS-CoV-2 Antibody Protects from Lung Pathology in a COVID-19 Hamster Model. *Cell*. 2020;183(4):1058-1069.e19.

⁹ Aziz NA, Corman VM, Echterhoff AKC, et al. Seroprevalence and correlates of SARS-CoV-2 neutralizing antibodies from a population-based study in Bonn, Germany. *Nat Commun*. 2021;12(1):2117.

¹⁰ Thyrian JR, Kracht F, Nikelski A, Boekholt M, Schumacher-Schonert F, Radke A, et al. The situation of elderly with cognitive impairment living at home during lockdown in the Corona-pandemic in Germany. *BMC Geriatr*. 2020;20(1):540.

¹¹ Michalowsky B, Hoffmann W, Bohlken J, Kostev K. Auswirkung der COVID-19-Sperre auf die Krankheitserkennung und die Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten in der älteren Bevölkerung in Deutschland: eine Querschnittsstudie. *Age Ageing*. 2021;50(2):317-25.

Struktur des DZNE, als eine ganzheitliche Organisation mit deutschlandweiten Standorten und Kooperationsvereinbarungen mit den lokalen Universitätskliniken, hat das DZNE zu einer zentralen Anlaufstelle für die Organisation und Leitung klinischer Studien für neurodegenerative Erkrankungen in ganz Deutschland gemacht. Gleichzeitig fungiert das DZNE als Hauptsprechpartner für Kooperationen mit der Industrie. Als Forschungseinrichtung steht das DZNE nicht im Konflikt zwischen Versorgungsauftrag und Forschungsauftrag. Das DZNE kann eigene klinische Studien sponsern und gezielt vorantreiben. Die langfristige Finanzierung und Erfahrung in der Entwicklung neuer Technologien befähigt das DZNE dazu eine Vorreiterrolle einzunehmen, um die gemeinsame Nutzung medizinischer Daten zukunftsweisend zu gestalten.

Durchbrüche in der Impfforschung

Es ist offensichtlich, dass der bahnbrechende wissenschaftliche Durchbruch während der Corona-Pandemie die Entwicklung wirksamer Impfstoffe war. In diesem Bereich war Deutschland mit den erfolgreichen Bemühungen des Biotechnologieunternehmens BioNTech führend. Özlem Türeci und Uğur Şahin beschlossen ihre Bemühungen zur Entwicklung von mRNA-Impfstoffen gegen Krebs auf die Entwicklung von Impfstoffen gegen das neue Corona-Virus umzulenken. Dies war äußerst erfolgreich und ist auch der Gewinnung neuer Forschungsergebnisse zu verdanken. Die Forschungsarbeiten, die mRNA-Impfstoffe erst möglich gemacht haben, wurden jedoch bereits in den späten 90er Jahren bis Anfang des neuen Jahrhunderts ausgeführt. Schlüsselentdeckungen von Weissman und Karikó im Jahr 2005 ermöglichten es mRNA zu stabilisieren, ein grundlegender Faktor, um diese als Instrument für Impfungen nutzbar machen zu können. Die Arbeiten von Özlem Türeci und Uğur Şahin im Bereich der Krebsimpfstoffe war nachfolgend der Schlüssel zur Entwicklung des BioNTech mRNA-Impfstoffes. Dies zeigt, dass die Grundlagenforschung von zentraler Bedeutung ist um Entdeckungen hervorzubringen, die in medizinische Werkzeuge weiterentwickelt

werden können. Impfstoffe auf mRNA-Basis haben den Vorteil, dass sie schnell entwickelt werden können, aber auch den Nachteil, dass sie eine spezielle Lagerung benötigen und teurer sind als traditionelle Impfstoffe. Die auf viralen Vektoren basierenden Impfstoffe bleiben nach wie vor ein wichtiges Werkzeug, wie andere während der Corona-Pandemie entwickelte wirksame Impfstoffe beweisen. Die Erfolgsgeschichte von BioNTech zeigt deutlich, wie der Prozess der biomedizinischen Forschung verläuft: Es dauert Jahre oder Jahrzehnte, bis das Grundlagenwissen so weit entwickelt ist, dass neue Instrumente oder Medikamente entwickelt werden können. Es bedarf zudem einer guten Medizintechnik, um schnell ein wirksames medizinisches Produkt zu entwickeln. Es ist bemerkenswert, dass BioNTech vor dem Corona-Impfstoff noch kein Produkt auf dem Markt hatte. Dies liegt mitunter daran, dass es viel schwieriger ist eine Impfung gegen Krebs zu entwickeln (wo eine vielfältige und sich stetig verändernde Landschaft vulnerabler Zellen vorherrscht), als gegen strukturelle, relativ konstante Proteine wie sie auf dem Spike des Corona-Virus zu finden sind.

Die Flexibilität zur Neuausrichtung der Forschung basiert auf dem Besitz innovativer Technologien, einer finanziellen Sicherheit und der Vernetzung mit großen Pharmaunternehmen, um umfangreiche klinische Studien durchzuführen. Diese Merkmale sind im universitären Forschungssystem nicht ausreichend vorhanden. Zudem müssen viele andere Prioritäten gesetzt werden, darunter ist die Schaffung von Grundlagenwissen zur Förderung von Entwicklungen eine Kernaufgabe der Universitäten. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Grundlage für den Erfolg von BioNTech eine bestehende, aber fortgeschrittene Technologie ist, die nur mit einer beständigen langfristigen Finanzierung entwickelt werden konnte.

Pflege, Forschung und zukünftige Strukturen

Während der Corona-Pandemie haben die Kliniken, universitäre und außer-universitäre Einrichtungen, ein bemerkenswertes Engagement und enorme Effizienz gezeigt. Dennoch erleben wir heute, im November 2021, eine Aus- bzw. Überlastung der Notaufnahmen, die meist mehr auf begrenzten personellen Ressourcen beruht und weniger auf technischer Ausrüstung. Die Kostenkrise im Gesundheitswesen ist kein unbekanntes Problem und beschäftigt die Krankenhäuser bereits seit geraumer Zeit. Die Lösung liegt offensichtlich in einer längst überfälligen Reform des Gesundheitssystems, einer Verbesserung der Koordinierung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern sowie der Schaffung einer nationalen Organisation um Krisensituationen, wie die Corona-Pandemie, zu bewältigen. Dies wird bereits in anderen Ländern praktiziert, zum Beispiel über die Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA) in den USA.

Dies hat jedoch nichts mit der Schaffung einer nationalen Forschungsorganisation zu tun, die sich sowohl mit akuten als auch mit chronischen Krankheiten befasst. Wir haben gelernt, dass es Jahrzehnte dauert, bis neue Entdeckungen gemacht werden, die in neue Medikamente und Präventionsstrategien einfließen können. Wir wissen auch, dass Kliniken, ob universitär oder außeruniversitär, primär einen Versorgungsauftrag haben, der mit der Ausrichtung auf die Forschung in Konflikt geraten kann. In Deutschland haben wir den entscheidenden Vorteil, dass wir über außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verfügen (Helmholtz-Zentren, Max-Planck-Institute, Leibniz-Institute), die vom Bund und den Ländern finanziert werden und Forschung auf international kompetitivem Niveau betreiben. Dennoch fehlt es Deutschland an der Bündelung in einem *Nationalen Institut für Gesundheitsforschung*. Dabei sollte es sich nicht um ein einzelnes Zentrum handeln, das alle bisherigen bereits sehr erfolgreichen Zentren inkorporiert. Denkbar wäre hier eine Allianz, die in einem rechtlich verbindlichen Rahmen die innovative Forschung der außeruniversitären Forschungseinrichtung bündelt

und die Möglichkeit bietet, klinische Studien mit Partneruniversitäten zu koordinieren. Es würde die Vorteile aufgreifen, welche dem DZNE bereits heute ermöglichen nationale klinische Studien durchzuführen und Entdeckungen bei neurodegenerativen Erkrankungen, aber auch in Bezug auf die Corona-Pandemie, in enger Zusammenarbeit mit den Universitätskliniken voranzutreiben.

Als Erfolgsbeispiel beschreiben wir im nächsten Abschnitt ein Beispiel, welches auf der Basis der Zusammenarbeit mit der Charité zu einem Verständnis der potenziell negativen und langfristigen Auswirkungen der Antikörperproduktion in Corona-Patienten sowie zur Produktion therapeutischer Antikörper geführt hat.

Schließlich ist auch die Information der Politik und die damit verbundene Wahrnehmung der Corona-Krise nicht unproblematisch. Um Entscheidungen treffen zu können, muss sich die Regierung auf eine unparteiische und solide wissenschaftliche Beratung verlassen können. Auch die Öffentlichkeit muss verlässlichen Quellen vertrauen können. Schließlich sollten wir in der heutigen Zeit unser gesellschaftliches Leben und unsere Interaktionen auf die Wissenschaft stützen und nicht auf unbegründete Glaubenssätze, wie sie während der Corona-Epidemie im Internet kursierten. Die Einrichtung eines leitenden wissenschaftlichen Beratungsbüros der Bundesregierung, das in Krisenzeiten Informationen analysieren, zusammenfassen und wissenschaftlich-medizinisch fundierte Empfehlungen aussprechen kann, sollte in Betracht gezogen werden. Ein derartiges Beratungsbüro könnte zumal auch Ratschläge für langfristige Investitionen in der Wissenschaft geben.

Das DZNE ist in die Betreuung von Patienten mit COVID-19 und Long-COVID involviert

Mit dem Schwerpunkt auf neurodegenerativen Erkrankungen und Demenzen hat das DZNE ein naturgegebenes Interesse an der Erforschung, Diagnostik und Behandlung dieser Krankheitsgruppe. Bereits früh in der Pandemie wurde klar, dass Patienten nach einer SARS-CoV-2-Infektion häufig über neurologische Beschwerden klagen. Diese reichen von Geruchs- und Geschmacksstörungen bis hin zu Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen, Erschöpfung oder Gedächtnisstörungen. Einige Patienten erkranken so schwer, dass sie auf der Intensivstation behandelt werden müssen. Neurologische Beschwerden bei diesen Patienten betreffen vor allem epileptische Anfälle, langanhaltende Delirien oder Bewegungsstörungen, die von Muskelzuckungen (Myoklonien) bis hin zu Parkinson-ähnlichen Bildern reichen können. Beim Vollbild dieser Symptome ist das Virus in der Regel schon wieder aus dem Körper eliminiert und weder im Blut noch im Liquor (Nervenwasser) mehr nachweisbar. Einige dieser Patienten erinnern an das Krankheitsbild der "Enzephalitis lethargica", an der nach der letzten großen Pandemie, der Spanischen Grippe im Jahr 1918, in Europa etwa 1 Million Patienten mit erheblichen neurologischen Spätfolgen litten.

Auch nach der durchgemachten Coronavirus-Infektion können neurologische Beschwerden fortbestehen. Zu diesen zum Teil langanhaltenden Symptomen gehören ebenfalls Schmerzen, Müdigkeit, Gedächtnis- und Schlafstörungen. Große epidemiologische Studien legen zudem nahe, dass das Risiko einer Demenz-Diagnose nach durchgemachter Coronavirus-Infektion deutlich höher (ca. 2-3-fach) ist als zum Beispiel im Vergleich zu einer normalen Grippe-Infektion. Dieser inzwischen als Post-COVID-19-Syndrom bezeichnete Komplex ist erst sehr unzureichend erforscht, es liegen weder solide Daten zu den zugrundeliegenden Mechanismen, den Behandlungsmöglichkeiten, der Gefahr bleibender Schäden, der Wiedereingliederung in Schule

oder Beruf noch - ebenfalls nicht unerheblich - den Kosten neuropsychiatrischer Erkrankungen vor. Grundsätzlich nimmt man derzeit an, dass ähnlich wie bei der Akuterkrankung (hyper-)inflammatorische Mechanismen mit einem sogenannten Zytokin-Sturm zu Organschäden führen können, außerdem werden durch das Virus getriggerte Immunmechanismen mit Beteiligung von Autoantikörpern diskutiert.

An mehreren DZNE-Standorten sind daher Post-COVID-Ambulanzen entstanden, in denen Patienten systematisch erfasst und mit den modernen diagnostischen Möglichkeiten zum Zwecke des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns untersucht werden. Dazu gehört die Suche nach neuen Biomarkern genauso wie die Analyse des Gehirns mittels hochauflösender MRT-Bildgebung. So wird eine ganz entscheidende Frage der nächsten Monate (und wahrscheinlich sogar Jahre) sein, ob sich als Langzeitfolgen von einer SARS-CoV-2-Infektion bestimmte Formen der Gedächtnisstörungen zeigen, ob diese besonders behandelbar sind und wie effektiv Vorbeugungsmaßnahmen wie die Impfungen wirken können. Die kontinuierlich erhobenen Daten zur Symptom-Surveillance des britischen *Office for National Statistics* deuten an, dass sich mit zunehmendem Abstand zur Infektion die Häufigkeit von Symptomen deutlich zurückbildet und das 12-16 Wochen später allenfalls noch 5% der Menschen über Beschwerden klagen.

Durch die direkte Einbindung des DZNE in die Analyse von COVID-19-Krankheitsverläufen, Antikörperprofilen in epidemiologischen Studien, modernsten "Multiplex- und Omics-Technologien" und klinischen Therapiestudien haben sich pandemiebedingt ganz neue Synergien ergeben, sowohl innerhalb des DZNE als auch mit internationalen Kooperationspartnern. Gemeinsame Anträge für Drittmittel zum Beispiel der EU zeigen eindrucksvoll, dass die Mission der besseren Behandlung oder sogar Heilung neurodegenerativer Erkrankungen Hand in Hand gehen kann mit wissenschaftlichen Herausforderungen im Rahmen der Pandemie.

Arbeitsgruppen und Plattformen des DZNE liefern wichtige Befunde zu Antikörper-vermittelter Autoimmunität nach COVID-19

Bereits seit mehreren Jahren besteht in der Erforschung neurodegenerativer Erkrankungen am DZNE ein Fokus auf zugrundeliegenden Immunmechanismen. So werden beispielsweise am DZNE-Standort Berlin systematisch Patienten mit Demenzen und anderen neurodegenerativen Erkrankungen auf das Vorhandensein von gegen das Gehirn gerichteten Autoantikörpern untersucht. Dabei zeigte sich, dass bei einer kleinen Zahl von Patienten mit vermuteter Alzheimer-Erkrankung oder Frontotemporaler Demenz Antikörper gegen hirneigene Eiweiße zu den Symptomen führen und damit - anders als bei klassischen neurodegenerativen Erkrankungen - sogar gut behandelbar sein können. Mittels Immuntherapie, beispielsweise Herausfiltrieren der Antikörper aus dem Blut oder Unterdrückung der Antikörper-Produktion, lassen sich bei diesen Patienten Gedächtnisdefizite zurückbilden oder abschwächen.

Aufgrund dieser Erfahrungen war es ohne Zeitverlust möglich, angesichts steigender Zahlen von COVID-19-Patienten mit neurologischen Beschwerden inklusive Gedächtnisstörungen, eine entsprechende Diagnostik auf Autoantikörper durchzuführen. Hierbei zeigte sich, dass gerade bei den schwer kranken Patienten mit führender neurologischer Symptomatik, wie epileptische Anfälle, Bewusstseinsstörungen oder Bewegungsstörungen, Autoantikörper im Gehirn vorlagen. Eine kleine Studie aus der Frühphase der Pandemie konnte bei 11 von 11 neurologisch schwer kranken Patienten auf der Intensivstation einen entsprechenden Nachweis von Autoantikörpern führen. Mehrere dieser Patienten erhielten dann eine Immuntherapie, was zu einer zum Teil deutlichen klinischen Besserung führte und die Beteiligung der Antikörper am Krankheitsmechanismus unterstützt. Unklar ist derzeit noch (und daher Gegenstand laufender Studien), ob auch bei Patienten mit Long-COVID Autoantikörper zu finden sind. In ausgewählten Fällen ließe sich

dann möglicherweise auch hier eine klinische Besserung durch Immuntherapie erreichen.

Auch hier hat das DZNE seine strukturelle Rolle gut nutzen können, wissenschaftliche Schwerpunkte vorübergehend neu zu fokussieren und so in den Dienst der pandemiebedingten Anforderungen an Wissenschaft zu stellen. Ein Beispiel in diesem Kontext ist das als Kooperation zwischen den DZNE-Standorten Bonn und Berlin betriebene Helmholtz-Innovationslabor Bao-Bab (*Brain antibody-omics and B cell laboratory*), das mittels technischer Automatisierung die Herstellung Patienten-spezifischer Antikörper enorm beschleunigt. Dadurch wird es möglich, Antikörper gegen das eigene Nervensystem - genauso aber Antikörper gegen das Virus - herzustellen, zu charakterisieren und neue therapeutische Ansätze abzuleiten. Auch wenn es etwas zynisch klingen mag, so hat die große Zahl von virusinfizierten Patienten im Rahmen der aktuellen Coronavirus-Pandemie spürbar dazu beigetragen, die Krankheitsmechanismen besser zu verstehen, mit denen Viren Autoimmunität im menschlichen Körper erzeugen. Dieses Wissen kann sich noch für Jahre positiv auf wissenschaftliche Erkenntnisse im DZNE auswirken, denn immer mehr Studien belegen, dass auch im Gehirn von Demenz-Patienten sowohl Viren (vor allem Herpes-Viren) als auch Autoantikörper eine Rolle spielen.

Das DZNE arbeitet an einem therapeutischen Ansatz bei COVID-19 mittels neutralisierender monoklonaler Antikörper

Bereits sehr früh in der Pandemie hat das DZNE seine technischen Möglichkeiten zur Herstellung und Charakterisierung von Autoantikörpern dazu genutzt, von Patienten stammende neutralisierende Antikörper gegen SARS-CoV-2 zu entwickeln. Dazu wurden von den ersten im Krankenhaus liegenden Patienten mit COVID-19 Antikörper-produzierende Zellen gewonnen und mittels molekularbiologischer Verfahren der Bauplan der durch sie produzierten Antikörper ausgelesen. Im Reagenzglas ließen sich daraus genau

die Antikörper nachbauen, die das Immunsystem des Patienten zum Schutz vor dem Virus gebildet hatte. Außerdem konnten diese sogenannten monoklonalen Antikörper daraufhin untersucht werden, wie spezifisch und effektiv sie das Virus neutralisieren. Es zeigte sich, dass hochaffine Antikörper dabei waren, die selbst in minimalsten Mengen das Virus an seiner Verbreitung hindern. Außerdem war es dadurch möglich, mittels sogenannter Strukturanalysen exakt herauszufinden, in welcher dreidimensionalen Struktur die Antikörper an das Virus binden und dadurch sein Andocken an die menschlichen Zellen verhindern.

Darüber hinaus lag es nahe, die besten dieser Antikörper in Richtung einer therapeutischen Anwendung weiterzuentwickeln. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 gab es viele Ansätze, an COVID-19 erkrankten Patienten durch eine Serum-Übertragung von Genesenen zu helfen. Konzeptionell wurde schnell deutlich, dass ein unter höchsten medizinischen und Labor-Standards hergestellter monoklonaler Antikörper in exakten Dosierungen wesentlich geeigneter sein dürfte, einen frühen antiviralen Effekt zu vermitteln. Daher wurde auf dem Weg in Richtung einer klinischen Prüfung und in Rücksprache mit der entsprechenden Zulassungsbehörde (Paul-Ehrlich-Institut) eine Untersuchung des Antikörpers an Hamstern durchgeführt. Diese Tiere sind ähnlich wie der Mensch (aber anders als zum Beispiel Mäuse) empfänglich für eine Infektion mit SARS-CoV-2. Hamster, die das Virus erhalten, verlieren an Gewicht und zeigen eine schwere Lungenentzündung. Die Tiere, die sowohl vor der Virusgabe als auch danach den monoklonalen Antikörper erhielten, waren hingegen geschützt und zeigten keine Krankheitssymptome.

Die weitere klinische Entwicklung erfolgte zusammen mit einem mittelständischen deutschen Firmenpartner, um ausreichend therapeutische Antikörper für eine klinische Prüfung in GMP-Qualität zu produzieren. Die zuletzt günstige Entwicklung der Pandemie im Sinne sinkender Infektionszahlen, vor allem durch die rasch gestiegene Impfquote, erschwert allerdings die

Rekrutierung von Probanden für die klinische Prüfung des monoklonalen Antikörpers. Das führte zu einer Anpassung der Strategie, noch weitere monoklonale Antikörper zu gewinnen und zu charakterisieren. Erfreulicherweise liegen damit nun Antikörper vor, die verschiedene Bindungsstellen am Virus erkennen und auf diese Weise sogar bedrohliche neue Varianten ("variants of concern") und nach heutigem Kenntnisstand sogar zukünftige Mutanten effektiv neutralisieren können. Anhand der detailliert erarbeiteten biophysikalischen Eigenschaften können wir davon ausgehen, dass selbst bei einer neuen Welle dieser Coronaviren ("SARS-3") die Antikörper schützen werden. Auf diese Weise wird das DZNE Teil einer "pandemic preparedness", d. h. der Voraussetzung für einen deutlichen Zeit- und Marktvorteil in der klinischen Prüfung im Falle zukünftiger Pandemien.

Das Beispiel der Entwicklung therapeutischer Antikörper belegt, wie die Bereitstellung von Wissen, Technologien und Ressourcen innerhalb eines Gesundheitszentrums auch kurzfristig und flexibel geeignet ist, auf Krisensituationen multidisziplinär, koordiniert und effizient zum Wohle der Gesundheitswirtschaft, Gesellschaft und Politik zu reagieren.

Schlussfolgerung

Die Corona-Pandemie hat Ängste geschürt, unser Leben erschüttert und einen unsagbaren Verlust an Menschenleben verschuldet. Wir, die wissenschaftliche Gemeinschaft, das Pflegepersonal, die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit, schulden denjenigen, die wir verloren haben, und denjenigen, die noch immer von der Krankheit betroffen sind, den Aufbau effektiver Strukturen zur Verhinderung und Vermeidung derartiger Krisen. Die Corona-Pandemie ist nicht die einzige Krise, mit der wir konfrontiert sind. Für neurodegenerative Erkrankungen gibt es keine Therapien und bei etwa 2 Millionen Menschen, die in Deutschland an Demenz und Parkinson erkrankt sind, wird der Verlust an Menschenleben noch viel größer sein. Dia-

betes, Krebs und andere Krankheiten, die noch nicht vollständig behandelbar sind, stellen eine ebenso große Bedrohung dar. Die Führung von Forschungsorganisationen in Deutschland unter einer einzigen Dachorganisation zusammen mit den Universitätskliniken, zusammenarbeitend mit der Pharmaindustrie und Biotech-Unternehmen, könnte ein Lösungsweg sein, um Entdeckungen effektiver und schneller in die Gesundheitsversorgung überführen zu können.

*Ulrike Brandt-Bohne**

Kommunikation von Unsicherheit im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

Wie wirkt sich die Vermittlung von Unsicherheiten auf die Vertrauenswürdigkeit von Forschenden aus? Das hat ein Forschungsteam der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster untersucht. Im Interview sprechen Inse Janssen und Friederike Hendriks über ihre kürzlich erhobenen Daten und deren Bedeutung.

Frau Janssen, Frau Hendriks, wie sind Sie der Frage nach der Vertrauenswürdigkeit von Forschenden nachgegangen?

Janssen: Im Rahmen meiner Promotionsarbeit haben Friederike Hendriks, unsere Arbeitsgruppenleiterin Regina Jucks und ich dazu eine experimentelle Studie durchgeführt. Wir wollten wissen, wie es sich auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit des Kommunikators oder der Kommunikatorin auswirkt, wenn Unsicherheiten zu einem Thema kommuniziert werden oder nicht.

Dafür haben wir uns eine Situation ausgesucht, in der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein politisch aktuell diskutiertes Thema ansprechen und sich dabei mit einem wissenschaftlich fundierten Statement positionieren müssen. Dies ist bei einem Thema wie Corona der Fall. Es ist politisch

* [Dr. Ulrike Brandt-Bohne, Wissenschaftsjournalistin, Redakteurin des Portals Wissenschaftskommunikation.de, Dozentin am Nationalen Institut für Wissenschaftskommunikation \(NaWik\), Karlsruhe.](#)

relevant, weil Entscheidungen daraus abgeleitet werden oder sich gesellschaftliche Debatten darauf beziehen.

In unserem Beispiel geht es um die Unsicherheit bezüglich der Wirksamkeit von Alltagsmasken zum Schutz vor dem Corona-Virus.

Hendriks: Es war eine einzigartige Situation, da die bundesweite Maskenpflicht erst kurz vor dem Zeitpunkt der Datenerhebung Anfang Mai eingeführt worden war. Es gab nur wenige Studien mit eindeutigen Aussagen zu diesem Thema und die vorhandenen Einzelstudien enthielten viele Unsicherheiten.

Janssen: Als wir das Experiment geplant hatten, war noch viel unklar: Was bringen die Alltagsmasken? Und dann wurde sie bundesweit verabredet. Genau zu dem Zeitpunkt haben wir unsere Datenerhebung gestartet.

Die vermittelten Unsicherheiten waren demnach sehr aktuell und entscheidungsrelevant. Wie war Ihr Versuch konkret aufgebaut?

Janssen: In unserem Experiment bekamen Probandinnen und Probanden Texte, in denen die Einführung der Maskenpflicht auf der Grundlage von verschiedenen Forschungsergebnissen befürwortet wurde. In einem Fall wurden dabei Unsicherheiten mit kommuniziert, in dem anderen nicht. Das haben wir mithilfe von sogenannten sprachlichen Vorläufigkeitsmarkern umgesetzt, also mit Worten wie „vielleicht“ oder „vermutlich“. In unserer Arbeitsgruppe gibt es einige Vorarbeiten dazu, wie sogenannte Vorläufigkeitsmarkierungen auf die Einschätzung der Inhalte und des Kommunikators wirken. Zudem haben wir untersucht, ob die gleiche Information anders bewertet wird, wenn der Kommunikator ein Politiker oder ein Wissenschaftler war. Wir haben hier nur männliche Sprecher untersucht, weil die Variation des Geschlechts noch mal ein ganz anderes Thema ist.

Hendriks: Es ging uns um die Wahrnehmung der Kommunikation durch Forschende zu einem politischen Thema. Letztlich ist unsere Vermutung, dass

das Ansprechen von Unsicherheit mit den Erwartungen an Verhalten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern korrespondiert, aber nicht mit dem von Politikerinnen und Politikern.

Inwiefern werden Worte, mit denen Unsicherheiten beschrieben werden, von den jeweiligen Kommunikatorinnen und Kommunikatoren genutzt?

Hendriks: Unsicherheit ist eine elementare Eigenschaft von Wissenschaft, daher ist sie auch wichtiger Teil von Wissenschaftskommunikation durch Forschende. Vorläufigkeitsmarker gehören zum Jargon und werden gezielt genutzt, um zu beschreiben, dass das Wissen vorläufig ist. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld, weil die Gesellschaft nach klaren Handlungsempfehlungen verlangt. In der Politik geht es um verständliche und eindeutige Aussagen. Das ist genau die Kontrastierung, die wir hier experimentell abgebildet haben.

Wie haben Sie die Vertrauenswürdigkeit gemessen und was lässt sich aus Ihren Ergebnissen ableiten?

Janssen: Um eine Aussage über die Vertrauenswürdigkeit der jeweiligen Kommunikatorinnen und Kommunikatoren treffen zu können, haben wir die drei Dimensionen untersucht, die Vertrauenswürdigkeit ausmachen: Expertise, Integrität und Wohlwollen^{1,2}.

So wurden die Probandinnen und Probanden beispielsweise gefragt, für wie kompetent oder inkompetent sie den jeweiligen Kommunikator halten.

Die Auswertung zeigt, dass der Wissenschaftler tatsächlich als kompetenter und integrier wahrgenommen wurde, jedoch nicht als wohlwollender im Vergleich zum Politiker. Was überrascht hat, ist, dass die sprachlichen Vor-

¹ <https://www.wissenschaftskommunikation.de/verstaendlichkeit-ist-gut-aber-es-geht-um-informiertes-vertrauen-38231>.

² <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0139309>.

läufigkeitsmarker die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit nicht beeinflusst hat. Dies ist ein beachtenswertes Ergebnis vor dem Hintergrund, dass es Bedenken bei Forschenden gibt, Unsicherheit auch außerhalb der Wissenschaft darzulegen.

Heißt das, dass sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Forschende Unsicherheiten kommunizieren können, ohne dass dies einen Vertrauensverlust zur Folge hat?

Hendriks: Unsere Studie legt zumindest nahe, dass es per se nicht schädlich ist, Unsicherheiten zu kommunizieren³.

Janssen: Diese Daten werten wir aber gerade noch weiter aus, sodass die Ergebnisse noch einen vorläufigen Charakter haben.

Welche weiteren Erklärungen gibt es für Ihre Ergebnisse?

Hendriks: Die Unsicherheit in Bezug auf die Forschungserkenntnisse kann auf unterschiedliche Art und Weise kommuniziert werden und wir haben in unserem Experiment nur eine dieser Kommunikationsmöglichkeiten untersucht.

Zudem gibt es für nicht-signifikante Ergebnisse immer eine Vielzahl von Erklärungen. Hier gibt es verschiedene Faktoren, die eine Rolle spielen könnten. Einerseits kann es bedeuten, dass es tatsächlich keinen Unterschied gibt. Andererseits kann es heißen, dass diese sprachbasierten Vorläufigkeitsmarker nicht stark genug waren, um Unsicherheit zu transportieren. Also, dass die Probandinnen und Probanden es eher als normale Kommunikation gewertet haben und dadurch die Vorläufigkeit der Evidenz gar nicht so begreifbar war. Der dritte Punkt ist, dass wir in einer Situation waren, in der öffentlich viel diskutiert wurde, ob die Maskenpflicht sinnvoll ist oder

³ <https://www.wissenschaftskommunikation.de/warum-es-nicht-schadet-ueber-unsicherheit-zu-sprechen-40285/>.

nicht. Das kann heißen, dass die befragten Personen gegebenenfalls auf Unsicherheit vorbereitet waren. So könnten potenziell positive oder negative Effekte womöglich nicht gewirkt haben, weil es gar nicht zur Debatte stand, ob die Unsicherheit da ist oder nicht.

Janssen: Es zeigte sich auch, dass die themenbezogenen Einstellungen der Probandinnen und Probanden eine Wirkung auf die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit beider Quellen haben: Je größer die Wirksamkeit der Maskenpflicht eingeschätzt wurde, desto vertrauenswürdiger wurde auch der Kommunikator eingeschätzt.

Sie sagen der Forschender wurden als kompetenter und integrier wahrgenommen als der Politiker. Kann man daraus etwas ableiten?

Janssen: Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Forschende gegenüber vielen anderen Berufsgruppen einen Vertrauensvorsprung in der Dimension der Expertise haben. Wir können für unserer Studie die Dimension Ehrlichkeit und Fairness hinzufügen. In diesem Kontext könnte man sagen, dass, sofern Evidenz klar kommuniziert wird, es gar nicht schlecht ist, wenn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen diese Information transportieren. Das heißt aber nicht, dass die politischen Implikationen, die daraus entstehen, auch notwendigerweise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern transportiert werden sollten.

Das war aber nicht Bestandteil unserer Untersuchungen.

Welche Fragen bleiben offen?

Janssen: Zum Beispiel die Frage, was die Gesellschaft von Wissenschaft und Politik erwartet. Darauf gibt unsere Studie keine Antworten.

Auch Untersuchungen, bei denen die jeweiligen Kommunikatorinnen und Kommunikatoren eine Positionierung einnehmen und sich beispielsweise

für oder gegen eine Maskenpflicht aussprechen, haben wir auch nicht angestellt. Das wollten wir in diesem Kontext nicht machen, da wir es in der damaligen Situation ethisch nicht vertreten wollten, gegen eine Maskenpflicht zu argumentieren. Es wäre allerdings sehr spannend zu wissen, was es mit der Vertrauenswürdigkeit macht, wenn der Kommunikator oder die Kommunikatorin Partei ergreift – beispielsweise für den Klimawandel oder für genetisch modifizierte Nahrungsmittel. Dazu gibt es bisher noch sehr wenig Forschung.

Inse Janssen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe von Regina Jucks am Institut für Psychologie in Bildung und Erziehung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Sie promoviert im interdisziplinären DFG-Graduiertenkolleg „Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt“.

Friederike Hendriks ist Pädagogische Psychologin und akademische Rätin auf Zeit in der Arbeitsgruppe von Regina Jucks am Institut für Psychologie in Bildung und Erziehung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Sie befasst sich in ihrer Forschung mit der öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaftskommunikation, unter anderem zum Zusammenhang von wissenschaftlicher Transparenz und Vertrauen in Wissenschaft.

Wiederabdruck des am 02. November 2020 veröffentlichten Interviews:

<https://www.wissenschaftskommunikation.de/kommunikation-von-unsicherheit-im-spannungsfeld-von-wissenschaft-und-politik-42917/>.

*Joachim Retzbach**

Verständlichkeit ist gut, aber es geht um *informiertes* Vertrauen

Kontroversen und Konflikte gehören zur Wissenschaft und ihrer Anwendung im Alltag dazu – das zeigt aktuell die Covid-19-Pandemie. Ziel von Wissenschaftskommunikation sollte deshalb ein informiertes und damit auch kritisches Vertrauen in die Forschung sein, sagt der Psychologe Rainer Bromme.

Herr Bromme, Sie haben sich als Psychologe viel mit dem Vertrauen in Wissenschaft beschäftigt und die Forschung dazu in Deutschland geprägt. Aber warum ist es überhaupt wichtig, dass die Bevölkerung Forschenden vertraut?

Dazu muss man zunächst wissen: Warum interessieren sich Bürgerinnen und Bürger für Wissenschaft? Studien zeigen, dass sie meistens Antworten auf konkrete Fragen suchen, die sie im Alltag umtreiben. Also etwa Informationen, die ihre persönliche Sicherheit betreffen, politisch-gesellschaftliche Streitfragen oder auch die Gesundheit. Letzteres sieht man ja aktuell ganz deutlich – plötzlich ist Detailwissen aus der Epidemiologie und der Virologie gefragt, das vor Kurzem nur ein sehr kleines Publikum erreicht hätte. Nun sind wissenschaftliche Erkenntnisse aber gerade in diesen Bereichen oft umstritten. Hier kommt nun das Vertrauen ins Spiel, denn man muss sich entscheiden, welchen Expertinnen und Experten man Glauben schenkt. Das gilt

* [Dr. Joachim Retzbach, Wissenschaftsjournalist, Redakteur bei Wissenschaftskommunikation.de](#) von 2017 bis 2020, [PR-Referent für die BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt \(FEaA\)](#).

beispielsweise für den Klimawandel, aber auch für viele weitere Themen wie Impfungen oder Covid-19.

Wie steht es denn in der Corona-Krise um das Vertrauen in Wissenschaft und Forschung?

Eine aktuelle Umfrage, das Wissenschaftsbarometer „Corona Spezial“, zeigt, dass fast 90 Prozent der Bevölkerung der Aussage zustimmen: „Das Wissen von Wissenschaftlern ist wichtig, um die Verbreitung von Corona in Deutschland zu verlangsamen.“ Und 73 Prozent geben an, dass sie Wissenschaft und Forschung vertrauen. Das liegt deutlich über den 46 Prozent, die 2019 bei der gleichen Frage ermittelt wurden. Insofern scheint das Vertrauen in der Krise sogar gestiegen zu sein.

Wie erklären Sie sich das?

Solange es einen Konsens unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gibt und dieser in der öffentlichen Diskussion auch akzeptiert wird, kommt es nur darauf an, gut zu erklären, wie der Konsens begründet ist und was daraus folgt. So ist es – nach meinem subjektiven Eindruck – zum Beispiel gut gelungen, den grundlegenden Zusammenhang zwischen den Zuwachsraten von Covid-19-Infektionen, der Belastung des Gesundheitswesens und sozialer Distanzierung zu kommunizieren. Wenn es aber Kontroversen gibt, dann wird es schwierig für Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden, wer denn nun recht hat.

Warum müssen denn Bürgerinnen und Bürger das überhaupt für sich klären? Forschende leben ja auch mit dieser Unsicherheit.

Tatsächlich ist es für Laiinnen und Laien oft nicht nötig, sich zwischen unterschiedlichen Aussagen zu entscheiden. Das gilt zum Beispiel für Forschungsergebnisse, die einfach deshalb in der Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, weil – wie bei Covid-19 – vieles noch tatsächlich unbekannt ist. Da

sind Unsicherheiten und Abwägungen im Spiel, die zur Wissenschaft dazugehören. Aber wie schon gesagt, interessiert sich die Öffentlichkeit ja für Forschung vor allem im Zusammenhang mit praktischen Fragen, oder zumindest solchen mit politischen Implikationen. Und da sucht man dann nach einer eindeutigen Antwort. Das erleben wir derzeit zum Beispiel bei der Frage nach der Sterblichkeit durch Covid-19. Hier können die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht durch eigenes Sachurteil entscheiden, welche der unterschiedlichen Behauptungen zutreffend ist. Also müssen sie auswählen, welchen Expertinnen und Experten sie vertrauen.

Was weiß man darüber, wem Menschen in solchen strittigen Fragen bevorzugt Glauben schenken?

Man kennt aus der Vertrauensforschung im Wesentlichen drei Faktoren, die darüber entscheiden, ob Menschen anderen Vertrauen entgegenbringen. Diese gelten nach Studien, die wir an der Universität Münster durchgeführt haben, auch für das Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zum einen ist das die Einschätzung der Expertise, also ob wir davon ausgehen, dass jemand aus der Forschung sein oder ihr Handwerk versteht und viel über ein Thema weiß. Als nächstes die Integrität: Man vertraut der Person eher, wenn man davon ausgeht, dass sie sich an die Regeln guter Wissenschaft hält, also nicht betrügt oder ähnliches. Und drittens Benevolenz oder Wohlwollen, also die Frage, ob Forschende oder Institutionen bei ihrem Tun das Wohl der Gesellschaft im Blick haben oder eigennützige Ziele.

Und welcher dieser drei Bausteine ist am wichtigsten?

Das kommt auf die Betrachtungsweise an. Wenn es im positiven Sinn darum geht, wem Leute Vertrauen schenken, hat die wahrgenommene Expertise den größten Einfluss. Fragt man aber in Studien nach Misstrauen, ist das empfundene Wohlwollen am bedeutsamsten. Diese Unterschiedlichkeit der Kriterien zeigt zum Beispiel das Wissenschaftsbarometer 2018, worin den Befragten die genannten Dimensionen vorgelegt wurden und sie getrennt

nach den Gründen für ihr Vertrauen und ihr Misstrauen gefragt wurden. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler vor allem auf den persönlichen Vorteil bedacht ist, steigt das Misstrauen rapide. Deshalb spielt es auch für viele Menschen eine wichtige Rolle, wer Forschung finanziert. Beispielsweise wird Forschenden an einer Universität im Durchschnitt größeres Vertrauen entgegengebracht als jenen, die in der Industrie arbeiten. Das gilt zumindest für Länder, in denen grundsätzlich ein hohes Vertrauen in staatliche Institutionen besteht, wie es in Europa meistens der Fall ist.

Sie sagen, dass bei widersprüchlichen Aussagen nur Vertrauen weiterhilft. Warum kann man die Bevölkerung stattdessen nicht ausreichend über die Fakten aufklären, damit die Menschen sich ein eigenes Urteil bilden?

Weil sich moderne Gesellschaften schon lange für eine deutliche Arbeitsteilung entschieden haben: Von der Vermehrung des Wissens profitieren alle, deshalb wird Forschung zu einem erheblichen Teil öffentlich finanziert. Die eigentlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse produziert aber nur eine kleine Gruppe von sehr gut ausgebildeten und hochspezialisierten Personen. Es braucht viele Jahre, um auf einem Forschungsgebiet Expertin oder Experte zu werden. Deshalb können Bürgerinnen und Bürger letztlich in den meisten Fällen nicht selbst beurteilen, wer in einem wissenschaftlichen Disput recht hat. Wegen der hohen Komplexität wissenschaftlicher Fragestellungen und Methoden bleibt uns allen ab einem bestimmten Punkt nur, ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu vertrauen – aber es sollte „informiertes“ Vertrauen sein.

Können Sie dieses informierte Vertrauen näher erläutern?

Ich verstehe darunter, dass die Urteile auf den drei Dimensionen des Vertrauens – Expertise, Integrität und Benevolenz – möglichst rational und auf Basis von Wissen gefällt werden. Da geht es aber eben nicht um Wissen in

der Sache, sondern um ein allgemeines Verständnis dafür, wie die Forschung arbeitet, wie das System Wissenschaft funktioniert. Dazu gehört etwa, dass man weiß, dass neue Erkenntnisse oft vorläufig und unsicher sind. Und dass man zum Beispiel einschätzen kann: Ist ein praktizierender Lungenfacharzt ein Experte für Feinstaubgrenzwerte, auch wenn er nie zu dem Thema geforscht und publiziert hat? Oder kann ein pensionierter Amtsarzt und Gesundheitspolitiker die Gefährlichkeit eines neuen Virus genauso gut einschätzen wie ein aktuell in der Forschung arbeitender Top-Virologe? Das wären beides Urteile auf der Dimension „Expertise“.

Und bei den Themen Integrität und Wohlwollen?

Man kann beispielsweise darauf achten, ob Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Aussagen revidieren, wenn es neue Forschungsergebnisse gibt, oder ob sie sich anscheinend eher an öffentlichen Erwartungen orientieren. Wenn Forschende aktuell in Debatten über Kontaktbeschränkungen und dergleichen auftreten, kann man sich fragen: Unterscheiden sie zwischen dem, was sie fachlich begründet sagen können, und dem, was sich politisch und gesellschaftlich aus den Erkenntnissen ableiten ließe? Weitere Rückschlüsse kann man auch daraus ziehen, in welchem Kontext Geltungsbehauptungen verbreitet werden. So finden sich zum Beispiel die Stimmen derjenigen, die die Covid-19-Maßnahmen als Hysterie bezeichnen, oft auf denselben Kanälen, die auch Verschwörungstheorien verbreiten.

Sind das alles nicht sehr hohe Erwartungen an die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger?

Natürlich ist vieles davon im Moment für Menschen, die keine wissenschaftliche Grundbildung haben, schwer zu durchschauen. Aber es ist nicht so, dass sie diese Beurteilungsprozesse nicht lernen könnten. Wir kennen das aus dem politischen System: Da gestehen wir der Bevölkerung auch zu, sich über komplexe Dinge informieren und eine rationale Wahlentscheidung treffen zu können. Darin besteht ja gerade die Idee der Demokratie, dass

alle Menschen durch Bildung dazu befähigt werden, entsprechende Urteile zu fällen. In diesem Sinne sollte auch ein informiertes Vertrauen in Wissenschaft möglich sein. Oder konkret formuliert: Man kann vermutlich vielen Menschen den grundlegenden Mechanismus des Treibhauseffektes deutlich machen, da gibt es Beispiele guter Wissenschaftskommunikation. Aber ich glaube nicht, dass man einer nennenswerten Zahl von Bürgerinnen und Bürgern die chemischen, physikalischen und meteorologischen Prozesse und die Modellierungen, um die es in der Klimaforschung geht, so verständlich machen kann, dass sie deshalb den Leugnern des Klimawandels widersprechen könnten. Aber die meisten Bürgerinnen und Bürger können genug über den Wissenschaftsprozess lernen, um zu verstehen, warum man sich auf einen starken Konsens unter Klimaforschenden verlassen kann. Das ist ein wichtiger Unterschied!

Dann mal überspitzt gefragt: Wenn ohnehin jeder über kurz oder lang an den Punkt kommt, Expertinnen und Experten vertrauen zu müssen, ist es dann überhaupt noch wichtig, der Bevölkerung fachliche Erklärungen zu liefern? Könnte sich beispielsweise der Virologe Christian Drosten dann nicht einfach seinen populären Podcast zur Coronakrise sparen?

Natürlich sind gute fachliche Erklärungen sehr wichtig. Bürgerinnen und Bürger haben ja auch ein Recht darauf, möglichst umfassend informiert zu werden. Aber sehen wir uns genau an, was Herr Drosten in seinem Podcast im NDR macht: Zum Ersten vermittelt er auf ganz hervorragende Weise Grundlagenwissen der Virologie, einschließlich der Methoden. Das ist sozusagen das neuste Lehrbuchwissen der Virologie, zu dem er und sein Team ja offensichtlich wesentlich beitragen. Zum Zweiten diskutiert er Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen und dabei macht er immer sehr klar, was davon als evidenzbasiert gelten kann und was nicht. Zum Dritten aber diskutiert er offene Fragen, neue, oft noch unsichere Studienergebnisse und auch Mängel aktueller Studien. Nebenbei erklärt er oft die Mechanismen der Qualitätssicherung in der Wissenschaft, zum Beispiel das

Peer-Review. Und, das ist sehr wichtig, er markiert auch, ob er sich bei seinen eigenen Einschätzungen sicher ist oder selbst Zweifel hat. Damit gibt er sozusagen einen Einblick in den Maschinenraum der wissenschaftlichen Wissensproduktion. So schafft er beim Publikum Grundlagen, um rational darüber entscheiden zu können, wem es vertrauen kann.

Das heißt, Sachwissen spielt eine Rolle dafür, welchen Forschenden man vertraut?

Natürlich. Es gibt ja auch nicht die „eine“ Öffentlichkeit, sondern Personen mit ganz unterschiedlichen Vorkenntnissen. Solche Einblicke in den Maschinenraum der Wissensproduktion, um bei dem Bild zu bleiben, werden die meisten Hörerinnen und Hörer des Podcasts nicht dazu befähigen, das neuste Paper zu Covid-19, das da diskutiert wird, selbst zu beurteilen. Aber es unterstützt sie bei der Entwicklung von rational begründetem Vertrauen. Sie merken dann vielleicht, dass da etwas nicht stimmen kann, wenn ein Experte öffentlich nur mit – sagen wir mal salopp – starken Meinungen zu allen Fragen auftritt. Die Maschine Wissenschaft liefert eben keinen Output, der rundum starke Meinungen rechtfertigen würde. Das lernt man auf jeden Fall, wenn man dem Podcast von Herrn Drostens regelmäßig folgt.

Was bedeutet dieses Wechselspiel von Vertrauen und Verstehen für die Wissenschaftskommunikation?

Zum einen halte ich es für sehr wichtig, in der Forschung zur Wissenschaftskommunikation das Verhältnis von Vertrauen und Verstehen genauer als bisher auszuleuchten. Auf der Praxis-Seite kritisiere ich die verbreitete Vorstellung, dass man gute Wissenschaftskommunikation vor allem an der Verständlichkeit der Beiträge erkennt. Ich halte es für wichtig, wenn man die Ziele von Wissenschaftskommunikation definiert, sich die Frage zu stellen, was man eigentlich erreichen kann. Und da scheint mir informiertes Vertrauen ein realistisches und ein auch normativ wünschenswertes Ziel zu sein. Verständlichkeit ist in der Wissenschaftskommunikation wichtig, aber

man muss genau überlegen, wozu man sie einsetzt. Eine zu große Verständlichkeit sollte tatsächlich sogar mit Vorsicht genutzt werden.

Warum?

Eine zu starke Vereinfachung von Wissenschaft kann unter Umständen schädlich sein. In der Psychologie kennt man das Phänomen der Wissensillusion. Dabei überschätzen Personen ihr Verständnis eines wissenschaftlichen Sachverhalts, sobald sie etwas darüber gelernt haben. Wir haben in Untersuchungen den Versuchspersonen kurze Texte zu umstrittenen und recht komplexen medizinischen Sachverhalten vorgelegt. Wenn die Teilnehmenden den Eindruck hatten, ungefähr zu verstehen, worum es in der medizinischen Debatte ging, dann neigten sie eher dazu, auf ihr eigenes Urteil zu vertrauen – und sahen weniger die Notwendigkeit, Rat von Fachleuten einzuholen. Wenn man Wissenschaft zu stark herunterbricht, kann das also Menschen dazu verleiten, die sogenannte „epistemische Autorität“ von Forscherinnen und Forschern zu unterschätzen. Sie denken dann, Geltungsbehauptungen genauso gut beurteilen zu können.

Was ist denn die Alternative zu maximaler Verständlichkeit?

Man nimmt die Bürgerinnen und Bürger ernst, wenn man die strukturellen und die praktischen Grenzen zwischen Fachwissen und Allgemeinwissen nicht negiert, sondern als grundlegende Randbedingung der Wissenschaftskommunikation anerkennt. Deshalb ist meines Erachtens ein Nachdenken über diese Grenzen zwischen Fachwissen und Allgemeinwissen gerade eine Voraussetzung dafür, um eben nicht paternalistisch, von oben herab, mit Nicht-Fachleuten über Wissenschaft zu sprechen. Natürlich gilt auch: Diese Grenzen sind variabel, sie verschieben sich immer wieder im Laufe der Zeit.

Weil immer mehr Menschen Bildung über Wissenschaft genießen?

Das kann mitunter einfach themenabhängig sein. Wir erleben zum Beispiel derzeit, dass spezialisiertes Fachwissen aus der Virologie zu einer Art Allgemeinwissen wird – und sei es nur in dem Sinne, dass man immer mehr gut aufbereitete Erklärungen virologischer Grundbegriffe und Themen im Internet findet. Im bereits erwähnten Corona-Spezial des Wissenschaftsbarometers stimmen 77 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich fühle mich gut über Corona informiert“. Das ist erst mal nur ein Hinweis. Die tatsächliche Verbreitung des themenspezifischen Wissens ist eine interessante empirische Frage, die bereits in aktuellen Studien untersucht wird und sicher in Zukunft noch weiter untersucht werden muss. Aber auch wenn diese Grenze zwischen Fachwissen und Allgemeinwissen sowohl variabel als auch durchlässig ist, gibt es sie dennoch. Auch deshalb, weil zum Fachwissen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ja auch die kommunikative und soziale Einbettung in die Wissenschaftsgemeinde gehört. Dank ihr können Forschende beurteilen, welche Kolleginnen und Kollegen eher verlässliches Wissen liefern. Es kann aber auch noch aus einem weiteren Grund gefährlich sein, diese Grenzen zu negieren, oder es zu vermeiden, in der Wissenschaftskommunikation darüber öffentlich zu sprechen.

Und der wäre?

Wir wissen aus der Psychologie, dass Menschen generell Geltungsbehauptungen eher glauben, wenn diese ein unmittelbares „Gefühl des Verstehens“ auslösen. Aber viele wissenschaftliche Ergebnisse lösen so ein Gefühl nicht aus, denn Wissenschaft muss häufig bestehenden Alltagsvorstellungen widersprechen oder mit abstrakten Modellen arbeiten. Ein Beispiel dafür ist die Dramatik des Klimawandels, die nicht intuitiv erfassbar ist. Einzelne Effekte wie Waldbrände oder Stürme sind greifbar, aber nicht der Klimawandel als Ganzes. Wissenschaftsleugner behaupten dagegen oft Dinge, die – im Gegensatz zur echten Forschung in vielen Bereichen – intuitiv zugänglich sind und nach unserer Alltagserfahrung plausibel klingen. Ein Bei-

spiel ist die Deutung von aktuell erlebten Kälteeinbrüchen im Wettergeschehen als Argument gegen Modelle, die eine langfristige Erderwärmung beschreiben. Wenn man nun die öffentliche Erwartung fördert, gute Wissenschaft müsse immer auch leicht verständlich zu machen sein, lässt sich das für populistische Angriffe auf die Forschung ausnutzen. Man hört dann von Gegnern der Wissenschaft: Wenn ihr so komplexe Modelle braucht, kann eure Erklärung nicht richtig sein.

Plädieren Sie also dafür, dass es in der Wissenschaftskommunikation auch mal kompliziert oder gar unverständlich zugehen darf?

Natürlich ist es weiterhin wichtig, auf Verständlichkeit zu achten und Fakten möglichst gut zu erklären. Das wirkt ja für sich genommen auch vertrauensbildend. Und je größer ihr Wissensstand ist, desto weniger fallen Menschen auf Falschinformationen herein. Aber vielleicht sollte man komplementär dazu öfters sagen: Was ich hier zeige, ist ein abstraktes Modell, das von unserer Alltagserfahrung abweicht. Oder: Auch bei guter Wissenschaft ist es so, dass Fachfremde nicht alles wirklich verstehen können – es sei denn, sie arbeiten sich richtig ein, werden also selbst zu Expertinnen und Experten, aber das ist wiederum an viele Voraussetzungen gebunden. Und noch weniger können Laiinnen und Laien selbst in der Sache beurteilen, wer bei einer Kontroverse nun eigentlich recht hat. Missachtet man diese Komplikation, oder spielt sie in der Debatte um gute Wissenschaftskommunikation herunter, und sei es aus den besten didaktischen Motiven, dann besteht die Gefahr, dass man populistische Wissenschaftsleugnung begünstigt.

Was raten Sie demnach Forschenden, die in der Öffentlichkeit über ihre Arbeit sprechen?

Zunächst muss man als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler genau reflektieren: Wo sind die Grenzen dessen, was ich alltagsnah erklären kann? Wo muss ich auf ein abstraktes Modell zurückgreifen, das nicht mit der Alltagserfahrung zusammenhängt, um meine Erkenntnisse zu begründen?

Welche Evidenz über die Sache, um die es geht, kann ich gut erklären und wie kann ich dabei vermitteln, wie in der Wissenschaft verlässliches Wissen erzeugt wird? Und man muss darüber nachdenken, wie man mit den Erwartungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an Wissenschaft umgehen möchte.

Denken Sie, es gibt hierzulande schon ein gutes Maß an informiertem Vertrauen in die Wissenschaft – oder liegt noch ein weiter Weg vor der Wissenschaftskommunikation?

Ich bin optimistisch, dass beispielsweise durch die Erfahrungen der Öffentlichkeit mit Wissenschaft rund um Covid-19 das informierte Vertrauen gefördert wird. Seit einigen Jahren fragt das Wissenschaftsbarometer, was die Befragten von der Aussage halten: „Kontroversen zwischen Wissenschaftlern sind hilfreich, weil sie dazu beitragen, dass sich die richtigen Forschungsergebnisse durchsetzen.“ 2019 stimmten 63 Prozent der Befragten dem zu, in der jüngsten Corona-Spezial-Umfrage sind es 67 Prozent. Obwohl wissenschaftliche Kontroversen im Zusammenhang mit Covid-19 in den Medien wohl so präsent sind wie selten zuvor, hat sich die eher positive Sicht darauf also nicht verringert. Es ist nur eine Vermutung, oder besser gesagt eine Hoffnung, aber: Vielleicht tragen ja die Virologinnen und Virologen, wenn sie sich auf offener Bühne über die Evidenz für ihre Annahmen streiten, sogar dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger auch von Forschenden anderer Wissenschaftsgebiete eine Darlegung von empirischer Evidenz erwarten, wenn diese Handlungsempfehlungen geben. Nicht, um dann selbst diese Evidenz in der Sache zu beurteilen – aber um einen Hinweis darauf zu erhalten, wer vertrauenswürdig ist.

Rainer Bromme ist Seniorprofessor für Pädagogische Psychologie am Institut für Psychologie der Universität Münster. Seine aktuellen Forschungsarbeiten betreffen

Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsvertrauen (insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften), Fragen der Evidenzbasierung pädagogischer und psychologischer Praxis und das Lesen im Internet. Von 2009 bis 2016 koordinierte er das DFG-Schwerpunktprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Das Verständnis fragiler und konfligierender wissenschaftlicher Evidenz“. Er ist Mitglied im DFG-Graduiertenkolleg „Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt“ an der Universität Münster.

Wiederabdruck des am 04. Mai 2020 veröffentlichten Interviews:

<https://www.wissenschaftskommunikation.de/verstaendlichkeit-ist-gut-aber-es-geht-um-informiertes-vertrauen-38231/>.

*Joachim Retzbach**

Mehr Einordnung und kritische Nachfragen – was der Journalismus in der Coronakrise besser machen könnte

Herr Wormer, in einem kürzlich erschienenen Fachbeitrag untersuchen Sie die Rolle des Wissenschaftsjournalismus während der Corona-Pandemie – und warnen davor, dass Forschende zunehmend den Journalistinnen und Journalisten die Arbeit abnehmen. Was meinen Sie damit?

Nehmen wir einmal als aktuelles Beispiel den jüngsten Vorstoß von Christian Drosten, die Quarantäne-Zeit bei Verdacht auf eine Infektion zu verkürzen. Das wurde von vielen Medien einfach so weiterverbreitet und sofort kamen auch Reaktionen aus der Politik – und das, obwohl ja zunächst nur ein einzelner Wissenschaftler einen Vorschlag gemacht hatte. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich schätze Herrn Drosten und seine Arbeit sehr. Aber dass mittlerweile jede seiner Äußerungen, nicht selten ohne weitere Einordnung, mit so großer Reichweite in die Öffentlichkeit transportiert wird, ist aus journalistischer – und übrigens auch aus wissenschaftlicher – Sicht problematisch.

Andererseits wird ja von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer wieder gefordert, sich öffentlich zu äußern. Warum stört Sie das in diesem Fall?

* [Dr. Joachim Retzbach, Wissenschaftsjournalist, Redakteur bei Wissenschaftskommunikation.de](#) von 2017 bis 2020, [PR-Referent für die BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt \(FEaA\)](#).

Natürlich sollen Forschende sich äußern. Aber es ist eben nicht die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, das dann nur eins zu eins weiterzuverbreiten. Stattdessen sollten sie das Gesagte in einen Kontext setzen, nachfragen, einordnen. Sonst, und das zeigt auch die Diskussion in den letzten Monaten, droht ein Vertrauensverlust in Teilen der Bevölkerung. Man stützt damit beispielsweise das Narrativ von den „Systemlern“, also die Idee, dass Wissenschaft, Medien und Politik sowieso unter einer Decke stecken. Natürlich ist das Unsinn, aber dieser Eindruck wird gefördert, wenn Redaktionen sich darauf beschränken, Äußerungen aus der Wissenschaft unkommentiert wiederzugeben. Ich finde es ja persönlich auch glaubwürdiger, wenn ein journalistischer Beitrag die Stimmen mehrerer Forscherinnen und Forscher präsentiert und sich die vielleicht auch mal widersprechen.

Hätte Herr Drost lieber einen privaten Podcast aufnehmen sollen, statt sich mit dem NDR zusammenzutun?

Das würde ich nicht sagen. Der Vorteil der Kooperation mit dem NDR war sicher die von Beginn an größere Beachtung und Reichweite des Projekts. Und die halte ich schon für gerechtfertigt, denn Herr Drost ist ein ausgewiesener Experte, hat Wichtiges zu sagen und opfert wertvolle Zeit für die Kommunikation. Da war es effizienter, mit so einem Format direkt Aufmerksamkeit zu erzielen, als einen privaten Podcast aufzunehmen, den dann vielleicht kaum jemand gehört hätte. Wir haben schon genug Wissenschaftler-Blogs, -Podcasts und so weiter mit Mikroreichweiten. Aus journalistischer Sicht muss ich aber sagen: So, wie es der NDR gemacht hat, war es mir doch häufig zu affirmativ. Wenn man einem Forscher einfach eine Plattform zur Verfügung stellt, auf der er seine Sicht der Dinge erzählen kann, dann ist das vielleicht ein lehrreiches Format der Wissenschaftskommunikation, es hat aber nichts mit Journalismus zu tun. In so einem medialen Umfeld braucht es meiner Meinung nach mehr Interaktion und kritische Nachfragen. Da muss vielleicht auch mal eine Diskussion entstehen: „Moment mal, da gibt

es doch eine Kontroverse?“ Oder: „Eine andere Studie widerspricht aber Ihrer These, dass ...“.

Auf der anderen Seite werden Journalistinnen und Journalisten auch dafür kritisiert, wenn sie immer und aus Prinzip gegenteilige Meinungen präsentieren – Stichwort „False Balance“. Wo liegt da der Mittelweg?

Falsche Ausgewogenheit ist in der Tat ein großes Problem im Wissenschaftsjournalismus, das sehen wir etwa seit Jahren in der Klimaberichterstattung. Bei Corona ist die Situation aber eine andere: Es ging in den vergangenen Monaten ja nicht nur darum, was aus virologischer oder epidemiologischer Sicht richtig ist, sondern auch darum, welche Maßnahmen sich sozialverträglich und mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz umsetzen lassen. Um das zu beurteilen, braucht man zusätzlich Expertinnen und Experten anderer Disziplinen. Natürlich sollte man innerhalb einer Disziplin einen eventuellen wissenschaftlichen Konsens abbilden und muss nicht jeder abweichenden Meinung eine Bühne geben. Aber bei einem so multidimensionalen Problem muss ich mich als Journalist fragen: Habe ich die Vielfalt der Disziplinen und Fächer, die zur Lösung benötigt werden, abgebildet?

Wie reiht sich das, was wir in der Coronazeit bislang beobachten konnten, in die generelle Entwicklung des Wissenschaftsjournalismus ein?

Meiner Meinung nach sehen wir nun wie unter einem Brennglas einige Entwicklungen, die vorher schon da waren, in neuer Deutlichkeit: die schwächer werdende Gatekeeping-Funktion von journalistischen Medien etwa oder Finanzierungsschwierigkeiten für wirklich gute Recherche. Jetzt wäre daher ein sinnvoller Zeitpunkt, um sich darüber Gedanken zu machen, was man nach Corona am Mediensystem verändern könnte. Dass dieses System an einigen Stellen verbesserungswürdig ist, heißt natürlich nicht, dass die Idee von Journalismus generell schlecht ist. Wenn ein Fußballverein mal schwach spielt, ist ja auch nicht der Verein automatisch schlecht – und schon gar nicht die ganze Sportart.

Wie könnte man den Wissenschaftsjournalismus unterstützen?

Ich habe dazu schon häufiger eine klare Haltung eingenommen: In Artikel 5 des Grundgesetzes wird sowohl die Pressefreiheit garantiert als auch die Freiheit der Wissenschaft. Wenn wir uns nun die Wissenschaft ansehen, dann gibt es da sicher vieles, was man reformieren kann und muss; aber insgesamt sind Forschung und Lehre in Deutschland doch finanziell einigermaßen auskömmlich gesichert. Beim Journalismus sieht das ganz anders aus, obwohl ihm das Grundgesetz eine ebenso wichtige Funktion zuschreibt. Daher ist es aus meiner Sicht legitim zu fragen: Könnte man den Journalismus nicht – bei aller Wahrung der Unabhängigkeit – ähnlich fördern wie die Wissenschaft? Warum nicht analog zur Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Deutsche Journalismusgemeinschaft gründen? Ob diese dann auch als Verein, in einem öffentlich-rechtlichen oder einem Stiftungsmodell zu organisieren wäre, sind alles Optionen, die man prüfen muss.

Wie sichert man dabei die Unabhängigkeit des Journalismus?

In anderen Bereichen gibt es dieses Problem ja auch, denken Sie etwa an die staatliche Film-, Kunst- und Kulturförderung. Die findet keiner anstößig, obwohl die Kultur ebenfalls eine Art Beobachtungsfunktion für Politik und Gesellschaft hat. Wir haben also eine erhebliche Kulturförderung und Wissenschaftsförderung aus staatlichen Mitteln, und trotzdem empfinden wir Kunst und Wissenschaft als weitgehend frei. Warum sollte man nicht auch beim Journalismus eine Konstruktion finden, um Fördermittel so zu verwalten, dass die Unabhängigkeit der Berichterstattung garantiert ist? Mir konnte bisher noch niemand schlüssig erklären, warum das in anderen Bereichen funktionieren, aber im Journalismus nicht möglich sein soll.

Würde es dann in letzter Konsequenz nur noch öffentlich-rechtlichen Journalismus geben?

Nein, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein Spezialfall. Die übrige Medienlandschaft hat eine ganz andere Geschichte und ist noch überwiegend privatwirtschaftlich organisiert, deshalb braucht es für sie zumindest zusätzliche Fördermodelle. Aber die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist auch in dieser Hinsicht natürlich interessant: Man wollte nach dem Zweiten Weltkrieg ja bewusst einen zentralen „Staatsfunk“ vermeiden, sondern eine mediale Vielfalt etablieren. Deshalb wurden die einzelnen Sender in der föderalen Struktur verankert und deshalb kommen deren Mittel auch nicht aus Steuereinnahmen, sondern aus davon getrennten Rundfunkbeiträgen. So wollte man die Abhängigkeit der Sender vom Wohlwollen von Politikerinnen und Politikern weiter reduzieren.

Reden wir über Forschungseinrichtungen und deren Kommunikationsabteilungen. Die, schreiben Sie in Ihrem Beitrag, betrieben zu viel PR für die eigene Organisation und zu wenig Wissenschaftsvermittlung. Können Sie das näher erläutern?

Vieles, was unter dem Stichwort Hochschulkommunikation passiert, ist aus meiner Sicht als Wissenschaftskommunikator im eigentlichen Sinne überflüssig, wenn es nur der Werbung für die eigene Institution dient. Ich verstehe das schon, es geht auch um den Kampf um Drittmittel, Studierende und so weiter. Da ist es natürlich legitim, „Wir-sind-die-Besten-Tassen“ und Luftballons mit Hochschul-Logo zu verkaufen. Man sollte das aber nicht mit einer informierenden und bildenden Wissenschaftskommunikation verwechseln. Meiner Meinung nach müsste man strukturell viel stärker trennen: Wer verbreitet Informationen über die Wissenschaft, die in einer Einrichtung stattfindet, und wer macht Marketing für die Einrichtung selbst? Eine Idee wäre zum Beispiel, eine Abteilung für wissenschaftliche Information nicht beim Rektorat einer Uni anzusiedeln – das ein berechtigtes Interesse daran hat, dass die Institution in der Öffentlichkeit gut dasteht –, sondern beim Senat, der ja auch sonst Aufgaben der Qualitätskontrolle wahrnimmt. Eine solche Arbeitsteilung würde es den Kolleginnen und Kollegen

aus der Pressearbeit auch einfacher machen, da sie stets wüssten: Kommuniziere ich jetzt „reine“ Wissenschaft oder geht es primär um Interessen meiner Hochschule? Klar wäre dafür eine umfassende Reform nötig, die ist aber nicht undenkbar.

Was bleibt von Corona in der Wissenschaftskommunikation?

Ich nehme in den Hochschulleitungen in Bezug auf die Kommunikation durchaus einen „Corona-Schock“ wahr: Man hat sich, glaube ich, die vergangenen zehn Jahre ein bisschen in die Tasche gelogen und geglaubt, dank Social Media könnte man jetzt ohne diese lästigen Journalistinnen und Journalisten direkt und einfach das kommunizieren, was man möchte, und damit breite Teile der Öffentlichkeit erreichen. Spätestens jetzt zeigt sich, dass das eine Illusion ist – die Öffentlichkeit braucht guten, kritisch hinterfragenden Wissenschaftsjournalismus zur Orientierung. Und der wiederum kommt letztlich auch der Glaubwürdigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegenüber der Bevölkerung zugute.

Holger Wormer ist Professor für Wissenschaftsjournalismus und geschäftsführender Direktor des Instituts für Journalistik an der Technischen Universität Dortmund. Ferner ist er Co-Sprecher der Arbeitsgruppe „Implikationen der Digitalisierung für die Qualität der Wissenschaftskommunikation“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW).

Wiederabdruck des am 22. September 2020 veröffentlichten Interviews:

<https://www.wissenschaftskommunikation.de/mehr-einordnung-und-kritische-nachfragen-was-der-journalismus-in-der-coronakrise-besser-machen-koennte-41981/>.

